

GESCHÄFTSBERICHT

ERGO

Die ERGO Versicherungsgruppe

Mit 19 Mrd. € Beitragseinnahmen ist ERGO eine der großen europäischen Versicherungsgruppen. ERGO ist weltweit in mehr als 30 Ländern vertreten und konzentriert sich auf die Regionen Europa und Asien. In Europa ist ERGO die Nummer 1 in der Kranken- und der Rechtsschutzversicherung; im Heimatmarkt Deutschland gehört ERGO über alle Sparten hinweg zu den Marktführern. Über 50 000 Menschen arbeiten als angestellte Mitarbeiter oder als selbstständige Vermittler hauptberuflich für die Gruppe.

ERGO bietet ein umfassendes Spektrum an Versicherungen, Vorsorge und Serviceleistungen. Heute vertrauen über 40 Millionen Kunden der Kompetenz und Sicherheit der ERGO und ihrer Experten in den verschiedenen Geschäftsfeldern; allein in Deutschland sind es 20 Millionen Kunden. Ihnen bietet ERGO integrierte Versicherungs- und Dienstleistungskonzepte für ihre individuellen Bedürfnisse.

ERGO hat für jeden Kunden den richtigen Vertriebsweg: Fast 22 000 hauptberufliche selbstständige Vermittler, Mitarbeiter im Direktvertrieb, Makler und starke Kooperationspartner im In- und Ausland sprechen die Kunden an. Mit der europäischen Großbank UniCredit-Gruppe verbindet ERGO eine weit reichende Vertriebspartnerschaft in Deutschland sowie Mittel- und Osteuropa.

ERGO gehört zu Munich Re; die Gruppe ist einer der weltweit führenden Rückversicherer und Risikoträger. Unter dem Dach von Munich Re nutzen Erst- und Rückversicherer gemeinsam Chancen und schaffen aus Risiko Wert. Die Kapitalanlagen der Gruppe von ca. 182 Mrd. € – von denen 113 Mrd. € auf die ERGO entfallen – betreut ganz überwiegend der gemeinsame Vermögensmanager und Fondsanbieter MEAG. Ende 2009 hielt Munich Re einen Anteil von 99,69 % an ERGO; der Ausbau des Anteils auf 100 % soll im laufenden Jahr erfolgen.

2009

ERGO Versicherungsgruppe AG

Geschäftsbericht



Dr. Nikolaus von Bomhard
Vorsitzender des Aufsichtsrats
der ERGO Versicherungsgruppe AG

Bericht des Aufsichtsrats über das Geschäftsjahr 2009

Im abgelaufenen Geschäftsjahr haben wir entsprechend den uns nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben die Geschäftsführung des Vorstands sorgfältig und regelmäßig überwacht sowie die geschäftliche Entwicklung der ERGO eng begleitet. Der Vorstand informierte uns in den Aufsichtsratssitzungen sowie durch zusätzliche schriftliche und mündliche Berichte regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle für das Unternehmen und den Konzern wichtigen Entscheidungen und Geschäftsvorgänge. Der Aufsichtsrat war bei allen Entscheidungen, die für das Unternehmen von grundlegender Bedeutung waren, unmittelbar eingebunden.

Im Geschäftsjahr fanden fünf Sitzungen des Aufsichtsrats statt, an denen jeweils fast alle Aufsichtsratsmitglieder teilgenommen haben. Über wichtige Geschäftsvorgänge und bedeutende anstehende Entscheidungen hat uns der Vorstand – auch zwischen den Aufsichtsratssitzungen – unterrichtet. Der Aufsichtsrat wurde ferner über die von Munich Re beabsichtigte Durchführung eines Squeeze-out-Verfahrens informiert. Darüber hinaus habe ich mich als Aufsichtsratsvorsitzender regelmäßig mit dem Vorstandsvorsitzenden über die Strategie der ERGO, über das Risiko- und Kapitalmanagement sowie die aktuelle Entwicklung der Geschäftslage ausgetauscht. Die Vertreter der Anteilseigner und der Arbeitnehmer hatten jeweils Gelegenheit, in gesonderten Sitzungen vor den Aufsichtsratssitzungen im August und November wichtige Themen mit dem Vorstandsvorsitzenden zu erörtern. Prüfungsmaßnahmen gemäß § 111 Abs. 2 AktG waren auch im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht erforderlich.

Schwerpunkte der Beratungen im Plenum

Der Aufsichtsrat befasste sich im Geschäftsjahr wiederum ausführlich mit den vom Vorstand in 2008 gestarteten Initiativen. Mit dem Projekt „Kontinuierliche Verbesserung der Wettbewerbsposition“ sollen die im Inland bis 2010 angestrebten Kostenquoten durch kurzfristig wirkende Maßnahmen erreicht und ein Prozess etabliert werden, der gleichermaßen die Service-Qualität und die Kosten kontinuierlich auch nach 2010 verbessert. Wir konnten uns davon überzeugen, dass die verschiedenen Maßnahmen plangemäß realisiert wurden. Das Projekt „ERGO – ein Unternehmen“, das die in den letzten Jahren etablierte markenübergreifende Aufbau- und Ablauforganisation auch arbeitsrechtlich widerspiegeln soll, wurde in der zweiten Hälfte des Berichtsjahrs umgesetzt. So wechselten zum 1. Oktober 2009 die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Direktions- und Verwaltungsstandorte der meisten Gesellschaften des ERGO-Konzerns zur ERGO Versicherungsgruppe AG.

Auch über die Strategie für das internationale Geschäft der ERGO haben wir uns ausführlich berichten lassen. Dabei erörterten wir die Entwicklung der wichtigsten Akquisitionen und Start-up-Projekte sowie weitere Wachstumsinitiativen der ERGO im Ausland. Besonders intensiv befassten wir uns mit den Chancen und Risiken eines Geschäftsausbaus in den Märkten Asiens und Osteuropas.

Der Aufsichtsrat unterstützt die Entscheidung des Vorstands, an der Strategie einer Internationalisierung der ERGO festzuhalten.

Weiterhin hat uns der Vorstand eingehend über die planmäßig verlaufende Integration der Europäischen Reiseversicherung (ERV) und der Mercur Assistance in die ERGO berichtet. Ferner diskutierten wir die vom Vorstand festgelegten Maßnahmen für ein effizientes IT-Management bei ERGO. Darüber hinaus haben wir uns immer wieder intensiv mit der Situation an den Finanzmärkten beschäftigt. Der Vorstand erläuterte uns die Auswirkungen der Krise auf die ERGO und ihre Gesellschaften. Wir konnten feststellen, dass ERGO die Turbulenzen an den Finanzmärkten im Berichtsjahr vergleichsweise gut überstanden hat. Ebenso ließen wir uns ausführlich über die Kapitalanlagestrategieplanung und die Folgen der Arcandor-Insolvenz auf die bestehende Vertriebskooperation unterrichten.

In der Novembersitzung diskutierten wir eingehend die neue Markenstrategie der ERGO für den deutschen Markt. Der Vorstand erläuterte dem Aufsichtsrat die Gründe für die zukünftige Fokussierung der Lebens- und Kompositversicherung auf die Marke ERGO, die Umbenennung der KarstadtQuelle-Versicherungen in ERGO Direkt Versicherungen sowie die Beibehaltung der Spezialmarken DKV, D.A.S. und ERV.

Nach dem im Berichtsjahr in Kraft getretenen Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG) und den Neuregelungen des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) haben sich die Zuständigkeiten von Vorstandsausschuss und Plenum verändert. Künftig werden alle Vergütungsangelegenheiten der Vorstandsmitglieder im Plenum beschlossen, der Vorstandsausschuss hat für diese Fragen jetzt eine vorbereitende und empfehlende Funktion. Dementsprechend haben wir die Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat angepasst. Zum anderen hat der Aufsichtsrat mit Wirkung ab 1. Januar 2010 das Vergütungssystem für die Mitglieder des Vorstands angepasst, so dass es die Anforderungen sowohl des VorstAG als auch des DCGK erfüllt. Darüber hinaus hat der Aufsichtsrat die Höhe der Bezüge und Pensionsanswartschaften des Vorstands ab 1. Januar 2010 sowie die Bemessungsgrundlagen für die variablen Vergütungsbestandteile 2010 beschlossen. Weiterhin berieten und beschlossen wir über unsere Vorschläge an die Hauptversammlung 2009, die unter anderem Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge mit der Europäische Reiseversicherung AG, der Mercur Assistance Versicherungs-AG und der Vorsorge Lebensversicherung betrafen.

Arbeit der Ausschüsse

Nach der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat bestehen fünf Ausschüsse. Neben dem gemäß § 27 Abs. 3 MitbestG vorgeschriebenen Vermittlungsausschuss sind

Bericht des Aufsichtsrats über das Geschäftsjahr 2009

dies der Ständige Ausschuss, der Prüfungsausschuss, der Vorstandsausschuss und der Nominierungsausschuss. Eine Übersicht über die Besetzung der Ausschüsse finden Sie auf S. 29.

Der **Ständige Ausschuss** tagte im Berichtsjahr dreimal. Er befasste sich schwerpunktmäßig mit der Kapitalmarktsituation im Kontext der Finanzmarktkrise und deren Auswirkungen auf die ERGO. Vor diesem Hintergrund beschloss der Ständige Ausschuss im März eine aktualisierte Kapitalanlagestrategieplanung 2009. Der Ausschuss befasste sich ferner mit den Auswirkungen, die sich aus dem VorstAG und den Neuregelungen des DCGK für Vorstand und Aufsichtsrat ergeben. Erforderliche Änderungen im Bereich der Corporate Governance aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) sowie die verschärften Anforderungen an die Geschäftsleitungs- und Aufsichtsratsorgane nach dem Gesetz zur Stärkung der Finanzmarkt- und der Versicherungsaufsicht waren weitere Themen des Ausschusses. Ebenfalls beschäftigte sich der Ständige Ausschuss mit der Prüfung der Effizienz der Aufsichtsratsstätigkeit und der Vorbereitung der Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG. Außerdem gab er seine Zustimmung zum Erwerb der Hamburg-Mannheimer Pensionskasse AG und der Victoria Pensionskasse AG durch die ERGO Versicherungsgruppe AG, der Kapitalanlagestrategieplanung 2010 sowie verschiedenen weiteren Vorgängen, die ihm der Vorstand entsprechend seiner Geschäftsordnung vorgelegt hatte.

Der **Prüfungsausschuss** kam im Geschäftsjahr 2009 zu insgesamt fünf Sitzungen zusammen. Er befasste sich vor der Bilanzsitzung des Plenums mit dem Jahres- und Konzernabschluss und diskutierte ihn mit dem Abschlussprüfer. Weiterhin erörterte er die unterjährige Berichterstattung zum Geschäftsverlauf und zur Risikosituation. Er befasste sich eingehend mit dem Risikomanagement und beauftragte die KPMG Bayerische Treuhandgesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft zur Unterstützung der Arbeit des Prüfungsausschusses im Rahmen der durch das BilMoG konkretisierten Überwachungspflichten des Aufsichtsrats mit der Prüfung des Internen Risikokapitalmodells der ERGO. Außerdem nahm der Prüfungsausschuss den Jahresbericht der Konzernrevision entgegen und ließ sich vom Compliance Officer die Struktur des Compliance-Systems der ERGO erläutern. Schließlich bereitete der Ausschuss die Bestellung des Abschlussprüfers vor, prüfte dessen Unabhängigkeit, legte die Prüfungsschwerpunkte sowie das Prüfungshonorar fest und erteilte den Prüfungsauftrag.

Der **Vorstandsausschuss** tagte im Berichtsjahr fünfmal. Er beschloss die Vergütungen aus dem Jahresbonus 2008 und dem Mehrjahresbonus 2006–2008. Außerdem beriet er über die langfristige Nachfolgeplanung für den Vorstand und genehmigte die Übernahme neuer Aufsichtsrats-, Beirats- und ähnlicher Mandate durch Vorstandsmitglieder. Einen wesentlichen Schwerpunkt der Beratungen bildeten die neuen gesetzlichen Vorgaben aus dem VorstAG und die

Neuregelungen des DCGK. So befasste sich der Ausschuss detailliert mit der Überarbeitung des Vergütungssystems des Vorstands und bereitete die entsprechenden Beschlussvorschläge an das Plenum vor, insbesondere zur Ausgestaltung der variablen Vergütung und den notwendigen Anpassungen bei den Anstellungsverträgen der Vorstandsmitglieder. Des Weiteren überprüfte der Ausschuss die Vorstandsbezüge und Pensionsanwartschaften und verabschiedete entsprechende Vorschläge an das Plenum. Für die variable Vergütung 2010 befasste sich der Vorstandsausschuss mit den Bemessungsgrundlagen und bereitete die erforderlichen Beschlüsse des Plenums vor.

Der Nominierungsausschuss tagte im Berichtsjahr einmal. Er beschäftigte sich mit der Vorbereitung der Wahlen der Anteilseignervertreter zum Aufsichtsrat durch die Hauptversammlung 2010.

Der Vermittlungsausschuss musste im Berichtsjahr nicht einberufen werden.

Über die Arbeit der Ausschüsse haben Herr Dr. Hasford als Vorsitzender des Prüfungsausschusses und ich als Vorsitzender der anderen Ausschüsse das Plenum des Aufsichtsrats regelmäßig und ausführlich unterrichtet.

Corporate Governance und Entsprechenserklärung

Der Aufsichtsrat der ERGO unterstützt nachdrücklich eine gute Corporate Governance. So haben wir im Berichtsjahr erneut die Effizienz unserer Tätigkeit überprüft. In Folge dieser Prüfung hat sich das Plenum auf Vorschlag des Ständigen Ausschusses unter anderem darauf verständigt, dass künftig der Chief Risk Officer der ERGO in der Frühjahrssitzung zur Risikostrategie und zur aktuellen Risikosituation dem Plenum berichten soll. Im Übrigen konnten wir feststellen, dass die in den letzten Jahren getroffenen Maßnahmen zur Verbesserung der Effizienz unserer Arbeit gegriffen haben.

Vorstand und Aufsichtsrat haben am 23. Dezember 2009 die jährliche Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex gemäß § 161 AktG abgegeben, die auf der Website der Gesellschaft veröffentlicht ist. Näheres hierzu erfahren Sie im Corporate-Governance-Bericht auf Seite 8, der nunmehr Bestandteil der Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289 a HGB ist.

Jahres- und Konzernabschluss

Die KPMG Bayerische Treuhandgesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, München, hat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss einschließlich Lagebericht und den Konzernabschluss einschließlich Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2009 geprüft und mit uneingeschränkten Bestätigungsvermerken versehen.

Bericht des Aufsichtsrats über das Geschäftsjahr 2009

Der Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats hat sich in der Sitzung am 9. März 2010 eingehend mit diesen Unterlagen befasst und sie vorab geprüft. Anschließend haben wir den Jahresabschluss und den Konzernabschluss, den Lagebericht und den Konzernlagebericht sowie die Berichte des Abschlussprüfers in der Bilanzsitzung, an der auch Vertreter des Abschlussprüfers teilgenommen und eine Stellungnahme abgegeben haben, umfassend erörtert. Wir hatten keine Einwendungen zu erheben. Wir billigten den Jahresabschluss und den Konzernabschluss für das Jahr 2009. Der Jahresabschluss ist damit festgestellt. Den Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstands haben wir geprüft und schließen uns ihm an.

Der vom Vorstand erstellte Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers hierzu wurden von uns ebenfalls geprüft. Es sind keine Beanstandungen erhoben worden.

Der Abschlussprüfer hat dem Bericht des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

»Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war,
3. bei den im Bericht aufgeführten Maßnahmen keine Umstände für eine wesentlich andere Beurteilung als die durch den Vorstand sprechen.«

Wir schließen uns diesem Urteil an. Aufgrund unserer eigenen Prüfung sind gegen die Erklärung des Vorstands am Schluss des Berichts über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen keine Einwendungen zu erheben.

Veränderungen im Aufsichtsrat

Mit Ablauf der Hauptversammlung am 5. Mai 2009 haben Frau Waltraud Baier, Herr Reinhard Pasch und Herr Klaus Roth als Vertreter der Arbeitnehmer ihre Mandate im Aufsichtsrat niedergelegt. Wir danken den ausgeschiedenen Aufsichtsratsmitgliedern für ihre langjährige Arbeit im ERGO-Konzern und ihr Engagement in unserem Gremium. Als gewählte Ersatzmitglieder sind für Frau Baier Herr Harald Herber und für Herrn Pasch Herr Michael David in den Aufsichtsrat eingerückt. Als Nachfolgerin für Herrn Roth wurde Frau Silvia Müller gerichtlich bestellt. In einer Aufsichtsratssitzung nach der Hauptversammlung wählte der Aufsichtsrat Herrn David anstelle von Herrn Roth zum stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden und Herrn Nörenberg anstelle von Herrn Pasch zum Mitglied des Ständigen Ausschusses.

Dank an Vorstand und Mitarbeiter

Der Aufsichtsrat dankt den Mitgliedern des Vorstands und allen Mitarbeitern der Gesellschaft sowie den Belegschaften aller Gesellschaften der ERGO Versicherungsgruppe für ihren großen persönlichen Einsatz in einem nicht einfachen Geschäftsjahr.

Düsseldorf, den 17. März 2010



Der Aufsichtsrat
Dr. Nikolaus von Bomhard, Vorsitzender

Lagebericht

Erklärung zur Unternehmensführung

Erklärung zur Unternehmensführung

Die Erklärung zur Unternehmensführung der ERGO Versicherungsgruppe AG umfasst insbesondere die relevanten Angaben zu Unternehmensführungspraktiken gemäß § 289a Abs. 2 HGB, den Bericht von Vorstand und Aufsichtsrat über die Corporate Governance des Unternehmens im Sinne von Ziffer 3.10 des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) sowie den Vergütungsbericht gemäß Ziffer 4.2.5. DCGK und einschlägiger Rechnungslegungsvorschriften.

Entsprechenserklärung von Vorstand und Aufsichtsrat der ERGO Versicherungsgruppe AG (§ 289 a Abs. 2 Nr. 1 HGB)

Am 23. Dezember 2009 haben Vorstand und Aufsichtsrat der ERGO Versicherungsgruppe AG turnusgemäß die jährliche Entsprechenserklärung zur Corporate Governance abgegeben. Sie erfolgte gemäß § 161 AktG, ist über die Internetseite der Gesellschaft www.ergo.com dauerhaft zugänglich und hat folgenden Wortlaut:

»Die jährliche Entsprechenserklärung nach § 161 AktG wurde durch Aufsichtsrat und Vorstand der ERGO Versicherungsgruppe Aktiengesellschaft (ERGO) turnusgemäß letztmalig am 19. Dezember 2008 abgegeben. Wir erklären, dass seit Abgabe dieser Erklärung den Empfehlungen der »Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex« in der Fassung vom 6. Juni 2008 mit den nachfolgenden Ausnahmen entsprochen wurde:

- Ziffer 2.3.3 Satz 2 und 3
Aktien der ERGO befinden sich nur in geringem Umfang in Streubesitz. Die jährliche Hauptversammlung findet daher in einem überschaubaren Rahmen statt, so dass es

dem Aktionär ohne weiteres möglich ist, seine Rechte uneingeschränkt und eigenverantwortlich wahrzunehmen. Von der Bestellung eines Vertreters für die weisungsgebundene Ausübung des Stimmrechts auf der Hauptversammlung wurde daher abgesehen.

- Ziffer 4.2.5 Absatz 1
Gemäß den gesetzlichen Regelungen sind Angaben zur Vorstandsvergütung im Lagebericht und Anhang des Geschäftsberichtes zu machen. Unsere dortigen Ausführungen enthalten alle vom Gesetz und Kodex vorgesehenen Informationen. Zwecks Vermeidung wiederholter Darstellungen wird deshalb das Vergütungssystem für die Vorstandsmitglieder nicht noch einmal im Corporate Governance Bericht erläutert.
- Ziffer 5.4.6 Absatz 3 Satz 1
Die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder ergibt sich aus der Satzung der ERGO. Darüber hinaus enthält der Konzernabschluss Angaben zur Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder aufgegliedert nach fixen und variablen Bestandteilen. Ein individualisierter Ausweis erfolgt nicht.

Wir erklären des Weiteren, dass den Empfehlungen der »Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex« in seiner Fassung vom 18. Juni 2009 mit den nachfolgenden Ausnahmen entsprochen wird:

- Ziffer 2.3.3 Satz 2 und 3
Aktien der ERGO befinden sich nur in geringem Umfang in Streubesitz. Die jährliche Hauptversammlung findet daher in einem überschaubaren Rahmen statt, so dass es dem Aktionär ohne weiteres möglich ist, seine Rechte uneingeschränkt und eigenverantwortlich wahrzunehmen.

Von der Bestellung eines Vertreters für die weisungsgebundene Ausübung des Stimmrechts auf der Hauptversammlung wurde daher abgesehen.

- Ziffer 5.4.6 Absatz 3 Satz 1
Die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder ergibt sich aus der Satzung der ERGO. Darüber hinaus enthält der Konzernabschluss Angaben zur Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder aufgliedert nach fixen und variablen Bestandteilen. Ein individualisierter Ausweis erfolgt nicht.«

Relevante Angaben zu Unternehmensführungspraktiken (§ 289 a Abs. 2 Nr. 2 HGB)

Die ERGO Versicherungsgruppe AG ist bestrebt, über die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften hinaus sicherzustellen, dass die Führung des Unternehmens und die Abläufe im Geschäftsbetrieb die Anforderungen an eine gute Compliance und Corporate Governance erfüllen. Dazu hat der Vorstand u. a. in Abstimmung mit den Mitbestimmungsgremien verschiedene Richtlinien verabschiedet. Hierzu zählen

- der Verhaltenskodex für Mitarbeiter, leitende Angestellte und Mitglieder der Geschäftsleitung in der ERGO und ihren Unternehmen,
- die ERGO-Rahmenrichtlinie Anti-Fraud-Management und
- die WpHG-Compliance-Richtlinie.

Der Verhaltenskodex soll allen Adressaten Hinweise für ein korrektes Verhalten gegenüber Kollegen, Vorgesetzten, Kunden und auch der Öffentlichkeit geben. Ziel ist es, die Integrität der Adressaten und damit insgesamt der ERGO und der Unternehmen ihrer Gruppe zu fördern. In diesem Kodex werden

insbesondere Interessenkonflikte, Annahme und Vergabe von Geschenken und Einladungen, Zuwendungen an Amtsträger und Spenden/Sponsoring behandelt.

Die ERGO-Rahmenrichtlinie Anti-Fraud-Management soll das Risiko von Schädigungen des Vermögens der ERGO durch kriminelle Handlungen reduzieren. Dazu gehören etwa Vermögensschädigungen durch Diebstahl, Betrug oder Unterschlagung, Korruptionsfälle sowie Manipulationen der Rechnungslegung. In der Richtlinie sind die internen Abläufe und Verantwortlichkeiten eines guten Anti-Fraud-Managements niedergelegt. Zu wichtigen Aufgaben dieses Managements zählen insbesondere die Vorbeugung und Aufdeckung von kriminellen Handlungen und eine zügige und angemessene Reaktion auf diese.

Die WpHG-Compliance-Richtlinie betrifft die Einhaltung der Vorschriften des WpHG und soll insbesondere die unzulässige Nutzung oder Weitergabe von Insiderinformationen verhindern und die Beachtung der Ad-hoc-Meldepflicht sicherstellen. Zu diesem Zweck werden ein Insiderverzeichnis geführt und Mitarbeiter in insiderrelevanten Bereichen für das Thema besonders sensibilisiert. Ferner wird auf die Einhaltung der Directors' Dealings Regelungen hingewirkt. Letztlich soll sichergestellt werden, dass nicht gegen das Verbot der Marktmanipulation verstoßen wird.

Die genannten Unterlagen werden im Internetauftritt der ERGO unter der Adresse <http://www.ergo.com/cms/ergo/de/investors/corpgov.htm> öffentlich zugänglich gemacht.

Lagebericht

Erklärung zur Unternehmensführung

Beschreibung der Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat sowie die Zusammensetzung und Arbeitsweise von deren Ausschüssen (§ 289 a Abs. 2 Nr. 3 HGB)

Vorstand

Aufgaben und Zuständigkeiten

Der Vorstand leitet das Unternehmen in eigener Verantwortung. Er ist dabei an das Unternehmensinteresse gebunden und verpflichtet, den Unternehmenswert nachhaltig zu steigern. Der Vorstand hat dafür zu sorgen, dass die gesetzlichen Bestimmungen und die unternehmensinternen Richtlinien eingehalten werden. Er ist für ein angemessenes Risikomanagement und Risikocontrolling im Unternehmen verantwortlich.

Innere Ordnung

Der Vorstand der ERGO besteht derzeit aus neun Mitgliedern. Eine Übersicht über die Ressortverteilung finden Sie auf Seite 29. Zusätzliche Informationen über die einzelnen Vorstandsmitglieder erhalten Sie auf unserer Internetseite. Gemäß § 6 der Satzung muss der Vorstand mindestens zwei Mitglieder zählen; im Übrigen bestimmt der Aufsichtsrat die Anzahl der Mitglieder des Vorstands. Die Arbeit des Gesamtvorstands wird durch eine Geschäftsordnung, die vom Aufsichtsrat erlassen wurde, geregelt. Die Geschäftsordnung legt vor allem die Ressortzuständigkeiten einzelner Vorstandsmitglieder fest, die dem Gesamtvorstand vorbehaltenen Angelegenheiten, die erforderliche Mehrheit bei Vorstandsbeschlüssen sowie eine Vertretungsregelung.

Seit November 2006 arbeitet das ERGO Risk Committee als ständiger Ausschuss des ERGO-Vorstands, um bei Fragen zur Risiko-steuerung der ERGO Versicherungsgruppe schnell reagieren zu können. Vier Vorstandsmitglieder sind Mitglieder des Ausschusses, darunter mit Dr. Rolf Ulrich das für das Risiko-management zuständige Vorstandsmitglied und mit Dr. Daniel von Borries das für das Ressort Kapitalanlage und Finanzen zuständige Vorstandsmitglied. Die anderen Ausschussmitglieder, Christian Diedrich und Dr. Jochen Messemer, sind entsprechend der vom Aufsichtsrat verabschiedeten Geschäftsordnung des Ausschusses durch Beschluss des ERGO-Vorstands benannt worden.

Zusammenwirken von Vorstand und Aufsichtsrat

Vorstand und Aufsichtsrat arbeiten zum Wohl des Unternehmens eng zusammen. Der Vorstand informiert den Aufsichtsrat umfassend über die strategische Ausrichtung des Unternehmens und erörtert mit ihm den Stand der Strategieumsetzung. Er berichtet dem Aufsichtsrat regelmäßig über alle für das Unternehmen relevanten Fragen, insbesondere - bei gegebenem Anlass - auch ad hoc. Der Aufsichtsrat hat die Informations- und Berichtspflichten des Vorstands näher festgelegt. Bestimmte Arten von Geschäften wie Investitionen von erheblichem Umfang oder die Änderung der Konzernorganisation darf der Vorstand grundsätzlich nur vornehmen, wenn der Aufsichtsrat zustimmt.

Aufsichtsrat

Aufgaben und Zuständigkeiten

Der Aufsichtsrat überwacht die Geschäftsführung des Vorstands und berät ihn. Bestimmten Geschäften muss er nach der Geschäftsordnung für den Vorstand zustimmen. Er ist jedoch weder berechtigt noch verpflichtet, Maßnahmen der Geschäftsführung zu ergreifen. Der Aufsichtsrat bestellt zudem den Abschlussprüfer. Die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder ist in der Satzung geregelt, wird also von den Aktionären festgelegt.

Innere Ordnung

In Übereinstimmung mit Gesetz und Satzung gehören dem Aufsichtsrat der ERGO 20 Mitglieder an. Zehn Mitglieder werden von den Arbeitnehmern gewählt, die zehn Vertreter der Anteilseigner werden von der Hauptversammlung gewählt. Eine Übersicht zu den Mitgliedern des Aufsichtsrats finden Sie auf Seite 28.

Der Aufsichtsrat der ERGO hat fünf Ausschüsse gebildet: Den Ständigen Ausschuss, den Vorstandsausschuss, den Prüfungsausschuss, den Nominierungsausschuss und den Vermittlungsausschuss.

- Der Ständige Ausschuss besteht aus fünf Mitgliedern, drei Vertretern der Anteilseigner und zwei Arbeitnehmervertretern. Kraft Amtes gehören dem Ausschuss der Aufsichtsratsvorsitzende und dessen Stellvertreter an. Der Ständige Ausschuss entscheidet über alle Geschäfte, die der Zustimmung des Aufsichtsrats bedürfen, soweit nicht die Entscheidung des Plenums des Aufsichtsrats vorgeschrieben ist oder die Geschäftsordnung des Aufsichtsrats eine andere Zuständigkeit vorsieht. Auch die Zustimmung zu Verträgen der Gesellschaft mit Aufsichtsratsmitgliedern sowie

die Vorbereitung der jährlichen Entsprechenserklärung des Aufsichtsrats gemäß § 161 AktG und der Berichterstattung des Aufsichtsrats im Geschäftsbericht über die Corporate Governance der Gesellschaft gehören zu seinen Aufgaben.

- Der Vorstandsausschuss besteht aus drei Mitgliedern, zwei Anteilseignervertretern und einem Arbeitnehmervertreter. Kraft Amtes gehört dem Ausschuss der Vorsitzende des Aufsichtsrates an. Die Aufgaben des Vorstandsausschusses umfassen vor allem die Vorbereitung der Bestellung von Vorstandsmitgliedern und die langfristige Nachfolgeplanung für die Besetzung des Vorstands, die Vorbereitung der Beschlüsse des Plenums über das Vergütungssystem für den Vorstand und über die Festsetzung der Gesamtvergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder sowie die Vertretung der Gesellschaft gegenüber den Vorstandsmitgliedern gemäß § 112 AktG.
- Dem Prüfungsausschuss gehören drei Mitglieder an, zwei Anteilseignervertreter und ein Arbeitnehmervertreter. Zu seinen Aufgaben gehören die Vorbereitung des Beschlusses des Aufsichtsrats über die Feststellung des Jahresabschlusses und die Billigung des Konzernabschlusses, die Besprechung der Prüfungsberichte mit dem Abschlussprüfer sowie die Überprüfung des Risikomanagementsystems und der Compliance der Gesellschaft. Außerdem erteilt der Ausschuss den Prüfungsauftrag für den Jahres- und Konzernabschluss an den Abschlussprüfer einschließlich der Festlegung von Prüfungsschwerpunkten und der Vereinbarung über die Vergütung für die Abschlussprüfung.

Lagebericht

Erklärung zur Unternehmensführung

- Dem Nominierungsausschuss gehören der Vorsitzende des Aufsichtsrats und zwei weitere Vertreter der Anteilseigner an. Diese werden von den Vertretern der Anteilseigner im Aufsichtsrat gewählt. Der Nominierungsausschuss empfiehlt dem Aufsichtsrat geeignete Kandidaten für dessen Vorschläge an die Hauptversammlung zur Wahl der Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner. Hierfür hat er einen Kriterienkatalog entwickelt.
- Der Vermittlungsausschuss ist gemäß § 27 Abs. 3 MitbestG gebildet worden, besteht also aus dem Aufsichtsratsvorsitzenden, seinem Stellvertreter sowie je einem von den Aufsichtsratsmitgliedern der Arbeitnehmer und von den Aufsichtsratsmitgliedern der Anteilseigner gewählten Mitglied. Der Vermittlungsausschuss hat gemäß § 31 Abs. 3 MitbestG für den Fall, dass bei der Bestellung oder dem Widerruf der Bestellung von Vorstandsmitgliedern nicht die nach dem Mitbestimmungsgesetz erforderliche Zweidrittelmehrheit erreicht worden ist, dem Aufsichtsrat einen Vorschlag zu machen.

Den Ausschüssen gehört jeweils mindestens ein unabhängiges Mitglied des Aufsichtsrats an. Über die Arbeit der Ausschüsse berichtet der Vorsitzende des jeweiligen Ausschusses dem Plenum regelmäßig und ausführlich. Die einzelnen Mitglieder der Ausschüsse können der Übersicht auf Seite 29 entnommen werden.

Sowohl die Aufgaben der Ausschüsse als auch weitere Regelungen für die Arbeit des Aufsichtsrats sind in der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat festgelegt. Dazu gehören Bestimmungen zum Ablauf der Sitzung des Aufsichtsrats, zur Vertraulichkeit und Verschwiegenheit, zum Umgang mit den Prüfungsberichten des Abschlussprüfers sowie zur Altersgrenze für die Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands.

Bericht des Vorstands und des Aufsichtsrats zur Corporate Governance der ERGO Versicherungsgruppe AG (Ziffer 3.10 DCGK)

Corporate Governance steht für eine verantwortungsvolle, auf langfristige Wertschöpfung ausgerichtete Unternehmensführung und -kontrolle. In Deutschland wurden die Corporate-Governance-Regeln vor allem im Aktiengesetz, im Mitbestimmungsgesetz und im Deutschen Corporate Governance Kodex niedergelegt. Der Kodex, der 2002 in Kraft trat und seither mehrfach überarbeitet wurde, gibt Empfehlungen und Anregungen, die auf national und international anerkannten Standards für gute Unternehmensführung beruhen. Von besonderer Bedeutung sind eine vertrauensvolle und effiziente Arbeit in Vorstand und Aufsichtsrat, eine gute Zusammenarbeit zwischen diesen Organen sowie eine transparente Unternehmenskommunikation nach innen und außen. Corporate Governance wird als ein kontinuierlicher Prozess gesehen. Die verschiedenen Regeln dürfen nicht nur angeordnet, sie müssen vor allem auch gelebt werden. Hierzu tragen das Compliance-Office, die Interne Revision und das Risikomanagement wesentlich bei.

Die Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex hat den Kodex im ersten Halbjahr 2009 überarbeitet und am 18. Juni 2009 eine neue Fassung verabschiedet. Ebenfalls im vergangenen Jahr ist die Ausgestaltung des Vergütungssystems für den Vorstand durch das Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG) weitgehend im Aktiengesetz verankert worden. Der Deutsche Corporate Governance Kodex wurde deshalb an die neuen gesetzlichen Vorgaben angepasst. Ergänzt wurden die gesetzlichen Regelungen durch die Empfehlung, dass sowohl positiven als auch negativen Ergebnisentwicklungen bei der Ausgestaltung der variablen Vergütungsteile Rechnung getragen werden soll. Zur Umsetzung dieser Empfehlung sowie der Vorgaben des Aktiengesetzes hat der Aufsichtsrat in seiner Novembersitzung bei der Struktur und Systematik der Vergütung für die Mitglieder des Vorstands, der Ausgestaltung der variablen Vergütungskomponente und den Grundsätzen für die Überprüfung und Anpassung von Bezügen und Pensionsansparungen des Vorstands noch nötige Anpassungen beschlossen. Damit entspricht das aktuelle Vergütungssystem der ERGO allen maßgeblichen Anforderungen, insbesondere im Hinblick auf das Ziel einer nachhaltigen Unternehmensentwicklung.

Ferner wurde die Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat – entsprechend der ebenfalls durch das VorstAG eingeführten gesetzlichen Regelung zur zwingenden Zuständigkeit des Aufsichtsratsplenums für alle Vergütungsentscheidungen – dahingehend geändert, dass nunmehr das Aufsichtsratsplenum auf Vorschlag des Vorstandsausschusses die Gesamtvergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder festsetzt.

Für Vorstandsmitglieder wurde durch das VorstAG die Höhe des Selbstbehalts im Falle

einer D&O-Versicherung nunmehr in § 93 Abs. 2 Satz 3 AktG ausdrücklich definiert. Der Kodex empfiehlt, für den Aufsichtsrat einen entsprechenden Selbstbehalt zu vereinbaren. Dies wurde bei der Neuverhandlung der D&O-Police der Gesellschaft berücksichtigt und gemäß den Kodexvorgaben umgesetzt.

Der Aufsichtsrat hat auch im Jahr 2009 die Effizienz seiner Arbeit geprüft. Der Ständige Ausschuss hat Vorschläge zur Arbeit des Aufsichtsrats entgegengenommen und dem Plenum eine Reihe von Empfehlungen unterbreitet. Das Plenum hat daraufhin insbesondere festgelegt, dass ihm der Chief Risk Officer in jeder Frühjahrssitzung des Aufsichtsrats zur aktuellen Risikosituation und zur Risikostrategie ausführlich berichten soll.

Aktienbesitz von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern (Ziffer 6.6 DCGK)

Gemäß Ziffer 6.6 DCGK ist der Besitz von Aktien oder sich auf Aktien beziehender Finanzinstrumente von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern anzugeben, wenn diese direkt oder indirekt mehr als 1 % der von der Gesellschaft ausgegebenen Aktien betreffen. Übersteigt der Gesamtbesitz aller Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder 1 % der ausgegebenen Aktien, soll der Gesamtbesitz getrennt nach Vorstand und Aufsichtsrat angegeben werden.

Meldepflichtige Erwerbs- und Veräußerungsvorgänge nach § 15 a Wertpapierhandelsgesetz waren bis zum Ende des Geschäftsjahres 2009 nicht zu verzeichnen. Der Gesamtbesitz aller Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder an Aktien oder sich darauf beziehender Finanzinstrumente beträgt weniger als 1 % der von der Gesellschaft ausgegebenen Aktien.

Lagebericht

Erklärung zur Unternehmensführung

Vergütungsbericht (Ziffer 4.2.5 DCGK bzw. § 289 Abs. 2 Nr. 5 HGB)

Struktur des Vergütungssystems für den Vorstand

In Übereinstimmung mit dem Deutschen Corporate Governance Kodex erläutern wir im Folgenden die Grundzüge des Vergütungssystems für den Vorstand der ERGO Versicherungsgruppe AG und die konkrete Ausgestaltung der einzelnen Komponenten.

Entsprechend der für die Vergütung 2009 geltenden Empfehlung in Ziffer 4.2.2 des Deutschen Corporate Governance Kodex wurde das Vergütungssystem für den Vorstand einschließlich der wesentlichen Vertragselemente vom Aufsichtsratsplenum beschlossen. Der Vorstandsausschuss des Aufsichtsrats, dem der Vorsitzende des Aufsichtsrats sowie ein Vertreter der Anteilseigner und ein Vertreter der Arbeitnehmer angehören, hatte den Beschluss für das Plenum vorbereitet.

Struktur und Systematik der Vorstandsvergütung

| Bestandteil | Bemessungsgrundlage/ Parameter | Korridor | Voraussetzung für Zahlung | Auszahlung |
|---|--|---|--|---|
| Grundvergütung Sachbezüge/ Nebenleistungen (Dienstwagen, Gesundheitsvorsorge, Versicherungen) | Funktion, Verantwortung, Dauer der Vorstandszugehörigkeit | Fix | Vertragliche Regelungen | Monatlich |
| Kurzfristige Vergütungskomponente: Jahresbonus | Konzernergebnis auf Basis Economic Earnings (ERGO-Gruppe), Ressort-/ Segmentergebnis, individuelle Ziele | 0-150 % (voll erreicht = 100%) | Erreichung der Ziele | Einmal jährlich im darauffolgenden Jahr |
| Mittel- und langfristige Vergütungskomponente: Mid-Term Incentive Plan (Performance Share Plan, Laufzeit 3 Jahre) | Wertorientierte Erfolgsziele (Dreijahres-Durchschnitt) auf Basis Economic Earnings, Total Shareholder Return (TSR) | 0-150 % (voll erreicht = 100%) | Erreichung der Dreijahres-Ziele | Im 4. Jahr |
| Aktienkursbasierte Vergütungskomponente: Langfristiger Incentive-Plan (Wertsteigerungsrechte; Laufzeit 7 Jahre) | Kurssteigerung der Aktie der Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft | 0-150 % (Cap bei 150 % Kurssteigerung) | <ul style="list-style-type: none"> ■ Ablauf Sperrfrist (2 Jahre) ■ Kurssteigerung 20 % ■ Münchener-Rück-Aktie hat Euro Stoxx 50 zweimal am Ende eines Zeitraums von 3 Monaten während Planlaufzeit geschlagen | Ab 3. Planjahr bis Planende |
| Altersversorgung: Pensionsanwartschaft | Grundvergütung, Dienstjahre im Vorstand | Festbetrag | <ul style="list-style-type: none"> ■ Pensionierung ■ Versorgungsfall ■ Vorzeitige Beendigung oder Nichtverlängerung des Dienstvertrags unter bestimmten Voraussetzungen | - |

Fixe Bestandteile

Grundvergütung

Die feste jährliche Grundvergütung wird als monatliches Gehalt ausbezahlt.

Sachbezüge/Nebenleistungen

Sach- und Nebenleistungen richten sich nach der Funktion und sind im Vergleich zum Markt angemessen. Die damit verbundenen geldwerten Vorteile sind individuell zu versteuern.

Variable Bestandteile

Die variablen Bestandteile setzen sich zusammen aus dem Jahresbonus und den aktienkursbasierten Vergütungskomponenten Mid-Term Incentive Plan und langfristiger Incentive-Plan.

Jahresbonus

Diesem Vergütungsbestandteil liegen unterschiedliche Zielkategorien zugrunde. Die Vorgaben und Skalierungen für Konzern- und Ressort-/Segmentergebnis sind kennzahlenorientiert, für die individuellen Ziele bilden persönliche Zielvorgaben die Basis. Beim Konzernziel und den Ressort-/Segmentzielen werden wertorientierte Steuerungsgrößen auf Basis Economic Earnings verwendet. Die Economic Earnings entsprechen der Veränderung des ökonomischen Bestandswertes der Gesellschaft in der betrachteten Periode, d. h. ohne zukünftiges Neugeschäft. Die praktische Berechnung erfolgt ausgehend vom IFRS-Ergebnis der betrachteten Periode und berücksichtigt zusätzlich die sogenannten ökonomischen Anpassungen.

Mid-Term Incentive Plan

Der Mid-Term Incentive Plan stellt auf das Ergebnis eines Dreijahreszeitraums ab. Er fördert die mittel- und langfristige Unternehmenswertsteigerung der ERGO und der Munich Re, gemessen an der internen Wertschaffung (wertorientiertes Erfolgsziel) sowie der Steigerung des Total Shareholder Returns (TSR) der Münchener-Rück-Aktie. Dieser Plan beinhaltet die kostenfreie Vergabe von Performance Share Units (PSU-Rechte) an die Mitglieder des Vorstands. Die Plan Teilnehmer haben die Möglichkeit, durch die Erreichung des Erfolgsziels und die Steigerung des TSR an der Wertentwicklung der ERGO und von Munich Re zu partizipieren.

Für das wertorientierte Erfolgsziel wird ein Dreijahres-Durchschnittsziel für den Konzern auf Basis Economic Earnings festgelegt. Die Zielerreichung wird nach Ende der Planlaufzeit gemessen; während der Planlaufzeit findet keine Adjustierung des Ziels statt.

Der TSR stellt die gesamte Rendite der Münchener-Rück-Aktie dar und umfasst die Aktienkurssteigerungen plus die reinvestierten Dividenden über einen Zeitraum von drei Jahren. Weitere Informationen zum Mid-Term Incentive Plan finden Sie auf der Seite 21.

Langfristiger Incentive-Plan

Diese Komponente mit langfristiger Anreizwirkung zielt auf die nachhaltige Steigerung des Aktienkurses der Münchener-Rück-Aktie ab. Der langfristige Incentive-Plan wird jährlich seit 2002 und letztmalig in 2009 aufgelegt. Die Berechtigten haben eine bestimmte Anzahl von Wertsteigerungsrechten erhalten. Sie können nur ausgeübt werden, wenn eine zweijährige Sperrfrist eingehalten wird, die Münchener-Rück-Aktie seit Planbeginn um mindestens 20% gestiegen ist und der Euro Stoxx 50 wenigstens zweimal über

Lagebericht

Erklärung zur Unternehmensführung

einen Zeitraum von drei Monaten während der Planlaufzeit geschlagen worden ist.

Ob und wann die Wertsteigerungsrechte tatsächlich ausgeübt werden können, steht bei der Zuteilung nicht fest. Die Ausübung und der Erlös hängen ab von der Aktienkursentwicklung, dem Ausübungskurs und dem Ausübungstag. Die Höhe des Ertrags ist begrenzt. Bisher konnten nur aus den Plänen, die 2003 bis 2005 aufgelegt wurden, Wertsteigerungsrechte ausgeübt werden. Weitere Informationen zum langfristigen Incentive-Plan finden Sie auf den Seiten 22 f.

Gewichtung der Vergütungsbestandteile

Bei hundertprozentiger Zielerreichung (Jahresbonus) und Zugrundelegung des rechnerischen Werts der aktienkursbasierten Vergütung (Mid-Term Incentive Plan und langfristiger Incentive-Plan) zum Zeitpunkt der Gewährung stellen sich die Anteile der einzelnen Komponenten an der Gesamtvergütung 2009 wie folgt dar: Grundvergütung etwa 30 %, Jahresbonus ca. 35 %, Mid-Term Incentive Plan rund 20 % und langfristiger Incentive-Plan ungefähr 15 %. Jahresbonus, Mid-Term Incentive Plan und langfristiger Incentive-Plan bildeten zusammen ein ausgewogenes und ökonomisch, das heißt stark risikobasiert ausgerichtetes Anreizsystem. Des Weiteren wurde sichergestellt, dass die Verzielung der Vorstandsmitglieder nicht zu einer Fehlsteuerung führt. Es werden keine garantierten variablen Vergütungsbestandteile gewährt.

Die Gesamtvergütung wurde bisher vom Vorstandsausschuss des Aufsichtsrats in angemessener Höhe festgelegt und regelmäßig überprüft. Dabei wurden auch die Daten von Gesellschaften im Vergleichsumfeld erhoben. Kriterien für die Angemessenheit der Vergütung bildeten insbesondere die Aufga-

ben des jeweiligen Vorstandsmitglieds, seine persönliche Leistung, die Leistung des Vorstands als Ganzes sowie die wirtschaftliche Lage, der Erfolg und die Zukunftsaussichten des Unternehmens. Neue Vorstandsmitglieder werden in der Regel so eingestuft, dass in den ersten drei Jahren ausreichend Entwicklungspotenzial zur Verfügung steht.

Fortzahlung der Bezüge bei Arbeitsunfähigkeit

Bei vorübergehender Arbeitsunfähigkeit durch Krankheit oder infolge anderer Gründe, die das Vorstandsmitglied nicht zu vertreten hat, werden die Bezüge bis zur Beendigung des Anstellungsvertrags weitergezahlt. Die Gesellschaft kann den Anstellungsvertrag vorzeitig beenden, wenn das Vorstandsmitglied länger als zwölf Monate arbeitsunfähig und voraussichtlich auf Dauer nicht mehr in der Lage ist, die ihm übertragenen Aufgaben uneingeschränkt zu erfüllen (dauernde Arbeitsunfähigkeit). In diesem Fall erhält das Vorstandsmitglied eine Arbeitsunfähigkeitsrente.

Sonstiges

Vergütungen aus Mandaten sind an die Gesellschaft abzuführen bzw. werden bei der Verdienstabrechnung abgezogen. Ausgenommen sind lediglich Vergütungen aus Mandaten, die von der Gesellschaft ausdrücklich als persönliche anerkannt werden. Im Falle eines »Change of Control« haben die Mitglieder des Vorstands keinen dienstvertraglichen Anspruch auf Zahlungen. Hinsichtlich der aktienkursbasierten Vergütung sehen die Bedingungen im Fall eines »Change of Control« besondere Ausübungsmöglichkeiten vor.

Altersversorgung

Die Mitglieder des Vorstands erhalten eine leistungsorientierte Pensionszusage, also die Zusage eines festen Pensionsbetrags, dessen Höhe sich an ihrer Grundvergütung und ihren Dienstjahren im Vorstand orientiert. Der Versorgungsgrad beginnt bei 30% und kann maximal 50% der jährlichen Grundvergütung erreichen.

Leistungen für den Fall der Beendigung der Tätigkeit

Altersruhegeld

Das Vorstandsmitglied hat Anspruch auf Ruhegeld, wenn es nach Vollendung des 60. Lebensjahres, spätestens jedoch wegen Erreichung der Altersgrenze von 65 Lebensjahren aus dem aktiven Dienst der Gesellschaft ausscheidet.

Ruhegeld aufgrund Arbeitsunfähigkeit

Das Vorstandsmitglied hat Anspruch auf Ruhegeld, wenn der Vertrag wegen dauernder Arbeitsunfähigkeit einvernehmlich aufgehoben, von der Gesellschaft gekündigt oder infolge Nichtverlängerung der Vorstandsbestellung beendet wird.

Vorgezogenes gekürztes Ruhegeld

Das Vorstandsmitglied hat Anspruch auf Ruhegeld, wenn der Vertrag infolge Nichtverlängerung oder Widerrufs der Vorstandsbestellung beendet wird, ohne dass das Vorstandsmitglied hierzu durch eine grobe Verletzung seiner Pflichten oder seinen eigenen Wunsch Veranlassung gegeben hat; Voraussetzung hierfür ist, dass das Vorstandsmitglied das 50. Lebensjahr bereits überschritten hat, bei Vertragsende seit mehr als zehn Jahren in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis zu der Gesellschaft stand und die Vorstandsbestellung bereits mindestens einmal verlängert worden war.

Höhe der Leistung in allen drei Fällen:

- Für sechs Monate bisherige monatliche Grundvergütung (nur für Vorstandsmitglieder, die vor 2006 bestellt wurden).
- Pensionszusage zwischen 30% und 50% der jährlichen Grundvergütung, die im Falle des vorgezogenen gekürzten Ruhegeldes um je 2% für jedes angefangene Jahr vor Vollendung des 65. Lebensjahres gekürzt wird.
- Bis zum 65. Lebensjahr erfolgt eine Kürzung aufgrund anderweitiger Einnahmen aus Tätigkeiten für Dritte.

Unverfallbare Anwartschaft auf Alters-, Arbeitsunfähigkeits- und Hinterbliebenenversorgung

Leistungen aus unverfallbaren Anwartschaften werden bei Vollendung des 65. Lebensjahres, bei Arbeitsunfähigkeit oder bei Tod des Vorstandsmitglieds gezahlt.

Unverfallbare Anwartschaft nach dem Betriebsrentengesetz

Das Vorstandsmitglied hat Anspruch auf eine unverfallbare Anwartschaft nach dem Betriebsrentengesetz, wenn es vor Vollendung des 60. Lebensjahres aus den Diensten der Gesellschaft ausscheidet und der Beginn der Betriebszugehörigkeit zum Zeitpunkt des Ausscheidens mindestens 5 Jahre zurück liegt.

Höhe der Leistung: Die Pensionszusage liegt zwischen 30% und 50% der jährlichen Grundvergütung. Unverfallbar ist derjenige Teil des Ruhegelds, der dem Verhältnis der tatsächlichen gegenüber der möglichen Betriebszugehörigkeit bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres entspricht (m/n-tel-Verfahren, § 2 Abs. 1 BetrAVG).

Lagebericht

Erklärung zur Unternehmensführung

Verbesserte unverfallbare Anwartschaft

Die verbesserte unverfallbare Anwartschaft wird gewährt, wenn der Anstellungsvertrag aufgrund Nichtverlängerung (seitens der Gesellschaft) endet und weder grobe Pflichtverletzung noch eine Eigenkündigung vorliegen. Weiterhin wird vorausgesetzt, dass das Vorstandsmitglied vor Vollendung des 60. Lebensjahres aus den Diensten der Gesellschaft ausscheidet und der Beginn der Betriebszugehörigkeit zum Zeitpunkt des Ausscheidens mindestens zehn Jahre zurückliegt.

Höhe der Leistung:

- Im Anschluss an das Ausscheiden für sechs Monate bisherige monatliche Grundvergütung (nur für Vorstandsmitglieder, die vor 2006 bestellt wurden).
- Pensionszusage zwischen 30 % und 50 % der jährlichen Grundvergütung, die um je 2 % für jedes angefangene Jahr vor Vollendung des 65. Lebensjahres gekürzt wird.

Hinterbliebenenversorgung

Bei Tod eines Vorstandsmitglieds während der aktiven Dienstzeit erhalten die Hinterbliebenen (Witwe/Witwer, Waisen) für die Dauer von sechs Monaten die bisherige monatliche Grundvergütung gezahlt, wenn die Berufung in den Vorstand vor 2006 erfolgt ist. Bei Vorstandsmitgliedern, die nach 2006 bestellt wurden, wird für drei Monate die bisherige monatliche Grundvergütung an die Berechtigten gezahlt.

Bei Tod eines Vorstandsmitglieds nach der Pensionierung erhalten die Hinterbliebenen für die Dauer von drei Monaten das bisherige monatliche Ruhegeld gezahlt, wenn die Eheschließung bzw. die Geburt des Kindes vor Beginn des Ruhegeldbezugs erfolgte. Wenn das Ruhegeld des Vorstandsmitglieds wegen vorzeitiger Pensionierung gekürzt wurde, errechnen sich Witwen-/Witwer- und Waisenrente aus dem gekürzten Ruhegeld.

Die Hinterbliebenen eines während der aktiven Dienstzeit oder nach der Pensionierung verstorbenen Vorstandsmitglieds erhalten anschließend nachfolgend aufgeführte Leistungen:

- Witwen-/Witwerrente in Höhe von 60 % der Pensionszusage.
- Gegebenenfalls altersbedingte Kürzung der Witwen-/Witwerrente, je nach Alter der Eheleute, max. um 50 %.
- Anrechnung von Einkünften bis max. 50 %, sofern diese 50 % der Witwen-/Witwerrente übersteigen, sowie von Versorgungsleistungen früherer Arbeitgeber (bei Vorstandsmitgliedern, die ab 2006 bestellt wurden).
- Waisenrente in Höhe von 20 % der Pensionszusage pro Waise.
- Verdoppelung der Waisenrente, wenn keine Witwen-/Witwerrente zu bezahlen ist (bei Vorstandsmitgliedern, die vor 2006 bestellt wurden).
- Witwen(r)- und Waisenrente dürfen zusammen das Ruhegeld nicht übersteigen.

Weitere Entwicklung

Struktur des Vergütungssystems für den Vorstand seit 1. Januar 2010

Ausgehend von den vergütungsrelevanten Neuregelungen des Gesetzes zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG) und des Deutschen Corporate Governance Kodex wurde das Vergütungssystem für den Vorstand zum 1. Januar 2010 neu gestaltet. Besonderes Augenmerk wurde dabei auch auf Verständlichkeit und Transparenz gelegt.

Das Aufsichtsratsplenum hat auf Vorschlag des Vorstandsausschusses des Aufsichtsrats folgendes neues Vergütungssystem für den Vorstand beschlossen:

| Bestandteil | Anteil ¹⁾ | Bemessungsgrundlage/ Parameter | Korridor | Voraussetzung für zahlung | Auszahlung |
|---|----------------------|---|---|----------------------------------|--|
| Grundvergütung zzgl. Sachbezüge/ Nebenleistungen (Dienstwagen, Gesundheitsvorsorge, Versicherungen) | 35 % | Funktion, Verantwortung, Dauer der Vorstandszugehörigkeit | Fix | Vertragliche Regelungen | Monatlich |
| Variable Vergütung | 65 % | Unternehmenserfolg, persönliche Leistung | | | |
| 30 % Jahres- Performance | | Konzernziel (ERGO-Gruppe), Ressort-/Segmentziele, Individuelle Ziele | 0 – 200 % (voll erreicht = 100 %) | Erreichen der Jahresziele | Im 2. Jahr, davon für 25 % des Nettoauszahlungsbetrags verpflichtendes Eigeninvestment in Münchener-Rück- Aktien mit 4-jähriger Sperrfrist |
| 70 % Mehrjahres- Performance | | Konzernziel (ERGO-Gruppe) Individuelle Ziele | 0 – 200 % (voll erreicht = 100 %) | Erreichen der Dreijahresziele | Im 4. Jahr, davon für 25 % des Nettoauszahlungsbetrags verpflichtendes Eigeninvestment in Münchener-Rück- Aktien mit 2-jähriger Sperrfrist |
| Altersversorgung: | | Pensionsfähige Grundvergütung (= 30 % der Ziel- Gesamtdirektvergütung), Dienstjahre im Vorstand | | Festbetrag | <ul style="list-style-type: none"> ▪ Pensionierung ▪ Versorgungsfall ▪ Vorzeitige Beendigung oder Nichtverlängerung des Dienstvertrags unter bestimmten Voraussetzungen |

¹⁾ Die Anteile ergeben sich bei 100% Zielerreichung bei der variablen Vergütung

Die neue Struktur stellt lediglich auf zwei Vergütungsbestandteile ab, Grundvergütung und variable Vergütung. Die variable Komponente enthält sowohl Jahres- als auch Dreijahresziele und ersetzt damit den bisherigen Jahresbonus sowie den Mid-Term Incentive Plan. Der bisherige langfristige Incentive-Plan entfällt. Durch das verpflichtende

Eigeninvestment in Aktien mit vier- bzw. zweijähriger Sperrfrist besteht weiterhin ein aktienkursbasiertes Element. Das neue Vergütungssystem orientiert sich insgesamt stärker als bisher an langfristigen Zielen und schafft somit einen noch ausgeprägteren Anreiz für eine nachhaltige Unternehmensentwicklung.

Lagebericht

Erklärung zur Unternehmensführung

Variable Vergütung

Die variable Vergütungskomponente stellt auf den geschäftlichen Gesamterfolg des Konzerns, den Erfolg definierter Organisationseinheiten sowie auf die persönliche Leistung der einzelnen Mitglieder des Vorstands ab. Sie wird auf Basis der Jahres- und Mehrjahres-Performance bemessen, für die jeweils jährlich neue Ziele festgelegt werden. Auszahlungen erfolgen jeweils nach Ablauf des einjährigen und des dreijährigen Betrachtungszeitraums. Mit Blick auf die Nachhaltigkeit werden die Mitglieder des Vorstands verpflichtet, einen Teil der ausbezahlten variablen Vergütung in Aktien der Münchener Rück AG zu investieren.

Jahres-Performance

Für die Jahres-Performance im Rahmen der variablen Vergütung werden Jahresziele festgelegt, die auf die Bemessungsgrundlagen Konzernziel, Ressort-/Segmentziele sowie individuelle Ziele abstellen. Hierfür stehen bei voller Zielerreichung (= 100 %) 30 % des Gesamtzielbetrags der variablen Vergütung zur Verfügung. Die Vorgaben und Skalierungen für Konzernziel und Ressort-/Segmentziele sind kennzahlenorientiert, für die individuellen Ziele bilden persönliche Zielvorgaben die Basis. Die Ziele werden je nach Zuständigkeit der einzelnen Vorstandsmitglieder individuell gewichtet.

Mehrjahres-Performance

Für die Mehrjahres-Performance im Rahmen der variablen Vergütung werden jährlich Dreijahresziele festgelegt, die auf den Erfolg des Konzernziels sowie auf individuelle Ziele abstellen. Hierfür stehen bei voller Zielerreichung (=100 %) 70 % des Gesamtzielbetrags der variablen Vergütung zur Verfügung. Die Vorgaben und Skalierungen für die Konzernziele basieren auf wertorientierten Steuerungsgrößen, die individuellen Ziele auf per-

sönlichen Zielvorgaben. Die Ziele werden je nach Zuständigkeit der einzelnen Vorstandsmitglieder individuell gewichtet.

Die Berechnung und Auszahlung der variablen Vergütung für die Jahres-Performance erfolgt nach Bewertung und Beschluss durch das Aufsichtsratsplenium im Jahr nach Ablauf des einjährigen Betrachtungszeitraums; die Berechnung und Auszahlung der variablen Vergütung für die Mehrjahres-Performance erfolgt entsprechend nach Ablauf des dreijährigen Betrachtungszeitraums. Die Auszahlung erfolgt jeweils mit der Maßgabe, dass 25 % des Nettoauszahlungsbetrags in Aktien der Münchener Rück AG mit vierjähriger (Jahres-Performance) bzw. zweijähriger (Mehrjahres-Performance) Veräußerungssperre investiert werden müssen.

Altersversorgung

Aufgrund der Erhöhung des Anteils der Grundvergütung an der Gesamtvergütung von 30 % auf 35 % wurde die Bemessungsgrundlage für die Altersversorgung geändert. Andernfalls hätte dies zu einer nicht beabsichtigten Erhöhung der Versorgung geführt. Bei der Festsetzung der leistungsorientierten Pensionszusage wird daher seit 1. Januar 2010 auf die sogenannte »pensionsfähige Grundvergütung« abgestellt, welche 30 % der Ziel-Gesamtdirektvergütung (= Grundvergütung + variable Vergütung auf Basis 100 % Zielerreichung) entspricht.

Sonstiges

Die Mitglieder des Vorstands haben keinen dienstvertraglichen Anspruch auf Abfindungszahlungen. Im Falle der vorzeitigen Beendigung der Vorstandstätigkeit ohne wichtigen Grund im Sinne von § 626 BGB gilt für gegebenenfalls zu leistende Zahlungen, dass diese insgesamt den Wert von zwei Jahresgesamtvergütungen (bei Kontrollerwerb oder Kontrollwechsel im Sinne von § 29 Absatz 2 des

Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetzes (WpÜG): drei Jahresgesamtvergütungen) nicht übersteigen und nicht mehr als die Restlaufzeit des Anstellungsvertrags vergüten dürfen. Für die Berechnung ist auf die Gesamtvergütung des abgelaufenen Geschäftsjahres und gegebenenfalls auch auf die voraussichtliche Gesamtvergütung für das laufende Geschäftsjahr abzustellen.

Ausblick

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat in ihrem Rundschreiben zu den Anforderungen an Vergütungssysteme im Versicherungsbereich die Grundsätze zur Vergütung von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern weiterentwickelt und ergänzt. Eine erste vorläufige Prüfung hat ergeben, dass das zum 1. Januar 2010 beschlossene Vergütungssystem für den Vorstand den Anforderungen des BaFin-Rundschreibens gerecht wird.

Konkrete Angaben über Aktienoptionsprogramme oder ähnliche wertpapierorientierte Anreizsysteme (Ziffer 7.1.3 DCGK)

Mittelfristiger Incentive-Plan

Die ERGO Versicherungsgruppe AG und einzelne ihrer Tochtergesellschaften haben am 1. Januar 2009 einen mittelfristigen Incentive-Plan mit einer Laufzeit von drei Jahren aufgelegt. Berechtigt zur Teilnahme an diesem aktienkursbezogenen Vergütungsplan mit Barausgleich sind die Mitglieder der Vorstände sowie ausgewählte Geschäftsführer. Die Teilnehmer erhalten Performance Share Units (PSU-Rechte). Im vierten Jahr nach Planbeginn entsteht der Anspruch auf Bonuszahlung, deren Höhe von der Erreichung wertorientierter Erfolgsziele und der Steigerung des Total Shareholder Return (TSR) abhängt.

Die Planbedingungen gestalten sich im Einzelnen wie folgt:

- Bemessungsgrundlagen sind zum einen wertorientierte Erfolgsziele, zum anderen der Total Shareholder Return der Aktie der Münchener Rück AG.
- Die wertorientierten Erfolgsziele werden mittels einer durchschnittlichen Zielerreichung über die Jahre festgelegt.
- Die aktienkursbasierte Größe TSR stellt die gesamte Rendite der Aktie dar und umfasst die Aktienkurssteigerungen plus die reinvestierten Dividenden über einen bestimmten Betrachtungszeitraum. Der TSR-Anfangswert und der TSR-Endwert werden aus dem Durchschnitt der letzten 60 Tage vor Planbeginn bzw. vor Planende ermittelt.
- Bei Planbeginn erfolgte die Zuteilung der PSU-Rechte, indem der vertragliche Zusagebetrag für 100 % Zielerreichung bei den Erfolgszielen durch den TSR-Anfangswert dividiert wird. Für den TSR ist der Total-Return-Index der Xetra-Notierung der Münchener-Rück-Aktie mit Startdatum 22. Januar 1996 maßgeblich.
- Die finale Anzahl an PSU-Rechten errechnet sich aus der Multiplikation der PSU-Rechte zu Planbeginn mit dem Zielerreichungsprozentsatz der Erfolgsziele am Planende. Die Anzahl der Rechte kann zwischen 0 und dem 1,5-fachen der anfangs zugeteilten Rechte schwanken.
- Die Auszahlung wird bei einer Verdoppelung des TSR gedeckelt. Der maximale Auszahlungsbetrag ist für Vorstandsmitglieder und Geschäftsführer auf 150 % des Zusagebetrags begrenzt.

Lagebericht

Erklärung zur Unternehmensführung

| Incentive-Plan 2009 | 2009 |
|---|---------------|
| Planbeginn | 1.1.2009 |
| Planende | 31.12.2011 |
| Beizulegender Zeitwert 2009 für ein Recht (gewichteter Durchschnitt) | 191,38 € |
| Zahl der Rechte am 1. Januar 2009 | 27 623 |
| Zugang | - |
| Verfallen | - |
| Zahl der Rechte am 31. Dezember 2009 | 27 623 |

- Basis für die volle und anteilige Zuteilung der PSU-Rechte ist das Startjahr (= 1. Planjahr). Für unterjährige Ein- und Austritte gilt eine Pro-rata-temporis-Regelung.
- Die Bewertung des mittelfristigen Incentive-Plans zum Stichtag erfolgt indirekt mit dem beizulegenden Zeitwert der Schuld. Der beizulegende Zeitwert berücksichtigt neben dem wertorientierten Erfolgsziel den Total Shareholder Return während des Performance-Zeitraums.

In dem Geschäftsjahr 2009 wurde insgesamt ein Aufwand in Höhe von 5,2 Mio. € aus dem mittelfristigen Incentive-Plan für die Gruppe erfasst. Der Gesamtbuchwert der Schuld beträgt zum Stichtag 5,2 Mio. €.

Langfristiger Incentive-Plan

Die ERGO Versicherungsgruppe AG und einzelne ihrer Tochtergesellschaften legen seit 1. Juli 2002 im jährlichen Abstand langfristige Incentive-Pläne mit einer Laufzeit von jeweils 7 Jahren auf. In 2009 wurde dieser Plan letztmalig aufgelegt. Berechtigt zur Teilnahme an diesen aktienkursbezogenen Vergütungsplänen sind die Mitglieder der Vor-

stände sowie ausgewählte Geschäftsführer. Die Teilnehmer erhalten eine bestimmte Anzahl von Wertsteigerungsrechten (Stock-Appreciation-Rights) auf die Münchener-Rück-Aktie.

Der maßgebliche Basiskurs der Wertsteigerungsrechte wird aus dem Durchschnitt der Schlusskurse der Münchener-Rück-Aktie aus dem Frankfurter Xetra-Handel der letzten drei Monate vor Planbeginn ermittelt. Der Basiskurs für den langfristigen Incentive-Plan 2009 beträgt 97,57 € (121,84 €). Aufgrund einer Kapitalerhöhung der Münchener Rück AG im Geschäftsjahr 2003 wurden die Basiskurse der bis dahin ausgegebenen Wertsteigerungsrechte sowie die Anzahl der bis dahin bereits gewährten Wertsteigerungsrechte bedingungsgemäß angepasst.

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 118 979 (132 306) Wertsteigerungsrechte gewährt, davon 113 548 (126 676) an Mitglieder der Vorstände der Gruppe. Die zukünftigen Verpflichtungen aus dem langfristigen Incentive-Plan werden mit Aktien der Münchener Rück AG oder Optionen auf Münchener-Rück-Aktien abgesichert.

Der aus den Wertsteigerungsrechten resultierende Personalaufwand bzw. Ertrag wird auf der Grundlage der Veränderung des beizulegenden Zeitwerts der zugrunde liegenden Optionsrechte ermittelt. Der beizulegende Zeitwert berücksichtigt neben dem inneren Wert (Differenz zwischen Aktienkurs und Basiskurs der Wertsteigerungsrechte) zusätzlich die Möglichkeit des Wertzuwachses bis zum Zeitpunkt des Verfalls der Rechte und wird unter Berücksichtigung der Ausübungsbedingungen anhand anerkannter Bewertungsmodelle ermittelt. Die im Berichtsjahr insgesamt gewährten Wertsteigerungsrechte hatten im Zeitpunkt der Gewährung einen beizulegenden Zeitwert in Höhe von 2,0 Mio. €.

Zu jedem Bilanzstichtag wird der beizulegende Zeitwert der Wertsteigerungsrechte berechnet und zurückgestellt; dieser Betrag wird in voller Höhe erfasst. Der erfolgswirksam ausgewiesene Personalaufwand entspricht somit – unter Berücksichtigung gegebenenfalls ausgeübter Rechte – der Veränderung der Rückstellung im Berichtsjahr. Im Berichtsjahr ergab sich ein Rückstellungsbedarf von 8,1 (17,8) Mio. €, der Personalaufwand machte – 4,9 (4,3) Mio. € aus. Der gewichtete Durchschnittskurs der 2009 ausgeübten Wertsteigerungsrechte betrug für das Planjahr 2004 110,95 € und für das Planjahr 2005 110,70 €. Aus den Plänen der Jahre 2002, 2003, 2006 und 2007 sind 2009 keine Wertsteigerungsrechte ausgeübt worden. Der innere Wert der ausübaren Wertsteigerungsrechte belief sich zum Bilanzstichtag auf 2,7 Mio. €.

Jedes Wertsteigerungsrecht befugt den Inhaber, die Differenz zwischen dem Kurs der Münchener-Rück-Aktie zum Zeitpunkt seiner Ausübung und dem Basiskurs in bar zu beziehen.

Die Wertsteigerungsrechte können erst nach einer zweijährigen Sperrfrist und dann nur bei einem Kursanstieg um mindestens 20% gegenüber dem Basiskurs ausgeübt werden. Zusätzlich muss die Münchener-Rück-Aktie zweimal den Euro Stoxx 50 am Ende eines Zeitraums von drei Monaten während der Planlaufzeit übertreffen. Der Bruttobetrag, der aus der Ausübung der Wertsteigerungsrechte erzielt werden kann, ist begrenzt auf eine Steigerung um maximal 150% des Basiskurses.

Die am letzten Börsentag der Planlaufzeit nicht ausgeübten Rechte werden für den Planteilnehmer ausgeübt, sofern die Ausübungsvoraussetzungen vorliegen. Werden die Bedingungen nicht erfüllt, verfallen die Wertsteigerungsrechte.

Sofern ein anderes Unternehmen die Kontrolle über Munich Re erlangt oder sich der Aktionärskreis der Gesellschaft aufgrund einer Verschmelzung oder eines vergleichbaren Umwandlungsvorgangs bzw. Zusammenschlussvorhabens wesentlich verändert (»Change in Control«), können alle Planteilnehmer der Gruppe ihre Wertsteigerungsrechte innerhalb von 60 Tagen nach Wirksamkeit des Change in Control ausüben, auch wenn zu diesem Zeitpunkt die Ausübungsvoraussetzungen noch nicht vorliegen sollten.

Lagebericht

Die ERGO Versicherungsgruppe AG

Die ERGO Versicherungsgruppe AG

Mit 19 Mrd. € Beitragseinnahmen ist ERGO eine der großen europäischen Versicherungsgruppen. ERGO ist weltweit in mehr als 30 Ländern vertreten und konzentriert sich auf die Regionen Europa und Asien. In Europa ist ERGO die Nummer 1 in der Kranken- und der Rechtsschutzversicherung; im Heimatmarkt Deutschland gehört ERGO über alle Sparten hinweg zu den Marktführern. Über 50 000 Menschen arbeiten als angestellte Mitarbeiter oder als selbstständige Vermittler hauptberuflich für die Gruppe.

ERGO bietet ein umfassendes Spektrum an Versicherungen, Vorsorge und Serviceleistungen. Heute vertrauen über 40 Millionen Kunden der Kompetenz und Sicherheit der ERGO und ihrer Experten in den verschiedenen Geschäftsfeldern; allein in Deutschland sind es 20 Millionen Kunden. Ihnen bieten wir integrierte Versicherungs- und Dienstleistungskonzepte für ihre individuellen Bedürfnisse.

ERGO hat für jeden Kunden den richtigen Vertriebsweg: Fast 22 000 hauptberufliche selbstständige Vermittler, Mitarbeiter im Direktvertrieb, Makler und starke Kooperationspartner im In- und Ausland sprechen die Kunden an. Mit der europäischen Großbank UniCredit-Gruppe verbindet uns eine weit reichende Vertriebspartnerschaft in Deutschland sowie Mittel- und Osteuropa.

ERGO gehört zu Munich Re; die Gruppe ist einer der weltweit führenden Rückversicherer und Risikoträger. Unter dem Dach von Munich Re nutzen Erst- und Rückversicherer gemeinsam Chancen und schaffen aus Risiko Wert. Die Kapitalanlagen der Gruppe von ca. 182 Mrd. € – von denen 113 Mrd. € auf die ERGO entfallen – betreut ganz überwiegend der gemeinsame Vermögensmanager und Fondsanbieter MEAG. Ende 2009 hielt Munich Re einen Anteil von 99,69 % an ERGO; der Ausbau des Anteils auf 100 % soll im laufenden Jahr erfolgen.

ERGO ist integraler Bestandteil der Munich Re-Strategie und als solcher im Rahmen der aufsichts- und gesellschaftsrechtlichen Vorgaben in wesentliche Konzernprozesse der Muttergesellschaft Munich Re integriert, zum Beispiel in den Bereichen Konzernstrategie und -geschäftspolitik, Kapital- und Finanzplanung, Risikomanagement, Controlling, Reporting und Rechnungswesen oder allgemein bei wesentlichen Rechtsgeschäften und Maßnahmen. Durch eine Konzernrichtlinie, welche die Verantwortlichkeiten und Kompetenzen zwischen der Konzernführung von Munich Re und ERGO bei maßgeblichen Entscheidungen regelt, ist eine »einheitliche Leitung« im Sinne des Aktiengesetzes gegeben.

Dieser Lagebericht beschränkt sich auf die Geschäftstätigkeit der Obergesellschaft. Informationen zum Geschäft und Umfeld der Tochtergesellschaften werden gegeben, soweit das dem Verständnis der Geschäftsentwicklung der ERGO Versicherungsgruppe AG förderlich ist.

Unsere Markenstrategie

Um das Rundum-Angebot der ERGO für den Kunden deutlicher zu machen, haben wir Ende 2009 die Markenstrategie geändert. In Zukunft werden wir Lebens- sowie Schaden- und Unfallversicherungsprodukte auch in Deutschland unter der Marke ERGO anbieten. Dieses Angebot wird wie bisher durch die Spezialversicherer – DKV für die Krankenversicherung, D.A.S. für Rechtsschutz und ERV für die Reiseversicherung – ergänzt. In den jeweiligen Geschäftsfeldern sollen Rechtsträger zusammengeführt werden. Das bislang vor allem unter den Marken Hamburg-Mannheimer und Victoria abgeschlossene Neugeschäft in der Lebens- und der Schaden- und Unfallversicherung soll in Zukunft im Wesentlichen mit der Marke ERGO erfolgen. Diese Schritte sollen in der zweiten Jahreshälfte 2010 geschehen. Die KarstadtQuelle Versicherungen haben sich bereits im ersten Quartal 2010 den neuen Namen ERGO Direkt Versicherungen gegeben.

Im internationalen Geschäft treten wir bereits in vielen Märkten unter der Marke ERGO auf, so zum Beispiel in den baltischen Ländern, in Belgien, Russland oder in Italien. In den Ländern, in denen wir bislang mit einer Kombination von ERGO mit den lokalen Marken präsent sind, werden wir unsere Marke ERGO in Zukunft noch konsequenter positionieren als bisher. Im Rechtsschutz bleiben wir auch im internationalen Geschäft mit der Marke D.A.S. vertreten, im Segment Gesundheit setzen wir bei unseren Aktivitäten vor allem auf die Stärke der Marke DKV und für den Bereich Reiseversicherung steht weiterhin die Marke ERV.

Wie wir steuern und was wir erreichen wollen

Wir haben es uns zum Ziel gesetzt, unsere Aktivitäten exzellent zu managen und zu steuern. Im Mittelpunkt stehen hierbei eine integrierte Steuerung der Segmente und ihrer Verwaltungsprozesse, ein modernes Risikomanagement, welches die Aktiv-Passiv-Steuerung – auch als Asset-Liability-Management oder ALM bekannt – umfasst, sowie die wert- und risikoorientierte Steuerung (Value-based Management) aller geschäftlichen Aktivitäten.

Neben wertbasierten Größen beachten wir bei der Steuerung unseres Geschäfts eine Vielzahl wichtiger Nebenbedingungen, die in einer Versicherungsgruppe wegen ihrer Bedeutung zum Teil auch als Nebenziele verfolgt werden oder im Einzelfall situationsbedingt die kurzfristige Ausrichtung einer Einheit bestimmen können. Dazu gehören die Regelungen lokaler Rechnungslegungssysteme, steuerliche Aspekte, Liquiditätsanforderungen sowie aufsichtsrechtliche Rahmenbedingungen.

Folgende Aspekte prägen unsere wertorientierte Unternehmensführung:

- Geschäftliche Aktivitäten werden nicht einseitig nach ihrem Ertragspotenzial beurteilt, sondern auch nach Ausmaß der eingegangenen Risiken, das für die Höhe der Wertschaffung ebenfalls maßgeblich ist. Erst die Rendite-Risiko-Beziehung gibt Aufschluss darüber, ob eine Aktivität aus Aktionärssicht vorteilhaft ist.

Lagebericht

Die ERGO Versicherungsgruppe AG

- Mit wertorientierten Steuerungsgrößen sichern wir die ökonomische Betrachtungsweise sowie notwendige Vergleichbarkeit alternativer Initiativen und priorisieren diese.
- Verantwortlichkeiten weisen wir eindeutig zu und machen Management und Mitarbeitern die Stellgrößen für die Wertsteigerung transparent.
- Strategische und operative Planung werden eng miteinander verknüpft.

Neben den rein finanziellen Steuerungsgrößen spielen bei der strategischen Steuerung der ERGO auch nichtfinanzielle Steuerungsgrößen eine große Rolle, etwa Innovationen, Prozessgeschwindigkeit, Ausbildungsstand der Mitarbeiter sowie Produktivität, Kundenzufriedenheit und Vertriebsservice. Langfristig kann ein Unternehmen nur erfolgreich sein, wenn es nachhaltig wirtschaftet und solchen eher zukunftsgerichteten qualitativen Faktoren ebenfalls Rechnung trägt.

Wir verknüpfen Strategie und operative Planung eng miteinander, indem wir unsere Strategien in strukturierten Übersichten darstellen, den so genannten Scorecards, und aus diesen Initiativen, Messgrößen und Verantwortlichkeiten ableiten. Die Scorecards umfassen vier Dimensionen: „Finanzen“, „Kunde/Markt/Vertriebspartner“, „Prozesse“ sowie „Mitarbeiter“. Das unternehmerische Denken und Handeln der Mitarbeiter fördern wir, indem wir Verantwortlichkeiten eindeutig zuweisen und dadurch deutlich machen, wie viel der Einzelne, eine Einheit oder ein Geschäftsfeld zur Wertsteigerung beitragen. Dass wir finanzielle und nichtfinanzielle Ziele konsequent in die Anreizsysteme für den Vorstand und die Führungskräfte integrieren, unterstützt die klare Ausrichtung auf eine nachhaltige Wert schaffende Entwicklung unseres Unternehmens.

Zusammenarbeit im Konzernverbund

Die Segmente der ERGO werden bereits heute markenübergreifend geführt. Im inländischen Geschäft werden Produkte innerhalb des Segments unter Mitwirkung der Vertriebe unter einheitlicher Verantwortung entwickelt und an die verschiedenen Bedürfnisse von Kunden und Vertrieben angepasst. Unsere Verwaltungsstandorte in Deutschland haben wir übergreifend organisiert und nutzen so Synergien.

Querschnittsfunktionen des operativen Geschäfts werden zentral bearbeitet und verantwortet. So können wir Prozesse schlank und effizient gestalten. Die ERGO Versicherungsgruppe arbeitet mit einheitlichen IT-Plattformen; dies unterstützt die konzernweite Steuerung und reduziert die Kosten, die bei der Pflege der Systeme anfallen. Die IT-Dienstleistungen in Deutschland kommen vom konzern-eigenen IT-Dienstleister, der ITERGO.

Im ERGO-Vertriebsressort ist die Verantwortung für die Vertriebe gebündelt, mit dem Ziel einer ganzheitlichen Kundenbetrachtung und eines übergreifenden Vertriebskanal- und Markenmanagements. Für die operative Führung der Ausschließlichkeitsvertriebe sind Vorstandsmitglieder der jeweiligen Rechtsträger zuständig; so wird die Identifikation der Vertriebe gewahrt. Maklervertrieb und Bankenvertrieb sind auf ERGO-Ebene gebündelt.

Das internationale Geschäft wird in einem eigenen Ressort gesteuert. Unsere Aktivitäten umfassen verschiedene Geschäftsmodelle in der Lebens- und Schadenversicherung kombiniert mit unseren Spezialfähigkeiten in der Rechtsschutz-, der Reise- und der Krankenversicherung sowie der Assistance. Für die Spezialversicherer im Bereich

Gesundheit – sie werden im Segment Gesundheit ausgewiesen – erfolgt die operative Steuerung inzwischen über die Einheit Munich Health bei Munich Re.

Die Verwaltung unserer Vermögensanlagen haben wir zum größten Teil auf die MEAG MUNICH ERGO AssetManagement GmbH und ihre Tochtergesellschaften übertragen. Strategische Anlageentscheidungen werden nach Beratung durch die MEAG von den Unternehmen der ERGO Versicherungsgruppe getroffen.

Schlusserklärung zum Abhängigkeitsbericht

Als abhängiges Unternehmen im Sinne von § 17 AktG hat die ERGO Versicherungsgruppe AG für das Geschäftsjahr 2009 den Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgestellt und gemäß § 312 Abs. 3 AktG folgende Erklärung abgegeben:

„Nach den Umständen, die uns jeweils in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, haben wir bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten. Es sind im Geschäftsjahr 2009 keine berichtspflichtigen Maßnahmen getroffen oder unterlassen worden, die zu einer Benachteiligung unserer Gesellschaft geführt haben.“

Lagebericht

Die ERGO Versicherungsgruppe –
Gesellschaftsorgane

Aufsichtsrat

Dr. Nikolaus von Bomhard

Vorsitzender des Vorstands der Münchener
Rückversicherungs-Gesellschaft AG
Vorsitzender

Michael David, seit 5.5.2009

Versicherungsangestellter
stellv. Vorsitzender

Klaus Roth, bis 5.5.2009

Versicherungsangestellter
stellv. Vorsitzender

Waltraud Baier, bis 5.5.2009

Versicherungsangestellte

Günter Bayerle

Personalfachwirt der Gewerkschaft DHV –
Die Berufsgenossenschaft

Hans-Peter Claußen

Versicherungsangestellter

Dr. Karin Dorrepaal

Ehem. Vorstandsmitglied der Schering AG

Frank Fassin

Landesfachbereichsleiter Finanzdienst-
leistungen der ver.di NRW

Günter Greisinger, bis 31.12.2009

Versicherungsangestellter

Harald Herber, seit 5.5.2009

Versicherungsangestellter

Dr. Heiner Hasford

Mitglied des Vorstands der Münchener
Rückversicherungs-Gesellschaft AG i. R.

Dr. Gerhard Jooss

Mitglied des Vorstands der
ThyssenKrupp AG i. R.

Volker Kallé

Leitender Angestellter

Dr. Lothar Meyer

Vorsitzender des Vorstands der
ERGO Versicherungsgruppe AG i. R.

Dr. Markus Miele

Geschäftsführender Gesellschafter der
Miele & Cie. KG

Silvia Müller, seit 5.5.2009

Versicherungsangestellte

Marco Nörenberg

Versicherungsangestellter

Reinhard Pasch, bis 5.5.2009

Versicherungsangestellter

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen

Direktor des Instituts für Finanzwissen-
schaft an der Albert-Ludwigs-Universität
Freiburg

Wolfgang Rusch, seit 1.1.2010

Versicherungsangestellter

Prof. Dr. Theo Siegert

Geschäftsführender Gesellschafter der
de Haen-Carstanjen & Söhne

Richard Sommer

Leiter der Bundesfachgruppe
Versicherungen der ver.di

Prof. Dr. Beatrice Weder di Mauro

Professorin für Volkswirtschaftslehre an der
Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Prof. Dr. Klaus L. Wübbenhorst

Vorsitzender des Vorstands der GfK SE

Prüfungsausschuss

Dr. Heiner Hasford
Dr. Gerhard Jooss
Marco Nörenberg

Vorstandsausschuss

Dr. Nikolaus von Bomhard
Hans-Peter Claußen
Prof. Dr. Theo Siegert

Nominierungsausschuss

Dr. Nikolaus von Bomhard
Dr. Lothar Meyer
Prof. Dr. Theo Siegert

Ständiger Ausschuss

Dr. Nikolaus von Bomhard
Michael David, seit 5.5.2009
Dr. Lothar Meyer
Marco Nörenberg, seit 5.5.2009
Reinhard Pasch, bis 5.5.2009
Klaus Roth, bis 5.5.2009
Prof. Dr. Theo Siegert

Vermittlungsausschuss

Dr. Nikolaus von Bomhard
Michael David, seit 5.5.2009
Klaus Roth, bis 5.5.2009
Prof. Dr. Theo Siegert
Richard Sommer

Vorstand

Vorsitzender

Dr. Torsten Oletzky

Strategische Unternehmensplanung/
Konzernentwicklung
Investor Relations, Presse,
Unternehmenskommunikation
Recht
Revision

Dr. Bettina Anders

Kundenservice, Betriebsorganisation und IT

Dr. Daniel von Borries

Finanzen und Kapitalanlagen
Lebensversicherungsgeschäft im Inland
MEAG/ERGO-Schnittstelle

Günter Dibbern

Geschäftsfeld Gesundheit
im In- und Ausland

Christian Diedrich

Kompositversicherungsgeschäft
(Schaden/Unfall/Rechtsschutz) im Inland

Dr. Ulf Mainzer

(Arbeitsdirektor)
Personal Inland sowie
übergreifende Grundsatzfragen
Allgemeine Dienste, Gebäudemanagement,
Materialwirtschaft/Einkauf und Logistik
im Inland

Dr. Jochen Messemer

Internationales Geschäft
(außer Geschäftsfeld Gesundheit)

Dr. Rolf Ulrich

Rechnungswesen, Steuern, Planung und
Controlling, Risikomanagement

Jürgen Vetter

Vertrieb Inland, Kompetenz-Center-
Bankvertrieb Inland und International
Strategisches Marketing, Markenfragen

Lagebericht

Rahmenbedingungen

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen waren erwartungsgemäß stark geprägt von der globalen Wirtschaftskrise. Auch die deutsche Versicherungswirtschaft stand unter diesem Einfluss, konnte 2009 aber dennoch ein Wachstum erzielen.

Die Weltwirtschaft verzeichnete 2009 eine schwere Rezession. Verbliebene Wachstumstreiber waren China und Indien, wohingegen alle großen Industrienationen an Wirtschaftsleistung verloren. Allerdings gab es bereits ab Jahresmitte erste Anzeichen für eine konjunkturelle Aufhellung, die sich im weiteren Jahresverlauf mehrten. So war bereits ab dem zweiten Quartal wieder eine positive Wachstumsdynamik der Weltwirtschaft feststellbar.

In der Eurozone war die Wirtschaftsleistung 2009 stark rückläufig. Zwar gab es erhebliche regionale Unterschiede, jedoch konnte keines der Mitgliedsländer ein reales Wirtschaftswachstum erreichen. Viele Länder in Osteuropa – so zum Beispiel die baltischen Staaten – erfuhren einen starken Wirtschaftseinbruch; demgegenüber konnte Polen ein leichtes Wachstum erzielen.

Das deutsche Bruttoinlandsprodukt sank im Jahr 2009 preisbereinigt deutlich um 5,0% (vorläufige Schätzung des Statistischen Bundesamtes vom 13. Januar 2010), während im Vorjahr noch ein leichtes Wachstum von 1,3% zu verzeichnen war. Der durch staatliche Konjunkturprogramme gestützte private Konsum wirkte stabilisierend auf die Wirtschaft. Getrieben durch die Erholung der Weltwirtschaft, war ab dem zweiten Quartal eine leichte konjunkturelle Besserung zu beobachten.

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes war stark von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen geprägt. So verhinderte beispielsweise der umfangreiche Einsatz von Kurzarbeit einen drastischen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Im Jahresverlauf sank die Arbeitslosenquote sogar von 8,3% im Januar auf 7,8% im Dezember und betrug im Jahresdurchschnitt 8,2%.

Die Teuerungsrate der Verbraucherpreise in Deutschland fiel aufgrund des starken globalen Wachstumseinbruchs sehr gering aus. So lag die Inflationsrate im Jahresdurchschnitt bei 0,4%. Im dritten Quartal sanken die Konsumentenpreise sogar.

Mit 3,1% (vorläufige Schätzung des GDV) wuchs das gesamte Prämienvolumen der deutschen Versicherungswirtschaft stärker als im Vorjahr (1,0%). Ursächlich dafür waren in erster Linie das Beitragswachstum in der privaten Krankenversicherung sowie das Einmalbeitragsgeschäft in der Lebensversicherung.

Kapitalmarktentwicklung

Die internationalen Aktienmärkte verzeichneten ab März 2009 kräftige Kursgewinne, nachdem bis dahin immer wieder deutliche Kurseinbrüche zu beobachten waren. Im Jahresverlauf konnte der Euro Stoxx 50 um 21,1% zulegen. Der DAX gewann im Vergleich zum Jahresanfang 23,8%.

Im Zuge der positiven Entwicklung auf den Aktienmärkten sowie der zunehmend optimistischeren Konjunkturerwartungen stieg die Rendite zehnjähriger deutscher Staatsanleihen seit Jahresanfang von 2,9% auf 3,4%. Die Rendite zehnjähriger US-amerikanischer Staatsanleihen erhöhte sich im Jahresverlauf von 2,3% auf 3,8%.

Zur Verbesserung der Lage auf den Kapitalmärkten ergriffen die Zentralbanken auch unkonventionelle geldpolitische Maßnahmen. Um die Liquidität zu erhöhen, wurden teilweise staatliche und private Wertpapiere aufgekauft. Außerdem wurden wiederholt Leitzinssenkungen vorgenommen. Die Europäische Zentralbank reduzierte ihren Referenzzinssatz von 2,5 % auf 1,0 % (Ende Dezember). Die Bank of England senkte ihren Leitzins von 2,0 % auf 0,5 % (Ende Dezember). Der Referenzzinssatz der US-Notenbank verblieb mit 0 bis 0,25 % auf seinem Jahresanfangsniveau.

Die Versicherungswirtschaft in Europa und Deutschland

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung beeinflusst die Prämienentwicklung in der Assekuranz stark, insbesondere in der Kompositversicherung. Hinzu kommen die Auswirkungen des Marktzyklus. Bei der Marktentwicklung der Lebens- und Krankenversicherung spielen neben den gesamtwirtschaftlichen Einflüssen vor allem Veränderungen im rechtlichen und steuerlichen Umfeld eine bedeutende Rolle. Für die europäischen Versicherungsmärkte gibt es daher sehr unterschiedliche Rahmenbedingungen. In den folgenden Abschnitten gehen wir etwas detaillierter auf die Entwicklungen in unserem Heimatmarkt Deutschland ein.

Die Lebensversicherung im Jahr 2009

Die deutsche Lebensversicherung hat sich 2009 trotz weiterhin schwieriger Bedingungen auf den Kapitalmärkten als sehr stabil erwiesen. Gerade vor dem Hintergrund der Finanzkrise wissen die Kunden die Vorteile der Lebensversicherung zunehmend zu schätzen: Sicherheit, Verlässlichkeit und eine angemessene Rendite. Lebensversicherungsprodukte

sind hervorragend geeignet, um eigenverantwortlich für das Alter vorzusorgen. Denn nur sie können biometrische Risiken wie Tod, Alter oder Invalidität absichern und gleichzeitig garantierte Leistungen bieten.

Das Vertrauen der Kunden in die Fähigkeit der Lebensversicherer, ihre Leistungsversprechen zu erfüllen, führte zu einem unerwartet hohen Anstieg der Einmalbeiträge im Neugeschäft und damit auch insgesamt zu einem Beitragswachstum. Die Beitragseinnahmen der Lebensversicherung einschließlich Pensionskassen und -fonds stiegen nach vorläufigen Angaben des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) um 7,1 % auf 85,1 (79,4) Mrd. €. Die Auszahlungen an die Lebensversicherungskunden wuchsen um 1 % auf 72,9 (72,1) Mrd. €.

Die private Krankenversicherung im Jahr 2009

Die Umstellung auf die neuen rechtlichen Rahmenbedingungen in der privaten Krankenversicherung in Deutschland führte zu einmaligen Sondereffekten, die sich positiv auf den Neuzugang auswirkten. Dieser stieg zum 1. Januar 2009 durch den Abschluss privater Kranken- und Pflegeversicherungen durch bisher Nichtversicherte. Außerdem hatten viele noch Tarife nach den alten Rahmenbedingungen mit Versicherungsbeginn 2009 abgeschlossen. Auch die negativen Schlagzeilen vor Einführung des Gesundheitsfonds und die für viele gesetzlich Versicherte damit verbundenen Beitragserhöhungen haben den Wechsel in die private Krankenversicherung gefördert. Unverändert großes Interesse bestand außerdem daran, Begrenzungen und Einschnitte bei den Leistungen der gesetzlichen Kassen durch den Abschluss einer privaten Zusatzversicherung zu kompensieren.

Lagebericht

Rahmenbedingungen

Die private Krankenversicherung erreichte im Jahr 2009 ein Beitragswachstum von 4,0 % auf insgesamt 31,5 (30,3) Mrd. €. Die ausgezahlten Versicherungsleistungen einschließlich der Schadenregulierungskosten erhöhten sich um rund 6,0 (5,3) % auf 21,4 (20,2) Mrd. €.

Die Kompositversicherung im Jahr 2009

Trotz des schwierigen gesamtwirtschaftlichen Umfelds erreichte die deutsche Kompositversicherung im Jahr 2009 ein Beitragswachstum von 0,2 %. Die Beiträge stiegen damit auf 54,7 (54,6) Mrd. €. Die privaten, gewerblichen und industriellen Sachsparten sowie die Unfallsparte haben hierzu maßgeblich beigetragen. Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Beitragseinnahmen waren verhältnismäßig gering. Anders sah es bei den Schadenaufwendungen aus. Die Aufwendungen für Geschäftsjahresschäden erhöhten sich 2009 um 2,1 % auf 42,8 Mrd. €. Hier wirkte sich die Wirtschaftskrise insbesondere auf die Transport-, Rechtsschutz- sowie Kredit-, Kautions- und Vertrauensschadenversicherung negativ aus. Insgesamt erreichten die Kompositversicherer bei einer Schaden-/Kostenquote von 97,0 % einen – wenn auch gegenüber dem Vorjahr halbierten – versicherungstechnischen Gewinn von 1,4 Mrd. €.

Rechtliche Rahmenbedingungen

Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen wirken permanent auf die Versicherungsunternehmen ein.

Auf unserem Heimatmarkt Deutschland wurde im Berichtsjahr das Gesetz zur Modernisierung des Bilanzrechts (BilMoG) verabschiedet. Es ist für die Bilanzen ab 2010

anzuwenden. Für die Lebensversicherer bedeutsam ist, dass die handelsrechtliche Bewertung von Pensionszusagen nun nach einem stärker an den tatsächlichen Marktgegebenheiten orientierten Verfahren vorzunehmen ist. Dadurch dürften die Pensionsverpflichtungen der Unternehmen deutlich ansteigen. Unterstützungskassen oder Pensionsfonds können den betroffenen Unternehmen adäquate Lösungsmöglichkeiten für die Ausfinanzierung oder Auslagerung dieser Versorgungsverpflichtungen bieten. Allerdings haben die Unternehmen angesichts der für eine Auslagerung erforderlichen Liquidität hiervon bislang noch nicht in größerem Umfang Gebrauch gemacht.

Die seit Januar 2009 geltende Abgeltungsteuer für Kapitalerträge hat die Wettbewerbsposition der Lebensversicherungsbranche gegenüber der Investmentbranche tendenziell verbessert. Zudem konkretisierte der Gesetzgeber wichtige Aspekte aus dem Jahressteuergesetz 2009. So müssen Kapitallebensversicherungen einen Todesfallschutz von mindestens 50 % der vereinbarten Beitragssumme garantieren. Für private Rentenversicherungen fordert das Bundesministerium der Finanzen die konkrete Angabe entweder der Garantierente oder eines Rentenfaktors bereits bei Vertragsabschluss. Insgesamt wurden hierdurch die steuerlichen Rahmenbedingungen präzisiert und das Profil der Lebensversicherung weiter geschärft.

Die private Krankenversicherung befindet sich seit dem 1. Januar 2009 in einer »neuen Welt«. Diese zeichnet sich durch die zum 1. Januar 2009 in Kraft getretene Pflicht zur Versicherung für alle Einwohner Deutschlands, die Einführung des branchenfremden Basis tarifs und die Übertragungsfähigkeit von Alterungsrückstellungen für Neukunden bei

einem Wechsel des Versicherers aus. Dass es im ersten Halbjahr 2009 bei der einmaligen Wechselmöglichkeit für Bestandskunden kaum zu solchen Wechseln innerhalb der privaten Krankenversicherung kam, war unter anderem ein Grund, warum die Klage der Branche vor dem Bundesverfassungsgericht abgewiesen wurde. Zugleich aber hat das Verfassungsgericht dem Gesetzgeber eine »Beobachtungspflicht« auferlegt, um zu gewährleisten, dass die Gesundheitsreform auch in Zukunft »keine unzumutbaren Folgen« für die Versicherten und die Versicherungsunternehmen hat. Die Beobachtungspflicht bezieht sich auf den Basistarif, die Portabilität von Alterungsrückstellungen und die Versicherungspflicht. Das Gericht hat ausdrücklich das Nebeneinander von gesetzlicher und privater Krankenversicherung und damit das Existenzrecht der privaten Krankenversicherung bestätigt.

Zum internationalen Geschäft ist besonders erwähnenswert, dass in Polen mit Wirkung des Geschäftsjahres 2009 die sogenannte »Religa tax« in der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung wieder zurückgenommen wurde. Hierbei handelte es sich um einen 12%-igen Zuschlag auf die Prämien der gesetzlich vorgeschriebenen Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung. Mit dieser zusätzlichen Steuer sollte das staatliche Gesundheitssystem für die entstehenden Behandlungskosten von Verkehrsopfern kompensiert werden. Die »Religa tax« war seit Einführung in Polen sowohl innerhalb der Regierung als auch bei den Branchenvertretern stark umstritten.

Regulatorische Rahmenbedingungen

Die nationalen und internationalen Bemühungen der Politik, eine Wiederholung der Finanzmarktkrise zu vermeiden, indem Finanzmärk-

te und Finanzinstitutionen wirksamer überwacht werden, setzen sich fort. Bereits seit längerer Zeit diskutiert wird das neue Versicherungsaufsichtssystem: Solvency II. Nach ausführlichen Beratungen der zuständigen Gremien wurde die europäische Rahmenrichtlinie, die bis spätestens Ende Oktober 2012 umzusetzen ist, im November 2009 formell verabschiedet. Damit sind die zukünftigen Anforderungen an eine risikoadäquate Finanzausstattung festgelegt, ebenso ein angemessenes qualitatives Risikomanagement und die Berichterstattungspflichten gegenüber Aufsichtsbehörden und Öffentlichkeit. Der Erlass der zugehörigen Durchführungsbestimmungen wird derzeit vorbereitet.

In Deutschland wurden im Januar 2009 die MaRisk (VA) veröffentlicht, ein Rundschreiben der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) über Mindestanforderungen für das Risikomanagement von Versicherungsunternehmen. Mit dem Rundschreiben werden Solvency-II-Anforderungen bereits vorweggenommen; es ist ebenfalls prinzipienorientiert konzipiert. Dies bedeutet, dass die Versicherer im Rahmen der einzuhaltenden Mindestanforderungen über die konkrete Ausgestaltung des Risikomanagements selbst entscheiden. Die Versicherer berücksichtigen dabei unternehmensindividuelle Risiken, Art und Umfang des Geschäftsbetriebs sowie das Geschäftsmodell. Zu den Mindestanforderungen gehört auch die Einrichtung eines geeigneten internen Steuerungs- und Kontrollsystems (IKS) mit adäquater Risikoidentifikation, -analyse, -bewertung, -steuerung und -überwachung.

Weltweit verschärften Staaten die Regelungen zur Versicherungsaufsicht. So wurden in Deutschland mit dem Gesetz zur Stärkung der Finanzmarkt- und der Versicherungsaufsicht

Lagebericht

Rahmenbedingungen

vom 1. August 2009 die Eingriffsbefugnisse der BaFin sowie die Berichtspflichten von Versicherungsunternehmen nochmals erweitert. So kann die BaFin nunmehr in einer finanziellen Krise des Unternehmens beispielsweise Zahlungen an konzernangehörige Unternehmen unterbinden oder beschränken. Zudem wurde die Zahl der Geschäftsleitermandate bei Versicherungsunternehmen auf zwei beschränkt, innerhalb einer Gruppe kann die Aufsicht jedoch mehr Mandate genehmigen. Für Aufsichtsratsmitglieder stellt das Gesetz Anforderungen an Zuverlässigkeit und Sachkunde und beschränkt die Zahl der Aufsichtsratsmandate bei beaufsichtigten Unternehmen. Ferner muss nun auch quartalsweise über bedeutende Risikokonzentrationen auf Gruppenebene an die BaFin berichtet werden.

Auf europäischer Ebene hat die EU-Kommission Vorschläge zur Umgestaltung der Aufsichtsarchitektur vorgelegt. Dienen soll dies unter anderem der frühzeitigen Erkennung systemischer Risiken, einer effektiveren Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden in Notfällen und damit der Stärkung der Finanzaufsicht. Ein neuer Europäischer Ausschuss für Systemrisiken (European Systemic Risk Board) wird eingesetzt, um auf makroökonomischer Ebene Risiken für das Finanzsystem als Ganzes zu erkennen und rechtzeitig davor zu warnen. Außerdem soll ein Europäisches System für die Finanzaufsicht (European System of Financial Supervisors) geschaffen werden, das sich aus den nationalen Aufsichtsbehörden und drei neuen europäischen Aufsichtsbehörden für die Bereiche Bankwesen, Wertpapierhandel sowie Versicherungswesen zusammensetzt.

Überblick und wichtige Kennzahlen

Geschäftsjahr 2009 mit positivem Trend

Die ERGO Versicherungsgruppe ist durch das allgemein schwierige Geschäftsjahr 2009 insgesamt gut durchgekommen. Das Konzernergebnis wurde gegenüber dem Vorjahr deutlich auf 173 (73) Mio. € gesteigert. Gemessen an den schwierigen Rahmenbedingungen 2009 ist dies zufriedenstellend, gemessen an den Ergebniserwartungen für ein Normaljahr jedoch nicht.

Gleichwohl war 2009 kein Normaljahr. Anfang des Jahres waren weiterhin erhebliche Turbulenzen an den Kapitalmärkten zu verzeichnen, die aufgrund unserer gewohnt strengen Auslegung der Bilanzierungsregeln nochmals zu Belastungen des Kapitalanlageergebnisses führten. Außerdem wurde im ersten Quartal immer deutlicher, dass die Finanzmarktkrise in erheblichem Ausmaß auf die reale Wirtschaft übergreifen würde. Dies nahmen wir zum Anlass, die Geschäftspläne unserer internationalen Gesellschaften kritisch zu überprüfen und nochmals Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte vorzunehmen. So starteten wir im ersten Quartal 2009 mit einem Verlust.

Im Jahresverlauf konnten wir die Trendwende vollziehen und die Ergebnisse kräftig steigern. Auch das Eigenkapital stieg deutlich an und belief sich zum Jahresende 2009 auf 3,9 (3,6) Mrd. €. Die Verzinsung des Eigenkapitals belief sich auf 4,8 (1,8)%. Nachhaltig streben wir eine Eigenkapitalverzinsung von 12 bis 15 % an.

Bei den gesamten Beitragseinnahmen verzeichnen wir einen erfreulichen Anstieg von 7,6 % auf 19,0 (17,7) Mrd. €. Zum Wachstum haben Zukäufe im In- und Ausland beigetragen; erwähnt seien hier der Reiseversicherer

ERV und die österreichische BA-CA Versicherung. Allerdings haben sich 2009 in wichtigen internationalen Märkten die Wechselkurse nachteilig entwickelt. Um Wechselkurseffekte bereinigt und unter der Annahme, dass die zugekauften Unternehmen auch 2008 schon zu uns gehört hätten, hätte das Wachstum 3,7% betragen. Die gebuchten Beiträge, wuchsen um 5,4% auf 17,5 (16,6) Mrd. €. Die gebuchten Bruttobeiträge enthalten im Unterschied zu den gesamten Beitragseinnahmen keine Sparbeiträge aus der fondsgebundenen Lebensversicherung oder Kapitalisierungsprodukten. Die verdienten Nettobeiträge stiegen aufgrund geringerer Rückversicherungsabgaben noch etwas stärker: Sie waren mit 16,1 (15,2) Mrd. € um 6,6% höher als im Vorjahr.

Betrachtet man die Aufteilung der Beitragseinnahmen nach der regionalen Herkunft des Geschäfts, dann betragen die im Inland erzielten Gesamtbeiträge 13,9 (13,6) Mrd. € - ein Plus von 2,2%. Unsere gesamten Beitragseinnahmen aus dem Ausland erhöhten sich um 25,4% auf 5,1 (4,1) Mrd. €.

Das Ergebnis aus Kapitalanlagen stieg im Berichtsjahr auf 4,4 (2,9) Mrd. €. Das ist zwar ein erfreulicher Anstieg, das Ergebnis bleibt aber gleichwohl weit gegenüber dem Betrag von 5,35 Mrd. € im Geschäftsjahr 2007 zurück. Dies entspricht einer Rendite von 3,9% bezogen auf den mittleren Kapitalanlagebestand zu Marktwerten.

Im Berichtsjahr haben wir Leistungen für unsere Versicherten in Höhe von 16,1 (13,9) Mrd. € erbracht. Dieser starke Anstieg von 16,0% ist in erster Linie auf die Verbesserung beim Kapitalanlageergebnis zurückzuführen, die vor allem unseren Kunden zugute kommt. Alleine der Saldo der unrealisierten Gewinne und Verluste aus Kapitalanlagen für Rech-

Lagebericht

Überblick und wichtige Kennzahlen

nung und Risiko der Versicherungsnehmer in der fondsgebundenen Lebensversicherung ist um 1,0 Mrd. € gestiegen.

Darüber hinaus haben die Neuerwerbungen zu einem Anstieg der Leistungen geführt. Und schließlich war auch eine verschlechterte Schadensituation infolge des Übergreifens der Finanzmarktkrise auf die Realwirtschaft zu beobachten. Vor allem bei unseren internationalen Aktivitäten in besonders stark betroffenen Volkswirtschaften wie in den CEE-Staaten haben wir das schlechte Umfeld gespürt: Die Schaden-/Kostenquote in der Kompositversicherung im Segment International Operations stieg auf 102,4 (97,4) %. Im Segment Komposit Deutschland dagegen war der Anstieg nicht nur deutlich moderater, sondern auch das Niveau der Schaden-/Kostenquote war mit 88,3 (87,3) % abermals höchst erfreulich.

Auf der Kostenseite haben wir uns im abgelaufenen Jahr gut entwickelt. Die Verwaltungskosten (brutto) wuchsen nur um 2,6 %. Betrachtet man ihre Entwicklung ohne die neu zum Buchungskreis hinzugekommenen Gesellschaften, so ergibt sich ein klarer Rückgang. Darin spiegeln sich die Erfolge unseres strikten Kostenmanagements. Die Abschlusskosten legten ebenfalls unterproportional zu, und zwar um 3,3 %. Dass die gesamte Kostenposition trotzdem um 10,7 % anstieg, liegt zum einen an geringeren Rückversicherungsprovisionen im Zuge höherer Selbstbehalte. Zum anderen war im Gegensatz zum Vorjahr kein entlastender Effekt aus der Veränderung der aktivierten Abschlusskosten zu verzeichnen.

Ertragslage der ERGO Versicherungsgruppe AG

Die Konzernobergesellschaft, die ERGO Versicherungsgruppe AG, stellt ihren Jahresabschluss nach deutschem Handelsrecht (HGB) auf. Die Erträge aus Beteiligungen sind die wesentliche Einkommensquelle der ERGO Versicherungsgruppe AG; sie erhöhten sich infolge der deutlich besseren Ergebnissituation der Tochtergesellschaften kräftig auf 764 (501) Mio. € (+52,5 %).

Die als Gewinnabführung bzw. Dividenden vereinnahmten Nettoergebnisse der Tochtergesellschaften erhöhten sich zwar nur um 3,5 % auf 519 (501) Mio. €. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Tochtergesellschaften ab dem Geschäftsjahr 2009 teilweise schon unterjährig Organschaftsumlagen zahlen. Wirtschaftlich gesehen stellen diese »Vorweg-Gewinnabführungen« dar; im Berichtsjahr machten sie einen Betrag von 245 (-) Mio. € aus.

Die meisten Mitarbeiter der deutschen Gesellschaften haben seit dem 1. Oktober 2009 Arbeitsverträge mit der ERGO Versicherungsgruppe AG. Seit diesem Betriebsübergang ist die ERGO Versicherungsgruppe AG als Dienstleister weit überwiegend für andere Konzernunternehmen tätig. Daher erhöhten sich die Erträge aus erbrachten Dienstleistungen, die erstmalig separat ausgewiesen werden, im Berichtsjahr um 260 Mio. €. Die Erstattungen der Tochtergesellschaften beinhalten neben dem anteiligen Personalaufwand auch übrige Aufwendungen, soweit diese nun auch zentral über die ERGO Versicherungsgruppe AG abgewickelt wurden.

Dementsprechend stieg der Personalaufwand ebenfalls kräftig auf 253 (63) Mio. €. Die Mitarbeiterzahl zum Jahresende betrug 11 253 (623) Mitarbeiter. Auch der Wert für die sonstigen betrieblichen Aufwendungen – es waren 188 (96) Mio. € – ist mit dem Vorjahr nur bedingt vergleichbar.

Auf der Kapitalanlageseite haben wir im Berichtsjahr hohe Abschreibungen auf Finanzanlagen vorgenommen. Diese entfielen vor allem auf verbundene Unternehmen, die dem Kapitalanlagebereich, dem Lebenssegment und dem internationalen Bereich zuzuordnen waren. Die Zinsaufwendungen gingen auf 144 (204) Mio. € zurück; sie entfallen zum größten Teil auf variable verzinste konzerninterne Ausleihungen von den Tochtergesellschaften und strategisches Fremdkapital von der Münchener Rück. Darlehensverpflichtungen gegenüber Konzernfremden bestehen nicht.

Auf fremde Währung lautende Ausleihungen und Wertpapiere wurden grundsätzlich durch Devisentermingeschäfte oder währungskongruente Passiva gesichert. Zur Absicherung zukünftiger Verpflichtungen aus den langfristigen Incentive-Plänen hält die Gesellschaft Aktien der Munich Re oder Optionen. Grund- und Sicherungsgeschäfte wurden dabei als Bewertungseinheiten bilanziert.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit stieg als Konsequenz der beschriebenen Entwicklungen kräftig auf 291 (197) Mio. € an. Allerdings stieg auch der Steueraufwand auf 205 (119) Mio. €. Der Jahresüberschuss liegt mit 86 (78) Mio. € um 9,4 % über dem Vorjahr.

Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag sind keine Ereignisse eingetreten, über die gesondert zu berichten wäre.

Lagebericht

Finanzlage

Analyse der Kapitalstruktur

Die Kapitalstruktur wird wesentlich geprägt von der Tatsache, dass die ERGO Versicherungsgruppe AG die Obergesellschaft des ERGO-Konzerns ist.

Die Kapitalanlagen auf der Aktivseite der Bilanz bestehen in erster Linie aus den Anteilen an den verbundenen Unternehmen.

Hauptfinanzierungsquelle sind die Konzerndarlehen, die in der Position Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen aufgeführt sind; sie stellen mit 4,0 (3,5) Mrd. € und 53,9 % der Bilanzsumme den größten Posten dar.

Für die großen inländischen Tochtergesellschaften hat die ERGO Versicherungsgruppe AG den Schuldbeitritt erklärt und im Innenverhältnis deren Pensionsverpflichtungen übernommen. Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen belaufen sich auf 686 (536) Mio. €. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus der vollständigen Übertragung der Pensionsrückstellungen zu realitätsnahen Werten im Zuge des Übergangs der Mitarbeiter aus den Versicherungsunternehmen zur ERGO Versicherungsgruppe AG.

Das Eigenkapital in Höhe von 2,0 (1,9) Mrd. € macht 26,7 % der Bilanzsumme aus.

Der Sicherstellung unserer finanziellen Verpflichtungen tragen wir durch unsere Liquiditätsplanung jederzeit Rechnung.

Gewinnverwendung

Der nach handelsrechtlichen Vorschriften ermittelte Jahresüberschuss der ERGO Versicherungsgruppe AG beträgt 86 (78) Mio. €. Davon wurden 40 (38) Mio. € in die Gewinnrücklagen eingestellt, so dass sich ein Bilanzgewinn von 45 (40) Mio. € ergibt.

Der Hauptversammlung soll vorgeschlagen werden, der Auszahlung einer Dividende in Höhe von 0,60 (-) € pro Aktie zuzustimmen.

Angaben und Erläuterungen gemäß § 289 Abs. 4 HGB

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt 196 279 504,20 € und ist eingeteilt in 75 492 117 Stückaktien. Mit einem Anteil von 99,69 % ist Munich Re unser Mehrheitsaktionär.

Beschränkungen der Ausübungen von Stimmrechten bzw. der Übertragung von Aktien gibt es bei ERGO ebenso wenig wie eine Stimmrechtskontrolle von Belegschaftsaktionären. Auch weisen unsere Aktien keine besonderen Kontrollrechte auf.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 9. Mai 2007 ermächtigt, bis zum 8. Mai 2012 mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital der Gesellschaft durch die Ausgabe neuer Aktien gegen Bar oder Sacheinlagen einmalig oder in Teilbeträgen um insgesamt bis zu 97 500 000 € zu erhöhen (genehmigtes Kapital). Von dieser Ermächtigung wurde bis zum 31. Dezember 2009 kein Gebrauch gemacht.

Des Weiteren wurde der Vorstand von der Hauptversammlung am 9. Mai 2007 ermächtigt, bis zum 8. Mai 2012 mit Zustimmung des Aufsichtsrats einmalig oder mehrmals Options- und/oder Wandelschuldverschrei-

bungen im Gesamtnennbetrag von bis zu 1 Mrd. € mit oder ohne Laufzeitbegrenzung zu begeben sowie den Inhabern oder Gläubigern dieser Schuldverschreibungen Options- oder Wandlungsrechte auf neue Aktien der Gesellschaft mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von bis zu 97 500 000 € zu gewähren. Zu diesem Zweck wurde das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu 97 500 000 € bedingt erhöht. Auch von dieser Ermächtigung wurde bis zum 31. Dezember 2009 kein Gebrauch gemacht.

Die Bestellung bzw. der Widerruf der Bestellung von Mitgliedern des Vorstands richtet sich nach §§ 84, 85 AktG und § 31 MitBestG. Satzungsbestimmungen hierzu gibt es bei der ERGO nicht. Die Voraussetzungen für eine Satzungsänderung ergeben sich aus § 179 AktG. In § 13 Abs. 4 der Satzung ist dazu geregelt, dass der entsprechende Hauptversammlungsbeschluss, soweit gesetzlich zulässig, neben der einfachen Mehrheit der Stimmen lediglich der einfachen Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals bedarf. Außerdem wurde von der in § 179 Abs. 1 Satz 2 AktG eingeräumten Möglichkeit Gebrauch gemacht: Gemäß § 10 der Satzung ist der Aufsichtsrat berechtigt, Änderungen der Satzung vorzunehmen, die nur die Fassung betreffen.

Wesentliche Vereinbarungen der Gesellschaft, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels in Folge eines Übernahmeangebots stehen, gibt es bei der ERGO ebenso wenig wie Entschädigungsvereinbarungen der Gesellschaft mit Mitgliedern des Vorstands oder Arbeitnehmern für den Fall eines Übernahmeangebots.

Lagebericht

Weitere Erfolgsfaktoren

Nachhaltigkeit

In unserer Gruppe wollen wir den dauerhaften wirtschaftlichen Erfolg auch durch Faktoren sichern, die sich mit finanziellen Kennzahlen nicht messen lassen. Diese sind u. a.

- der offene Dialog mit unseren Kunden,
- unser kontinuierlicher Einsatz für neue, bedarfsorientierte Produkte und Lösungen,
- unsere unternehmerische Verantwortung gegenüber unseren Mitarbeitern, der Gesellschaft und der Umwelt sowie
- effiziente Geschäftsprozesse, mit denen wir unser Unternehmen steuern sowie Risiken erkennen und vermeiden.

Mitarbeiter

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – nachfolgend Mitarbeiter – sichern unseren Erfolg mit ihrer Kompetenz, ihrer Leistungsbereitschaft und ihrem Engagement. Deswegen investieren wir konsequent in ihre Förderung.

Über 50 000 Menschen arbeiten hauptberuflich für unsere Gruppe: als angestellte Mitarbeiter oder als selbstständige Vermittler. Wir setzen dabei auf verantwortungsvolle Aufgaben, eine leistungsfördernde Unternehmenskultur und interessante Entwicklungsmöglichkeiten in unserem international tätigen Konzern.

Im Berichtsjahr wurde die 2008 gestartete Initiative erfolgreich umgesetzt, deren Ziel es war, die einheitliche Organisationsstruktur der Gruppe in Deutschland auch in den Arbeitsverhältnissen abzubilden. So wechselten zum 1. Oktober 2009 die Mitarbeiter des Innendienstes der Markengesellschaften, soweit sie nicht deren Vertriebsstellen zugeordnet sind, zur ERGO Versicherungsgruppe AG. Der einheitliche Arbeitgeber

unterstützt die Identifikation der Mitarbeiter mit ERGO und die weitere Ausgestaltung der gemeinsamen Unternehmenskultur. In diesem Rahmen wurde mit den Mitbestimmungsgremien und ver.di darüber hinaus eine Betriebsratsstruktur vereinbart, die den Bedürfnissen eines integrierten Unternehmens entspricht und mit den im Jahr 2010 turnusgemäß anstehenden Betriebsratswahlen umgesetzt wird.

Als Konsequenz des Mitarbeiterwechsels stieg die Zahl der am 31. Dezember 2009 bei der ERGO Versicherungsgruppe AG angestellten Mitarbeiter auf 11 253 (623). Das Durchschnittsalter beträgt 42,4 (39,4) Jahre und die durchschnittliche Zugehörigkeit zum Konzern beträgt 16,9 (9,9) Jahre. Der Anteil der Mitarbeiterinnen stieg auf 58,0 (38,7) %.

Mit dem Projekt »Kontinuierliche Verbesserung der Wettbewerbsposition«, das bereits im Jahr 2008 gestartet wurde, will ERGO bis 2010 eine Kostenreduktion von jährlich 180 Millionen € bei den Sach- und Personalkosten erreichen. Damit ist der Abbau von 1 800 Vollzeitstellen in Deutschland verbunden. Die zur Umsetzung erforderlichen Vereinbarungen mit den Mitbestimmungsgremien wurden in den Jahren 2008 und 2009 abgeschlossen. Darin hat ERGO unter anderem einen Verzicht auf betriebsbedingte Beendigungskündigungen bis Ende 2012 zugesagt. Im Rahmen eines Sofortprogramms wurde 2009 durch sozialverträgliche Maßnahmen oder das Nicht-Besetzen offener Stellen bereits über die Hälfte der angestrebten Reduktionen erreicht. Hierfür wurden im Berichtsjahr und im Vorjahr im Konzern bereits Rückstellungen gebildet. 2010 wird der Abbau aller 1 800 Vollzeitstellen planmäßig abgeschlossen werden, was zu einer dauerhaften Kostensenkung führt.

Außerdem haben wir im Berichtsjahr die Integration der Europäischen Reiseversicherung und der Mercur (seit April 2009: almeda) in die ERGO Versicherungsgruppe abgeschlossen.

Nach wie vor legen wir großen Wert auf die Erstausbildung. Wir wollen jungen Menschen eine fundierte Ausbildung bieten und für die ERGO Versicherungsgruppe langfristig qualifizierte und motivierte Mitarbeiter gewinnen. Im Jahr 2009 bildeten die ERGO Versicherungsgruppe und ihre Agenturen in Deutschland 1 539 (1 399) Auszubildende aus. Das entspricht einer Ausbildungsquote von 6,5 (5,8) %. Die Zahl der Auszubildenden bei der ERGO Versicherungsgruppe AG betrug 466 (-), die Ausbildungsquote 4,0 %.

Die bedarfsgerechte Qualifizierung unserer Mitarbeiter hat unverändert einen hohen Stellenwert innerhalb unserer Personalpolitik. Ziel ist es, unser hohes Qualitäts- und Leistungsniveau auszubauen, um unsere Position im Wettbewerb weiter zu stärken. Daher passen wir unser gesamtes Angebot der Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten ständig den aktuellen und zukünftigen Anforderungen an. Im Jahr 2009 wurde allen deutschen Mitarbeitern des Konzerns erstmals der ERGO e-Campus – die neue, konzernweit einheitliche Lernplattform – angeboten.

Gesellschaftliches Engagement und Umweltschutz

Als international operierendes Unternehmen übernimmt die ERGO Versicherungsgruppe gesellschaftliche Verantwortung in vielen Bereichen und Ländern, und knüpft damit an die langjährige Tradition vieler ihrer Tochterunternehmen an. Dabei fühlen wir uns dem Leitbild der Nachhaltigkeit verpflichtet. Das entspricht unserem langfristigen Geschäft:

Als Versicherer geben wir ein Versprechen für die Zukunft und unterstützen Menschen dabei, ihr Leben zu gestalten.

Deshalb hilft ERGO vor allem dort, wo Menschen selbst die Verantwortung für sich und andere übernehmen, und bietet Hilfe in Notlagen an. Wir konzentrieren uns vor allem auf die Themenbereiche: Bildung und Wissenschaft, Gesundheit, Musik und Soziales. Hier engagieren wir uns in vielfältiger Weise – im Kleinen wie im Großen, national und international.

Für die ERGO-Gesellschaften ist Umweltschutz seit vielen Jahren ein wichtiges Anliegen und als ökologische Komponente Teil der Corporate Responsibility. Im Sinne der Verpflichtungen der Initiative »Global Compact« der Vereinten Nationen zum Umweltschutz prüfen wir unsere Verbesserungspotenziale und Synergien und berichten an Munich Re. Die Fortschrittsmitteilung 2009 der Munich Re legt einen Schwerpunkt auf den Umweltschutz und bezieht dazu die Entwicklungen und Daten aus der ERGO ein.

Wichtige organisatorische Veränderung im Jahr 2009 ist die Bildung einer eigenständigen zentralen Stabstelle »Arbeits-, Gesundheits- und Umweltschutz«. Aus dieser Einheit heraus wird der Ausbau eines an der weltweit gültigen ISO-Norm 14001 orientierten Umweltmanagementsystems in der ERGO koordiniert. Darüber hinaus wird der Umweltschutz durch die stärkere Verzahnung mit dem betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz gestärkt.

Lagebericht

Weitere Erfolgsfaktoren

Informationssicherheitsmanagement

Das Informationsmanagement spielt bei der ERGO eine zentrale Rolle. Daher wird der Vertraulichkeit, der Verfügbarkeit und der Integrität der Informationen ein sehr hoher Stellenwert beigemessen. Um den Schutz sämtlicher elektronischer Daten, Rechner und Netzwerke, aber auch aller Informationen, die nicht in IT-Systemen gespeichert sind, zu gewährleisten, verfügt die ERGO über effiziente Sicherheitsorganisationen.

Unser unternehmensübergreifendes Informationssicherheitsmanagement umfasst vier Ebenen: Sicherheitspolitik, -richtlinien, -konzepte und technische Umsetzung. Die Steuerung der Informationssicherheit verantwortet unser Chief Information Security Officer.

Das vorhandene Sicherheitsmanagement entwickeln wir stetig weiter; dabei beachten wir internationale Standards wie die Sicherheitsnorm ISO 27001 sowie die Entwicklungen von Solvency II. Möglichen operativen Risiken begegnen wir mit qualifizierten Sicherheitsmaßnahmen. Somit gehören auch Risikomanagement und IT-Compliance zur Sicherheitsorganisation, um langfristig den Werterhalt der ERGO-Gruppe sicherzustellen. Sie unterstützt bei strategischen und operationalen Vorhaben im In- und Ausland, etwa dem Aufbau eines Security- oder Risikomanagements bei ausländischen Tochterunternehmen.

Zwischen ERGO und Munich Re findet ein intensiver Austausch über Fragen der Informationssicherheit statt: Im DISK (Datenschutz- und Informationssicherheitskreis) treffen sich alle Verantwortlichen regelmäßig, um Projektergebnisse, Risikobewertungen und Erfahrungen gemeinsam zu diskutieren, Synergieeffekte zu nutzen und gruppenweite Projekte anzustoßen.

Den Schutz von Personen, Informationen, Sachen und Vermögen zu gewährleisten, ist für die ERGO von grundlegender Bedeutung. Die Datenschutzpolitik der ERGO, die den Umgang mit personenbezogenen Daten der Kunden regelt, enthält verbindliche Aussagen zum Schutz der personenbezogenen Daten. Sie ist Grundlage für die Mitarbeiter im Umgang mit personenbezogenen Daten und bestimmt die technischen und organisatorischen Maßnahmen, die zum Schutz personenbezogener Daten durchzuführen sind. Gleichzeitig ist sie Grundlage für Leitlinien, Richtlinien, Arbeitsanweisungen und Betriebsvereinbarungen bei allen Datenschutzthemen. Rechtsgrundlage für die Verarbeitung von Kundendaten ist das Vertragsverhältnis und die von Kunden erklärte Einwilligung bei Abschluss einer Versicherung.

Ausblick

Vorbehalt bei Zukunftsaussagen

Einschätzungen der kommenden Entwicklung unseres Unternehmens beruhen in erster Linie auf Planungen, Prognosen und Erwartungen. Somit spiegeln sich in der folgenden Einschätzung der Entwicklung der ERGO Versicherungsgruppe allein unsere unvollkommenen Annahmen und subjektiven Ansichten wider. Falls sie nicht oder nicht vollständig eintreten, können wir selbstverständlich keine Haftung übernehmen.

Mit Blick auf die folgenden beiden Geschäftsjahre erwarten wir trotz des schwierigen wirtschaftlichen Umfelds einen alles in allem positiven Geschäftsverlauf für die ERGO Versicherungsgruppe. Diese Einschätzung wird durch eine Reihe von Erwartungen getragen, welche die wesentlichen Chancen und Risiken, unser wirtschaftliches Umfeld und unsere strategische Ausrichtung berücksichtigen.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Nachdem bereits seit der Jahresmitte 2009 erste Anzeichen für eine konjunkturelle Erholung zu beobachten waren, lässt sich für 2010 eine Fortsetzung dieses positiven Trends erwarten. Eine vergleichsweise starke Wachstumsdynamik dürfte von den Schwellenländern, insbesondere China und Indien, ausgehen. Die meisten Industrieländer werden ihre Wirtschaftsleistung voraussichtlich leicht steigern. Allerdings ist zu befürchten, dass sich der starke Anstieg der Arbeitslosigkeit in den Industrienationen trotz konjunktureller Erholung zunächst weiter fortsetzt.

Die erwartete wirtschaftliche Besserung dürfte sich auch in Deutschland sowie dem gesamten Euroraum zeigen. Das Ausmaß der Erholung wird dabei maßgeblich von der Entwicklung der Auslandsnachfrage und des privaten Konsums bestimmt.

Für die deutsche Assekuranz bleiben die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auch über 2009 hinaus angespannt. Es besteht die Gefahr, dass sich die wirtschaftliche Lage der privaten Haushalte durch den erwarteten Anstieg der Arbeitslosigkeit verschlechtert, was insbesondere das Geschäft mit der Lebensversicherung und der privaten Krankenversicherung belasten würde. Des Weiteren ist auch ein erneuter konjunktureller Einbruch nicht auszuschließen. Gleichwohl haben die Versicherer gerade in den letzten Jahren unter Beweis gestellt, dass sie auch wirtschaftlich schwierigen Rahmenbedingungen gut gewachsen sind.

Kapitalmarktentwicklung

Für die Kapitalmärkte wird 2010 ein Jahr des Übergangs werden: Die Nachwirkungen der Krise und eine Reduzierung des geld- und fiskalpolitischen Impulses müssen verarbeitet werden. In diesem Umfeld gehen wir von einem moderaten Anstieg der Renditen langlaufender Staatsanleihen aus. Risikoreichere Anlagen werden voraussichtlich auch im Jahr 2010 stark schwanken. Dies spiegelt die verbliebene Unsicherheit über die Konjunktur, die Stabilität des Finanzsystems und eine marktschonende Rückführung der expansiven Geldpolitik wider.

Risiken

Obgleich sich die konjunkturellen Aussichten merklich aufgehellt haben, bleibt der wirtschaftliche Ausblick vergleichsweise unsicher. So ist die Dauerhaftigkeit der wirtschaftlichen Erholung nach wie vor unklar. Ein wiederholter Einbruch der Konjunktur bis hin zu einer länger anhaltenden Stagnation mit deflationären Folgen ist nicht auszuschließen. Des Weiteren sind die Folgen der massiven Interventionen von Staaten und

Lagebericht

Ausblick

Zentralbanken sowie die zukünftigen Reaktionen darauf nur schwer abschätzbar. Beispielsweise birgt eine verfehlte Geldpolitik, die bei fortgesetzter konjunktureller Erholung mittelfristig eine höhere Inflation nach sich zieht, ein erhebliches Risiko für die Assekuranz. Weitere Risiken können sich aus den langfristigen Auswirkungen der Krise ergeben, z. B. in Form gedämpfter zukünftiger Wachstumspotenziale. Effekte auf den internationalen Handel, insbesondere in Bezug auf protektionistische Beschränkungen, bleiben unklar.

Fraglich bleibt ebenfalls, ob und in welchem Maße zukünftige politische Entscheidungen die Geschäftstätigkeit der Assekuranz beeinträchtigen können. Gerade sozialversicherungsnahe Geschäftsfelder wie die private Krankenversicherung unterliegen einem politischen Risiko. Außerdem beinhaltet die geplante Verschärfung aufsichtsrechtlicher Regelungen in der Finanzdienstleistungsbranche auch Risiken für die Versicherungsindustrie. So ist zu befürchten, dass die vorrangig auf das Bankwesen ausgerichteten Veränderungen undifferenziert auf die Assekuranz übertragen werden. Denkbar sind unter anderem überzogene Kapitalanforderungen, unverhältnismäßige Vorschriften für das Berichtswesen, oder sogar Restriktionen für einzelne Geschäftsarten.

Ein unerwartet intensiver Preiswettbewerb auf den Versicherungsmärkten bleibt ein Risikoszenario. Unterstützt werden könnte dieses durch einen rezessionsbedingten Nachfragerückgang oder durch politisch induzierte Beschränkungen der Geschäftstätigkeit. Das Augenmerk auf Profitabilität vor Größe und auf die Wirksamkeit adäquater Steuerungssysteme zu richten ist nach wie vor erfolgsentscheidend für die Versicherungswirtschaft.

Die Versicherungswirtschaft in Europa und Deutschland

Aufgrund der sehr unterschiedlichen Rahmenbedingungen in den einzelnen europäischen Versicherungsmärkten gehen wir in den folgenden Abschnitten etwas detaillierter auf die Entwicklung der Sparten in unserem Heimatmarkt Deutschland ein.

Die Prognose der Geschäftsentwicklung für die deutsche Lebensversicherungsbranche ist für das nächste Jahr durch die zunehmende Volatilität der Beiträge aufgrund der zunehmenden Rolle von Einmalbeiträgen erschwert. Unter der Annahme unveränderter hoher Einmalbeiträge rechnet der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) für 2010 in der Lebensversicherung (einschließlich Pensionskassen und Pensionsfonds) mit einem Rückgang der Prämieinnahmen um 3%.

In der Krankenversicherung werden sich die Beitragseinnahmen im Jahr 2010 vor allem durch Beitragsanpassungen erhöhen. Für die Versicherten wird das Bürgerentlastungsgesetz positiv wirken, das eine höhere Abzugsfähigkeit der Krankenversicherungsbeiträge zur Folge hat. Angesichts des überproportionalen Anstiegs der Leistungsausgaben kämpft die private Krankenversicherung dafür, dass auch bei der Novellierung der Gebührenordnungen für Ärzte und Zahnärzte in dieser Wahlperiode die richtigen Weichen gestellt werden. Im Ergebnis wird für die private Krankenversicherung für 2010 ein Beitragswachstum von 5% erwartet.

Auch in Zeiten eines weiterhin schwierigen gesamtwirtschaftlichen Umfelds ist die Schaden- und Unfallversicherung als stabil einzustufen. Sollte sich die Anzahl der Erwerbslosen signifikant erhöhen, ist allerdings von einer geringeren Bestandsfestigkeit auszugehen. Besondere Wachstumsimpulse sind im Privatkundengeschäft der Kompositversicherung auch nicht zu erwarten, da der hohe Grad der Marktdurchdringung sowie der intensive Preiswettbewerb in einzelnen Sparten, wie z. B. der Kraftfahrtversicherung, keinen Raum für Wachstum lassen.

Entwicklung der ERGO

Ende 2009 haben wir bekanntgegeben, dass wir unsere Markenstrategie ändern. Wir wollen uns damit zukünftig noch stärker an den Bedürfnissen unserer Kunden ausrichten, neue Kunden zu gewinnen und so mehr Wachstum zu erzielen. In Deutschland werden wir Lebens- und Sachversicherungen unter der Marke ERGO anbieten. Die Krankenversicherung wird unter der Marke DKV, die Rechtsschutzversicherung unter der Marke D.A.S. zusammengeführt. Die Marke ERV steht exklusiv für die Reiseversicherung. Mit der Fokussierung des Markenauftritts wird das Rundum-Angebot der ERGO für den Kunden besser sichtbar. Die Marken Victoria und Hamburg-Mannheimer werden vom Markt genommen. Auch im internationalen Bereich wollen wir in der Lebens- und der Kompositversicherung noch stärker auf die Marke ERGO setzen.

Aktueller Anlass für die Überarbeitung der Markenstrategie war der Handlungsbedarf für die Marke KarstadtQuelle Versicherungen aufgrund der Insolvenz von Arcandor mit Karstadt und Quelle. Die KarstadtQuelle Versicherungen wurden bereits im ersten Quartal 2010 in ERGO Direkt Versicherungen umbenannt. Die übrigen Veränderungen sollen im weiteren Laufe des Jahres 2010 erfolgen. Angesichts der großen Veränderungen ist es nicht auszuschließen, dass es kurzfristig zu Einbußen bei den Beitragseinnahmen kommen kann.

Wir gehen von folgenden Entwicklungen aus:

Im Segment Leben Deutschland planen wir unsere gesamten Beitragseinnahmen in etwa auf dem Niveau des Vorjahres. Unser Neugeschäft soll 2010 – bei laufenden sowie Einmalbeiträgen – leicht zulegen.

Im Segment Gesundheit streben wir in Deutschland einen Anstieg der Beitragseinnahmen an. Vor allem in der Krankheitskostenvollversicherung dürften wir Beitragswachstum erzielen; denn aufgrund der allgemeinen Kostensteigerungen hatten wir die Tarifbeiträge zum Jahresbeginn 2010 spürbar anheben müssen. Das internationale Geschäft sollte ebenfalls wieder ein gutes Wachstum erzielen.

In der deutschen Kompositversicherung erwarten wir ein leichtes Plus bei den Beitragseinnahmen, während beim Markt von einem leichten Rückgang auszugehen ist. Die Schaden-/Kostenquote in der Kompositversicherung wollen wir weiterhin auf dem hervorragenden Niveau von klar unter 95% halten.

Für die Direktversicherung planen wir gesamte Beitragseinnahmen in etwa auf Vorjahresniveau. Zum einen wollen wir das Wachstum unseres Kapitalisierungsprodukts MaxiZins auch weiterhin kontrollieren. Zum anderen steht der Aufbau der neuen Marke ERGO Direkt Versicherungen im Vordergrund der Aktivitäten im Jahr 2010.

Im Segment Reiseversicherung erwarten wir im Einklang mit der prognostizierten wirtschaftlichen Erholung stabile Beiträge.

Im internationalen Geschäft gehen wir davon aus, dass die gesamten Beitragseinnahmen 2010 etwas unter dem Vorjahresniveau liegen. Zum einen sind im Gegensatz zu den Vorjahren keine Zukäufe absehbar, zum anderen sind wir bzgl. des organischen Wachstums nicht davon ausgegangen, dass wir auch 2010 so hohe Einmalbeiträge erzielen werden, wie das 2009 der Fall war. Dabei unterstellen wir eine Stabilisierung des wirtschaftlichen Umfelds in unseren wesentlichen Märkten sowie stabile Wechselkurse.

Unsere gesamten Beitragseinnahmen sollten 2010 zwischen 19 und 20 Mrd.€ und damit über dem Vorjahreswert von 19 Mrd.€ liegen. Beim Konzernergebnis streben wir 350 bis 450 Mio.€ an. Der positive Ergebnistrend sollte sich 2011 fortsetzen.

Für die Obergesellschaft ERGO Versicherungsgruppe AG gehen wir für die kommenden Jahre weiterhin davon aus, dass unsere Töchter positive Ergebnisse in ihren nach deutschem Handelsrecht (HGB) erstellten Rechenwerken ausweisen. Die Ausschüttung dieser Gewinne ist unsere Haupteinnahmequelle. Daher gehen wir insgesamt von einem positiven Jahresergebnis 2010 aus.

Im Jahr 2009 hat Munich Re über eine Vermögensverwaltungsgesellschaft von der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank AG (HVB) weitere Aktien der ERGO Versicherungsgruppe AG erworben. Damit stieg ihr unmittelbar und mittelbar gehaltener Anteil am Grundkapital von ERGO auf mehr als 99,69%. In der nächsten ERGO-Hauptversammlung voraussichtlich am 12. Mai 2010 soll deshalb ein Beschluss zum Ausschluss der Minderheitsaktionäre (Squeeze-out) herbeigeführt werden. Die Minderheitsaktionäre von ERGO werden für ihre Aktien eine angemessene Barabfindung erhalten.

Ziele des Risikomanagements

Risikomanagement ist ein wichtiger Bestandteil der Unternehmenssteuerung. Neben der Funktion, Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden, frühzeitig zu erkennen (§ 91 Abs. 2 AktG), ist es Aufgabe des Risikomanagements, die Finanzstärke zu erhalten, um die Ansprüche unserer Kunden zu sichern und nachhaltig für unsere Aktionäre Wert zu schaffen. Dies erreichen wir durch ein alle Bereiche umfassendes Risikomanagement. Wir halten uns dabei an das Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) sowie die Vorgaben im § 64a VAG.

Organisatorischer Aufbau des Risikomanagements

Das Risikomanagement-System der ERGO Versicherungsgruppe AG ist in die Risikomanagement-Prozesse der ERGO Versicherungsgruppe eingebunden. Der Zentralbereich Integriertes Risikomanagement (IRM) stellt das gruppenweite Risikomanagement sicher und wird in seiner Funktion von dezentralen Risikomanagement-Strukturen in allen Bereichen der Gruppe unterstützt. Der genannten Risikomanagement-Organisation steht der Chief Risk Officer (CRO) vor, an den die einzelnen dezentralen Risikoverantwortlichen berichten. Zu den Aufgaben des CRO gehören die Identifizierung, Bewertung, Steuerung und Überwachung der Risiken sowie deren Kommunikation an das Risikokomitee, als ständigem Ausschuss des Vorstandes der ERGO. Diesem obliegt die Einrichtung und Überwachung der Risikomanagement-Strategien, -Systeme und -Prozesse. Darüber hinaus stellt das Risikokomitee sicher, dass das gesamte Risikomanagement-System, bestehend aus Risikokriterien, Limits und Governance-Prozessen, im

Einklang mit den regulatorischen Anforderungen und den konzernweiten Richtlinien steht. Risiken werden frühzeitig erkannt und adäquat gesteuert.

Risikostrategie

Die Risikostrategie wird aus der Geschäftsstrategie abgeleitet und stellt die sich daraus ergebenden Risiken dar. Sie wird jährlich durch den Vorstand überprüft und verabschiedet. Die Risikostrategie legt die Risikoobergrenze der ERGO Versicherungsgruppe AG fest, indem sie Vorgaben und Entscheidungen zur Risikotoleranz enthält, die sich an der Kapital- und Liquiditätsausstattung sowie der Ertragsvolatilität orientieren. Die Risikostrategie ist eng in die operative und strategische Planung eingebunden und ermöglicht die Überwachung der daraus abgeleiteten Limits. Hierbei werden sowohl Kriterien für den Gesamtbestand als auch ergänzende Kriterien, mit denen Spitzenrisiken, Konzentrationen, Kumule und systematische Risiken konzernweit begrenzt und gesteuert werden, berücksichtigt.

Risikomanagement-Kreislauf

Die praktische Umsetzung des Risikomanagements umfasst die Identifikation, Analyse und Bewertung von Risiken und daraus abgeleitet die Risikoberichterstattung, -limitierung (Reduzierung auf ein bewusst gewolltes Maß) und -überwachung. Unser Risikomanagement-Prozess stellt sicher, dass sämtliche Risiken kontinuierlich beobachtet und bei Bedarf aktiv gemanagt werden.

Die Risikoidentifikation erfolgt über geeignete Systeme und Kennzahlen (quantitativer Teil) sowie über eine Bottom-up- und Top-down-Risikoerhebung, die durch Experten-Meinungen ergänzt wird (qualitativer Teil).

Lagebericht

Risikobericht

Unser Ad-hoc-Meldeprozess ermöglicht es den Mitarbeitern der ERGO Versicherungsgruppe, jederzeit Risiken an den Zentralbereich IRM zu melden.

Die Risikoanalyse und -bewertung erfolgt auf oberster Ebene im Zentralbereich IRM im Austausch mit einer Vielzahl von Experten aus verschiedenen Bereichen der ERGO Versicherungsgruppe. So gelangen wir zu einer Bewertung mit quantitativem und qualitativem Charakter, die auch eventuelle Interdependenzen zwischen den Risiken berücksichtigt.

Risikomessung: Die Instrumente, mit denen wir Risiken messen, sind auf das jeweilige Segment zugeschnitten und wir entwickeln sie ständig weiter. Unsere primären Risikomaße basieren auf ökonomischen Grundsätzen und spiegeln somit das Risiko in unserem Bestand am besten wider. Regelmäßig vergleichen wir unsere Risikomodellergebnisse mit denen der Aufsichtsbehörden und Ratingagenturen. Dies geschieht auf verschiedenen Ebenen: Segment, Unternehmen, Risikoart, geografische Lage und Sparte. Wir führen regelmäßig Outside-in-Benchmarkings unserer Risikomodellergebnisse durch und nehmen an Branchenumfragen teil, um unsere Instrumente zu prüfen und weiter zu verfeinern. Darüber hinaus vergleichen wir unser Modell mit dem jeweils aktuellen Stand von Solvency II und nehmen an den sogenannten quantitativen Auswirkungsstudien (Quantitative Impact Studies) teil.

Die Risikolimitierung fügt sich in die Risikostrategie und das konzernweit geltende Limit- und Trigger-Handbuch ein. Ausgehend von der definierten Risikoobergrenze werden risikoreduzierende Maßnahmen beschlossen und umgesetzt.

Die Risikoüberwachung erfolgt an zentralen Stellen für die quantitative beziehungsweise

kennzahlenbasierte Risikoüberwachung (zum Beispiel bei der MEAG für die Kapitalanlagen) und für die qualitativ erfassten Risiken sowohl dezentral als auch zentral je nach Wesentlichkeit und Zuordnung der Risiken.

Kontroll- und Überwachungssysteme

Das im Geschäftsjahr 2008 gestartete konzernweite Projekt zur Weiterentwicklung unseres internen Risikokontrollsystems (IKS), mit dem die verschiedenen Kontroll- und Überwachungssysteme in der ERGO Versicherungsgruppe noch stärker harmonisiert und aufeinander abgestimmt werden sollen, haben wir 2009 fortgesetzt. Wir führen mit dem IKS-Projekt ein gruppenweit einheitliches System zum Management von operationellen Risiken ein, das die Anforderungen der Unternehmensführung und die lokalen gesetzlichen und regulatorischen Anforderungen erfüllt. Die Verantwortung für das IKS obliegt dem Vorstand und ist organisatorisch dem CRO zugewiesen.

Mit diesem ganzheitlichen Ansatz werden über Prozesse und Unternehmensbereiche hinweg Risiken und die darauf ausgerichteten Kontrollen identifiziert, analysiert und bewertet sowie Verbesserungs- und Steuerungsmaßnahmen festgelegt. Dabei konzentrieren wir uns auf die wesentlichen Prozesse, Risiken und Kontrollen.

Durch die systematische Verknüpfung von Risiken und Prozessen haben wir eine »Gefahrenlandkarte« für die ERGO Versicherungsgruppe entwickelt, in der alle relevanten Risikokontrollpunkte markiert sind. Damit lassen sich auch bereichsübergreifende Risiken und Kontrollen deutlich erkennen. Einbezogen werden dabei auch Mitarbeiter der Fachbereiche, die auf diesem Weg unmittelbar ihre Kenntnisse und Erfahrungen in

das IKS einbringen. Durch diese Einbindung erreichen wir eine hohe Akzeptanz der Mitarbeiter für die Notwendigkeit von Risikokontrollen und Risikomanagement. Innerhalb der Gruppe schaffen wir so die Grundlage für ein einheitliches Risikoverständnis und verbessern unser Risiko- und Kontrollbewusstsein. Die Wirksamkeit des IKS und notwendige Anpassungen an geänderte Rahmenbedingungen werden mindestens jährlich überprüft.

Die schrittweise Implementierung des gruppenweit einheitlichen IKS wird bis 2012 komplett abgeschlossen sein.

IKS und Risikomanagement betreffen neben operativem Geschäft und Compliance auch die Rechnungslegung. Im Rahmen des bestehenden IKS stellen wir sicher, dass für Risiken aus der Rechnungslegung angemessene interne Kontrollen eingerichtet sind und aufrechterhalten werden. So wird die Vollständigkeit der Meldungen von Gesellschaften im Rahmen der Abschlusserstellung durch elektronische Prüfungen erreicht. Dadurch besteht zum einen ausreichende Sicherheit für die Verlässlichkeit der Finanzberichterstattung. Zum anderen ist die Erstellung der Jahresabschlüsse gewährleistet.

Für die ERGO Versicherungsgruppe bestehen differenzierte Wesentlichkeitsgrenzen, um die Angemessenheit der internen Kontrollen sicherzustellen. Diese Grenzen werden anhand der Kriterien Größe, Risikoerfahrung und Compliance ermittelt. Alle aus Sicht der ERGO Versicherungsgruppe wesentlichen Risiken für die Finanzberichterstattung werden nach einheitlichen Kriterien in das IKS aufgenommen.

Es liegen gruppenweit einheitliche Regeln für Ansatz, Bewertung und Ausweis aller Positionen der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung vor. Der Änderungsprozess in der

Rechnungslegung unterliegt dabei einem stringenten Vorgehen unter Berücksichtigung der zeitlichen Regelungen, Verantwortlichkeiten und Informationswege. Mithilfe eines standardisierten internen Enforcement-Prozesses und der Erklärung der gesetzlichen Vertreter nach § 264 Abs. 2 Satz 3 HGB wird die Umsetzung sowie die Einhaltung der Rechnungslegungsvorschriften sichergestellt und dokumentiert.

Die Erfassung der Geschäftsvorfälle erfolgt bei den einbezogenen Gesellschaften unter Verwendung eines einheitlichen Hauptbuches der Munich Re mit harmonisierten Stammdaten, einheitlichen Prozessen und Buchungsregeln sowie standardisierten Schnittstellen zum versicherungstechnischen und dem Kapitalanlagennebenbuch. Die Zugriffsregelungen in den Rechnungslegungssystemen sind mithilfe von Berechtigungskonzepten klar geregelt.

Die Erstellung des Konzernabschlusses nehmen wir unter Beachtung des Vier-Augen-Prinzips vor. In allen Schritten der Abschlusserstellung wie z. B. der Datenübertragung der Meldeeinheiten, der Eliminierung von konzerninternen Transaktionen und weiteren Teilschritten zur Erstellung des Konzernabschlusses sind systemtechnische und inhaltliche Überprüfungen implementiert. Aufgetretene Fehler werden analysiert, nachverfolgt und zügig beseitigt.

Risikoberichterstattung

Die Risikoberichterstattung obliegt dem Zentralbereich Integriertes Risikomanagement. Mit ihr erfüllen wir aktuelle rechtliche Anforderungen (zum Beispiel aufgrund des § 55 c VAG), informieren die Öffentlichkeit und schaffen darüber hinaus intern Transparenz für das Management.

Lagebericht

Risikobericht

Die interne Risikoberichterstattung informiert das Management regelmäßig (vierteljährlich) über die Risikolage bezüglich der einzelnen Risikokategorien. Bei einer signifikanten Veränderung der Risikosituation sowie besonderen Schadenfällen und Ereignissen wird eine sofortige Berichterstattung an das Management der Gesellschaft sichergestellt, damit das Management in die Lage versetzt wird, auf gefährdende Entwicklungen rechtzeitig reagieren zu können. So ist gewährleistet, dass bereits schwache Signale und negative Trends rechtzeitig erkannt werden und Gegenmaßnahmen ergriffen werden können.

Wesentliche Risiken

Als wesentliche Risiken bezeichnen wir diejenigen, deren Auswirkungen schwerwiegend genug sind, um den Fortbestand der ERGO Versicherungsgruppe AG als Ganzes zu gefährden. Diese Definition haben wir – unter Berücksichtigung der individuellen Risikotragfähigkeit – konsistent auf die einzelnen Geschäftsbereiche und rechtlichen Einheiten übertragen. Die Einschätzung, ob ein Risiko in diesem Sinne wesentlich für eine Einheit ist, fällt in der Risikomanagementeinheit IRM. Dabei berücksichtigen wir vor allem, wie die Risiken unsere Hauptkriterien Finanzstärke und Ertragsvolatilität beeinflussen.

Unser externer Risikobericht wird auf der Grundlage der Kalkulations- und Bilanzierungsvorschriften unserer Gesellschaft dargestellt und ist in Anlehnung an den Deutschen Rechnungslegungs Standard DRS 5-20 aufgebaut.

Wir unterteilen in Anlehnung an den DRS 5-20 das Gesamtrisiko in die Kategorien versicherungstechnische Risiken, Risiken aus Kapitalanlagen, operationale sowie sonstige Risiken.

Versicherungstechnische Risiken

Die versicherungstechnischen Risiken der ERGO Versicherungsgruppe AG liegen in der Kalkulation der Beiträge und Rückstellungen der Tochterunternehmen. Die Beiträge und Rückstellungen werden mit vorsichtig gewählten Rechnungslegungsgrundlagen bestimmt. So können wir langfristig die Erfüllung unserer Verpflichtungen sicherstellen.

Risiken aus Kapitalanlagen

Die Kapitalanlagen der ERGO Versicherungsgruppe AG stellen eine bedeutende Ergebnisquelle dar und sind im Wesentlichen in den beiden Anlageklassen Beteiligungen und Zinsträger investiert. Verschiedene Faktoren können den Wert dieser Investments negativ beeinflussen. Die Risiken für die ERGO Versicherungsgruppe AG liegen im Geschäftsverlauf der Tochterunternehmen, den davon abhängigen vereinnahmbaren Gewinnausschüttungen, vorzunehmenden Kapitalisierungsmaßnahmen und eventuell vorzunehmendem Abschreibungsbedarf. Somit kommt dem Beteiligungscontrolling und Kapitalanlagemanagement eine starke Bedeutung zu.

Im Einzelnen handelt es sich bei den Kapitalanlagerisiken insbesondere um Markt-, Bonitäts- und Liquiditätsrisiken.

Marktrisiken

Marktrisiko ist definiert als das Risiko von Verlusten oder negativen Einflüssen auf die Finanzstärke des Unternehmens als Resultat von Preisänderungen und Volatilitäten in den Kapitalmärkten. Die Marktpreisschwankungen betreffen Kapitalanlagen und Verpflichtungen. Hierzu gehören unter anderem das Zinsänderungsrisiko, das Kursrisiko bei Aktien, das Wertänderungsrisiko bei Immobilien, das Wechselkursrisiko.

Im Bereich der festverzinslichen Anlagen haben die Entwicklung des allgemeinen Zinsniveaus und die emittentenspezifischen Credit Spreads einen erheblichen Einfluss auf den Wert der Kapitalanlage. Zur langfristigen Sicherung des Kapitalanlageergebnisses werden unsere Aktivitäten im Rahmen des Asset-Liability-Management regelmäßig an die sich ändernden Rahmenbedingungen angepasst.

Das Risikopotenzial von Marktwertschwankungen im Kapitalanlagebereich ermitteln wir regelmäßig mit Szenarioanalysen – sogenannten Stresstests. Diese Stresstests berücksichtigen pauschale Marktwertveränderungen im Bereich der festverzinslichen Wertpapiere, Aktien und Währungen.

Darüber hinaus wenden wir eine Fülle weiterer Instrumente für die Ermittlung des potenziellen Marktrisikos an. Insbesondere prognostizieren wir das Kapitalanlageergebnis zum nächsten Bilanzstichtag unter der Prämisse sich verändernder Kapitalmarktbedingungen. Basierend auf der Bewertung und der Qualität unserer Kapitalanlagen sind für den Bestand der ERGO Versicherungsgruppe AG derzeit keine Gefährdungen zu erkennen. Das Risikomanagement ist darauf ausgerichtet, mögliche Risiken frühzeitig zu antizipieren, um die Anlagepolitik rechtzeitig entsprechend anpassen zu können.

Bonitätsrisiken

Bonitätsrisiken entstehen aus der Gefahr, dass Schuldner ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen oder Bonitätsverschlechterungen zu ökonomischen Verlusten führen. Die Kreditbeurteilung der jeweiligen Einzelanlage hat für Bonitätsrisiken beim Management von Rentenbeständen eine zentrale Bedeutung.

Unser Wertpapierbestand zeichnet sich dadurch aus, dass der Großteil der Kapitalanlagen aus Papieren von Emittenten mit hervorragender Bonität besteht. Die Qualität unseres Bonitätsmanagements zeigte sich unter anderem darin, dass auch in einem extrem negativen Marktumfeld keine bonitätsbedingten Abschreibungen durchgeführt werden mussten. Die Kapitalanlagen sehen wir als hinreichend diversifiziert an.

Es wird sichergestellt, dass wir jederzeit in der Lage sind, unseren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Dies gewährleisten wir durch unsere detaillierte Liquiditätsplanung.

Die Liquiditätsrisiken sind in unser Regel- und Limitsystem integriert, welches jährlich aktualisiert wird.

Operationelle Risiken

Die ERGO Versicherungsgruppe AG versteht unter operationellen Risiken die Gefahr von Verlusten aufgrund von unangemessenen Prozessen, Technologieversagen, menschlichen Fehlern oder externen Ereignissen.

Diese Risiken verringern wir mit einem systematischen, ursachenbezogenen Risikomanagement. Unser erklärtes und konsequent verfolgtes Unternehmensziel ist es, die Mitarbeiter für mögliche Gefahren zu sensibilisieren und eine angemessene Risikokultur zu etablieren.

Risiken im Personalwesen verringern wir durch gezielte Personalmarketingmaßnahmen, Potenzialeinschätzungsverfahren, Personalentwicklung und eine systematische Nachfolgeplanung. Moderne Führungsinstrumente und adäquate monetäre wie nicht monetäre Anreizsysteme sichern die hohe Motivation unserer Mitarbeiter.

Lagebericht

Risikobericht

Unternehmen sind in steigendem Maß durch Wirtschaftskriminalität (Fraud) bedroht. Mit dem Verhaltenskodex hat der Vorstand die wesentlichen Regeln und Grundsätze für ein rechtlich korrektes und verantwortungsbewusstes Verhalten der gesetzlichen Vertreter, der Führungskräfte und aller anderen Mitarbeiter vorgelegt. Ergänzend dazu sind Regeln und Grundsätze festgelegt, die eine angemessene und wirksame Vorbeugung, Aufdeckung und Reaktion im Zusammenhang mit wirtschaftskriminellen Handlungen sicherstellen sollen.

Das Management der IT-Systeme und der damit verbundenen Risiken obliegt der zum ERGO-Konzern gehörenden ITERGO. Diese betreibt ein eigenständiges Risikomanagement-System, das in die konzernweite Risikomanagement-Organisation eingebunden ist.

Im Fokus steht dabei die IT-Sicherheit, die insbesondere durch Betriebsstörungen und -unterbrechungen, Datenverluste und externe Angriffe auf unsere Systeme gefährdet sein kann. Diesen Risiken begegnen wir durch umfassende Schutzvorkehrungen, Notfallplanungen, Back-up-Lösungen und Zugangskontrollen.

Die Implementierung des Notfallmanagements, als wesentlichem Bestandteil des Business-Continuity-Managements, wurde weitestgehend abgeschlossen. Neben einer adäquaten Organisationsstruktur mit Notfallstäben stehen auch einheitliche und verbindliche Notfallmanagementpläne zur Verfügung.

Sonstige Risiken

Veränderungen in den gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen können eine erhebliche Bedeutung haben. Dadurch entstehen im Zeitablauf sowohl Chancen als auch Risiken. Deshalb unterliegen alle diese Entwicklungen einer ständigen Beobachtung. Den Risiken begegnen wir darüber hinaus durch aktive Mitarbeit in Verbänden und Gremien.

Die künftigen regulatorischen Anforderungen an das Risikomanagement sind transparenter geworden, da das Solvency-II-Projekt der Europäischen Union vorankam. Namentlich die 2009 erfolgte Verabschiedung der Solvency-II-Richtlinie schaffte mehr Klarheit. Die ERGO Versicherungsgruppe unterstützt eine zügige Weiterentwicklung und Implementierung des angestrebten Regelwerkes, das in allen wesentlichen Teilen unseren Risikomanagement-Ansätzen entspricht. Intern treiben wir proaktiv die Einführung eines eigenen gruppenweiten Risikomodells voran und richten das Risikomanagement-System auf Solvency II aus. Die Systeme zur Modellierung der Risiken in unseren Geschäftsmodellen werden kontinuierlich weiterentwickelt. Wir sorgen somit für eine frühzeitige Umsetzung der entsprechenden Standards.

Wie bereits in diesem Geschäftsbericht erläutert, hat die ERGO Versicherungsgruppe sich für eine neue Markenstrategie entschieden.

Durch intensive interne und externe Kommunikation werden wir möglichen negativen Auswirkungen der neuen ERGO-Markenstrategie von vornherein begegnen, indem wir die Beweggründe und die Veränderungen transparent darstellen.

Hierdurch wollen wir sicherstellen, dass Verunsicherungen im Verlaufe des Umstellungsprozesses vermieden werden und das Vertrauen unserer Kunden und der Mitarbeiter im Innen- und Außendienst erhalten bleibt.

Durch eine frühzeitige Anpassung unserer Strukturen, Prozesse, technischen Systeme und unseres Berichtswesens wollen wir einen reibungslosen Übergang schaffen. Die termingemäße Umsetzung aller Maßnahmen wird durch eine spezielle Projektstruktur gesteuert. Zudem werden alle Risiken, die aus der geänderten ERGO-Markenstrategie entstehen können, im Rahmen unseres Risikomanagements im Risikomanagement-Kreislauf überwacht.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Die Funktionsfähigkeit des Risikomanagement-Systems ist auf hohem Niveau gewährleistet. Durch die implementierten Strukturen und Prozesse werden Risikoentwicklungen frühzeitig erkannt und der Risikosteuerung zugeleitet.

Insgesamt betrachten wir die Risikosituation der ERGO Versicherungsgruppe für beherrschbar, kontrolliert und tragfähig.

Die Aktie der ERGO Versicherungsgruppe AG

Informationen rund um die ERGO-Aktie

Die ERGO-Aktie im Jahr 2009

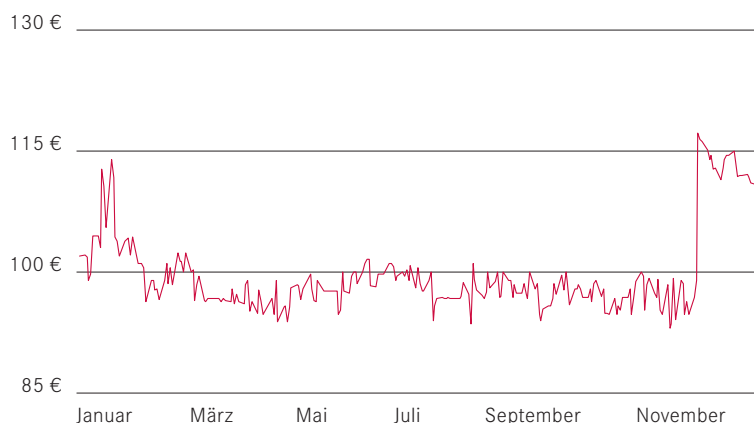
Ausgehend vom Jahresschlusskurs 2008 von 102,00 € war die Kursentwicklung der ERGO-Aktie zu Beginn des Jahres 2009 von einer kurzen, aber kräftigen Aufwärtsbewegung geprägt. Daran anschließend kam es bis zur Veröffentlichung der Geschäftsjahreszahlen Ende März zu einem stetigen Kursrückgang, der von da an bis ins vierte Quartal hinein eine längere Seitwärtsbewegung nach sich zog. Den ab März einsetzenden allgemeinen Aufschwung an den Aktienmärkten hat die ERGO-Aktie nicht mitgemacht; hier wird deutlich, dass der geringe Streubesitz den Vergleich mit der Entwicklung von nationalen und internationalen Indizes als wenig sinnvoll erscheinen lässt.

Nach der Veröffentlichung am 25. November 2009, dass Munich Re den Anteil auf 99,69 % erhöht hatte und den Kauf der restlichen ERGO-Anteile betreibt, stieg der Aktienkurs bis auf 116,00 € und gab dann wieder etwas nach. Der Jahresschlusskurs betrug 108,50 €.

Dividende für 2009 von 0,60 €

Der für die Dividendenzahlung maßgebliche Bilanzgewinn der Obergesellschaft ERGO Versicherungsgruppe AG stieg gegenüber dem Vorjahr um 13,2% auf 45 (40) Mio. €. Aufsichtsrat und Vorstand schlugen daher der Hauptversammlung vor, eine Dividende von 0,60 € je Aktie zu zahlen. Das Ausschüttungsvolumen erreicht damit 45 (-) Mio. €.

Kursentwicklung der ERGO-Aktie 2009



| Kennzahlen zur ERGO-Aktie | | 2009 | 2008 |
|-----------------------------|--------|-------------------|------------|
| Ergebnis je Aktie nach IFRS | € | 2,14 | 0,76 |
| Dividende | € | 0,60 | - |
| Dividendensumme | Mio. € | 45 | - |
| Börsenkurs zum Jahresende | € | 108,50 | 102,00 |
| Aktiengattung | | Stückaktie | Stückaktie |
| Anzahl der Aktien | Mio. | 75,49 | 75,49 |

ISIN: DE0008418526 · Wertpapierkenn-Nummer: 841 852 · Reuters-Kürzel: ERGG.DE

Investor Relations

Auf unserer Website www.ergo.de finden sich neben unseren Geschäfts- und Halbjahresberichten weitere aktuelle Informationen zur ERGO-Gruppe. Für weitere Auskünfte steht zudem der Bereich Investor & Rating Relations unter der Telefonnummer 0211/477-1510 oder unter ir@ergo.de zur Verfügung.

Jahresabschluss

Bilanz zum 31. Dezember 2009

Aktivseite

| | € | € | Vorjahr € |
|---|---------------|----------------------|----------------------|
| A. Anlagevermögen: | | | |
| I. Immaterielle Vermögensgegenstände: | | | |
| Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten | | 565 972 | 611 406 |
| II. Sachanlagen: | | | |
| andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung | | 2 519 955 | 1 583 750 |
| III. Finanzanlagen: | | | |
| 1. Anteile an verbundenen Unternehmen | 6 139 406 645 | | 5 723 890 802 |
| 2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen | 137 672 985 | | 53 162 470 |
| 3. Beteiligungen | 98 515 901 | | 128 967 895 |
| 4. Wertpapiere des Anlagevermögens | 28 560 | | 28 560 |
| 5. sonstige Ausleihungen | 15 100 872 | | 24 896 356 |
| | | 6 390 724 963 | 5 930 946 083 |
| B. Umlaufvermögen: | | | |
| I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände: | | | |
| 1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen | 119 044 | | 27 663 |
| 2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen | 840 827 789 | | 432 860 933 |
| 3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | 242 183 | | 200 646 |
| 4. sonstige Vermögensgegenstände | 169 634 576 | | 193 740 319 |
| | | 1 010 823 592 | 626 829 561 |
| II. Wertpapiere: | | | |
| 1. Anteile an verbundenen Unternehmen davon: Anteile an einem mit Mehrheit beteiligten Unternehmen 10 851 102 (11 488 701) € | 10 851 102 | | 11 488 701 |
| 2. sonstige Wertpapiere | 59 371 184 | | - |
| | | 70 222 286 | 11 488 701 |
| III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks | | 2 507 242 | 1 792 311 |
| C. Rechnungsabgrenzungsposten | | 6 636 177 | 318 282 |
| | | 7 484 000 187 | 6 573 570 094 |

Passivseite

| | € | € | € | Vorjahr € |
|---|----------------------|----------------------|----------------------|---------------|
| A. Eigenkapital: | | | | |
| I. Gezeichnetes Kapital | | 196 279 504 | | 196 279 504 |
| II. Kapitalrücklage | | 645 108 675 | | 645 108 675 |
| III. Gewinnrücklagen: | | | | |
| 1. gesetzliche Rücklage | 490 968 | | | 490 968 |
| 2. Rücklage für eigene Anteile davon: Anteile an einem mit Mehrheit beteiligten Unternehmen 10 851 102 (11 488 701) € | 10 851 102 | | | 11 488 701 |
| 3. andere Gewinnrücklagen | 1 097 385 190 | | | 1 016 429 944 |
| | | 1 108 727 260 | | 1 028 409 613 |
| IV. Bilanzgewinn | | 45 295 270 | | 40 000 000 |
| | | | 1 995 410 709 | 1 909 797 792 |
| B. Rückstellungen: | | | | |
| 1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen | | 685 778 671 | | 536 319 440 |
| 2. Steuerrückstellungen | | 343 269 046 | | 315 900 019 |
| 3. sonstige Rückstellungen | | 363 168 359 | | 80 356 817 |
| | | | 1 392 216 076 | 932 576 276 |
| C. Verbindlichkeiten: | | | | |
| 1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | | - | | 9 360 738 |
| 2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen | | 4 034 316 946 | | 3 524 331 132 |
| 3. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | | 6 677 022 | | 163 896 267 |
| 4. sonstige Verbindlichkeiten davon: aus Steuern 10 599 600 (2 014 516) € | | 24 322 892 | | 8 342 427 |
| | | | 4 065 316 860 | 3 705 930 564 |
| D. Rechnungsabgrenzungsposten | | | 31 056 542 | 25 265 462 |
| | | | 7 484 000 187 | 6 573 570 094 |

Jahresabschluss

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009

| | € | Vorjahr € |
|---|--------------------|--------------|
| 1. Erträge aus Beteiligungen | 763 969 826 | 501 232 419 |
| davon: aufgrund von Gewinnabführungsverträgen | | |
| erhaltene Gewinne: 486 741 074 (383 505 153) € | | |
| davon: an Organgesellschaften | | |
| weiterbelastete Ertragsteuern: 245 352 282 (-) € | | |
| davon: aus verbundenen Unternehmen 763 319 736 (499 681 535) € | | |
| 2. Erträge aus Dienstleistungen | 332 059 565 | 71 577 469 |
| 3. sonstige betriebliche Erträge | 35 173 218 | 15 505 213 |
| 4. Personalaufwand | 253 431 716 | 62 946 454 |
| 5. sonstige betriebliche Aufwendungen | 187 846 195 | 96 009 807 |
| 6. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens | 5 617 634 | 5 354 185 |
| davon: aus verbundenen Unternehmen 4 101 021 (1 716 901) € | | |
| 7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge | 2 040 113 | 8 398 225 |
| davon: aus verbundenen Unternehmen 1 273 965 (2 425 974) € | | |
| 8. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens | 238 784 390 | 27 388 218 |
| 9. Aufwendungen aus Verlustübernahme | 23 444 392 | 14 857 186 |
| davon: an Organgesellschaften erstattete Ertragsteuern: 7 835 885 (-) € | | |
| 10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen | 144 155 909 | 203 909 060 |
| davon: an verbundene Unternehmen 96 065 622 (143 853 279) € | | |
| 11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit | 291 197 754 | 196 956 786 |
| 12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag | 205 451 929 | 118 746 101 |
| 13. sonstige Steuern | 132 909 | - 38 336 |
| 14. Jahresüberschuss | 85 612 916 | 78 249 021 |
| 15. Einstellungen in Gewinnrücklagen: | | |
| in andere Gewinnrücklagen | 40 317 646 | 38 249 021 |
| 16. Bilanzgewinn | 45 295 270 | 40 000 000 |

ANHANG

Jahresabschluss

Anhang Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Gliederung

Die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung entspricht grundsätzlich dem Gliederungsschema des § 275 Abs. 2 HGB. Um den Besonderheiten der Ertragsstruktur der Gesellschaft Rechnung zu tragen, werden die Erträge aus Beteiligungen im Ausweis vorgezogen. Dabei bilanzieren wir die erhaltenen Gewinne aus Gewinnabführungsverträgen unter Nennung des Betrags bei den Erträgen aus Beteiligungen, gekürzt um die vertraglich festgelegten Ausgleichszahlungen an die außenstehenden Aktionäre. Die im Rahmen der Organschaft erstmalig an Organgesellschaften weiterbelasteten bzw. erstatteten Ertragsteuern werden innerhalb der Erträge aus Beteiligungen bzw. Aufwendungen aus Verlustübernahme ausgewiesen. Die Gesellschaft erbringt beginnend ab dem vierten Quartal des Berichtsjahrs in erheblichem Umfang Dienstleistungen für verbundene Unternehmen. Aus diesem Grund werden die Erstattungen hierfür erstmals als Erträge aus Dienstleistungen in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Die Vorjahreswerte wurden entsprechend angepasst. Nach § 265 Abs. 7 HGB wurden einige unerhebliche Posten der Gewinn- und Verlustrechnung zusammengefasst und im Anhang gesondert ausgewiesen.

Immaterielle Vermögensgegenstände

Die Bewertung der immateriellen Vermögensgegenstände erfolgte mit den Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer.

Sachanlagen

Die unter den Sachanlagen ausgewiesenen Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung sind zu den Anschaffungskosten, vermindert um die zulässigen Abschreibungen, bewertet worden.

Finanzanlagen

Die Anteile an verbundenen Unternehmen, die Beteiligungen und die Wertpapiere wurden zu Anschaffungskosten angesetzt bzw. mit einem niedrigeren Börsenkurs oder beizulegenden Wert bewertet. Niedrigere beizulegende Werte wurden angesetzt, wenn voraussichtlich dauernde Wertminderungen vorliegen. Stellt sich in späteren Geschäftsjahren heraus, dass die Gründe dafür nicht mehr bestehen, so wird der Betrag dieser Abschreibung im Umfang der Werterhöhung zugeschrieben.

Die Bewertung der Ausleihungen und der Darlehen erfolgte zu Nominalwerten, soweit nicht Einzelwertberichtigungen vorzunehmen waren.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände wurden grundsätzlich zum Nennwert bilanziert, gegebenenfalls gekürzt um die erforderlichen Wertberichtigungen. Längerfristige unverzinsliche Forderungen sind zu ihren niedrigeren Barwerten am Bilanzstichtag angesetzt worden.

Wertpapiere des Umlaufvermögens

Der Wertpapierbestand des Umlaufvermögens wurde nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Wertpapiere, die gegen Währungsrisiken abgesichert sind, wurden mit den zugehörigen Sicherungsinstrumenten als Bewertungseinheit bilanziert.

Rückstellungen

Die Pensionsrückstellungen wurden nach dem Teilwertverfahren unter Anwendung der Heubeck-Richttafeln 2005 G mit dem steuerlich zulässigen Zinssatz von 6 % berechnet. Aufgrund von Erhebungen in den Rentnerbeständen der Konzerngesellschaften innerhalb der Münchener-Rück-Gruppe wurden die Sterblichkeiten in den Richttafeln modifiziert. Für Teilbestände, die im Rahmen eines Betriebsübergangs nach § 613 a BGB

im Berichtsjahr auf die ERGO Versicherungsgruppe AG übergegangen sind, erhielt die Gesellschaft von ihren Tochtergesellschaften Abschlagszahlungen, die künftige Entwicklungen der Anwartschaften und Renten (Trends) sowie den Rechnungszins in Höhe von 5 % analog der neuen Bewertungsmethodik durch das BilMoG berücksichtigen.

Die Rückstellung für Vorruhestandsleistungen wurde in Höhe des Barwerts der künftig zu erwartenden Leistungsverpflichtungen mit 6 % Rechnungszins bilanziert. Für die im Rahmen der Altersteilzeitvereinbarung zu erwartenden Verpflichtungen wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen Rückstellungen für Aufstockungsbeträge und Erfüllungsrückstände in Höhe ihres Barwertes gebildet. Bestehende sowie zukünftige wahrscheinliche Teilzeitvereinbarungen wurden hierbei berücksichtigt. Der Rechnungszins beträgt 5,5%. Die Rückstellung für Jubiläen wurde entsprechend der zu erwartenden Verpflichtungen nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mit einem Rechnungszins von 5,5% bewertet.

Zukünftige Verpflichtungen aus den langfristigen Incentive-Plänen sichert die Gesellschaft mittels Münchener Rück-Aktien bzw. Optionen ab. Grund- und Sicherungsgeschäfte wurden als Bewertungseinheiten bilanziert. Bei den zu Sicherungszwecken gehaltenen Aktien, deren Buchwert über dem Basiskurs der Wertsteigerungsrechte liegt, wurde eine Rückstellung in Höhe des nicht gedeckten Anteils gebildet. Die seit 2007 gewährten Wertsteigerungsrechte wurden mit Long Calls und Short Calls gesichert, die mit den Anschaffungskosten unter den sonstigen Vermögensgegenständen bzw. der erhaltenen Prämie unter den sonstigen Verbindlichkeiten bilanziert sind: In gleicher Höhe wurde eine Rückstellung für ausgegebene Wertsteigerungsrechte gebildet.

Die sonstigen Rückstellungen haben wir gemäß dem voraussichtlichen künftigen Bedarf gebildet.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Rückzahlungsbetrag passiviert.

Derivative Finanzinstrumente

Die Bewertung derivativer Finanzinstrumente erfolgte nach den Grundsätzen des Imparitäts- und Realisationsprinzips. Soweit sie der Absicherung bilanzieller Posten dienen, wurden zum Zeitpunkt des Geschäftsabschlusses Bewertungseinheiten aus Sicherungsgegenständen und dazugehörigen Hedginginstrumenten gebildet. Innerhalb von Bewertungseinheiten wurden sämtliche Bewertungsergebnisse verrechnet, ein Verpflichtungsüberhang wird durch die Bildung einer Drohverlustrückstellung berücksichtigt.

Der Marktwert von Devisentermingeschäften errechnet sich auf Basis des am Bilanzstichtag geltenden Devisenterminkurses für die jeweilige Restlaufzeit des Kontrakts im Vergleich zum kontrahierten Devisenterminkurs. Bei der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte von Optionsgeschäften wurden anerkannte finanzmathematische Bewertungsmethoden herangezogen.

Fremdwährungsumrechnung

Die Umrechnung von Fremdwährungen erfolgte unter Beachtung des Niederstwertprinzips am Bilanzstichtag grundsätzlich zum Währungskurs am Buchungstag. Bei Aktiv- und Passivposten, die auf fremde Währung lauten und kursgesichert sind, wurde der Sicherungskurs berücksichtigt.

Bilanzierungsstetigkeit

Soweit vorstehend nicht anders erläutert, wurden ansonsten die auf den vorhergehenden Jahresabschluss angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden unverändert beibehalten.

Jahresabschluss

Anhang Erläuterungen der Bilanz

Aktivseite

Übersicht über die Entwicklung des Anlagevermögens

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist in der nachfolgenden Übersicht dargestellt.

Die vollständige Aufstellung über den Anteilsbesitz gemäß § 285 Nr. 11 HGB wird über die Internetseite des Unternehmensregisters zugänglich sein.

A. III. Finanzanlagen

Angaben zu unterbliebenen außerplanmäßigen Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 2 Satz 3 i. V. m. § 285 Nr. 19 HGB auf Finanzinstrumente waren im Berichtsjahr nicht zu tätigen.

| Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2009 | Anschaffungs- kosten Tsd. € | Zugänge Tsd. € |
|---|-----------------------------------|-------------------|
| A. I. Immaterielle Vermögensgegenstände | | |
| Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten | 1 632 | - |
| A. II. Sachanlagen | | |
| andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung | 2 317 | 1 424 |
| A. III. Finanzanlagen | | |
| 1. Anteile an verbundenen Unternehmen | 5 835 206 | 596 190 |
| 2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen | 53 163 | 88 875 |
| 3. Beteiligungen | 183 733 | 51 318 |
| 4. Wertpapiere des Anlagevermögens | 15 960 | - |
| 5. sonstige Ausleihungen | 24 896 | 14 164 |
| Summe A. III. | 6 112 958 | 750 547 |
| zusammen | 6 116 907 | 751 971 |

Derivative Finanzinstrumente

| Derivate | Bilanzposition | Bilanzwert Tsd. € | Zeitwert Tsd. € | Nominalwert Tsd. € |
|--------------------------|-------------------------------|----------------------|--------------------|-----------------------|
| Aktienkursrisiken | | | | |
| Aktioptionen Long Call | sonstige Vermögensgegenstände | 3 879 | 1 615 | 16 022 |
| Aktioptionen Short Call | sonstige Rückstellungen | 3 779 | 3 082 | 26 360 |
| Aktioptionen Short Call | sonstige Verbindlichkeiten | 514 | 108 | 40 056 |
| Währungsrisiken | | | | |
| Devisentermingeschäfte | sonstige Rückstellungen | - | - 41 | 15 294 |

| Zuschreibungen | Umbuchungen | Abgänge | Abschreibungen (kumuliert) | Buchwert 31.12.2009 | Buchwert 31.12.2008 | Abschreibungen im Geschäftsjahr |
|----------------|-------------|---------------|-------------------------------|------------------------|------------------------|------------------------------------|
| Tsd. € | Tsd. € | Tsd. € | Tsd. € | Tsd. € | Tsd. € | Tsd. € |
| - | - | - | 1 066 | 566 | 611 | 45 |
| - | - | 91 | 1 130 | 2 520 | 1 584 | 459 |
| 28 585 | - | 1 772 | 318 802 | 6 139 407 | 5 723 891 | 207 871 |
| - | - | 4 365 | - | 137 673 | 53 163 | - |
| - | - | 75 070 | 61 465 | 98 516 | 128 968 | 6 700 |
| - | - | - | 15 931 | 29 | 29 | - |
| - | - | - | 23 960 | 15 100 | 24 896 | 23 960 |
| 28 585 | - | 81 207 | 420 158 | 6 390 725 | 5 930 947 | 238 531 |
| 28 585 | - | 81 298 | 422 354 | 6 393 811 | 5 933 142 | 239 035 |

Jahresabschluss

Anhang Erläuterungen der Bilanz

Aktivseite

B. Umlaufvermögen

B. I. 2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen

Dieser Posten enthält neben verschiedenen konzerninternen Salden im Wesentlichen Forderungen aus den Ergebnisabführungen von Konzerntöchtern.

Die Restlaufzeit von Forderungen in Höhe von 85 217 Tsd. € beträgt mehr als ein Jahr, die Restlaufzeit aller übrigen hier ausgewiesenen Forderungen beträgt jeweils nicht mehr als ein Jahr.

B. I. 3. Forderungen gegen Unter- nehmen, mit denen ein Beteili- gungsverhältnis besteht

Hier ausgewiesene Forderungen haben eine Restlaufzeit von nicht mehr als einem Jahr.

B. I. 4. sonstige Vermögensgegenstände

83 583 Tsd. € haben eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr, die Restlaufzeit aller übrigen hier bilanzierten Posten beträgt jeweils nicht mehr als ein Jahr.

C. Rechnungsabgrenzungsposten

Hierbei handelt es sich um Mietvorauszahlungen für IT-Endgeräte sowie abzugrenzende Verwaltungs- und sonstige Aufwendungen, die die Folgejahre betreffen.

Passivseite

A. I. Gezeichnetes Kapital

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt am Bilanzstichtag 196 279 504,20 € und ist eingeteilt in 75 492 117 auf den Inhaber lautende Stückaktien.

Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital in der Zeit bis zum 8. Mai 2012 mit Zustimmung des Aufsichtsrats einmalig oder in Teilbeträgen um insgesamt bis zu 97 500 000 € durch Ausgabe von bis zu 37 500 000 neuer, auf den Inhaber lautender Stückaktien mit Gewinnberechtigung ab Beginn des Geschäftsjahres ihrer Ausgabe gegen Bar- oder Sacheinlagen zu erhöhen (genehmigtes Kapital). Bei Barkapitalerhöhungen ist den Aktionären ein Bezugsrecht einzuräumen. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen,

- um Spitzenbeträge vom Bezugsrecht auszunehmen,
- soweit es erforderlich ist, den Inhabern von Optionsscheinen oder Gläubigern von Wandelschuldverschreibungen, die von der Gesellschaft oder einem nachgeordneten Konzernunternehmen ausgegeben werden, ein Bezugsrecht auf neue Aktien in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung der Options- oder Wandlungsrechte bzw. nach Erfüllung der Wandlungspflichten zustünde, oder
- wenn der Ausgabebetrag der neuen Aktien den Börsenpreis nicht wesentlich unterschreitet und die unter Ausschluss des Bezugsrechts gemäß § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG ausgegebenen Aktien insgesamt 10% des Grundkapitals nicht überschreiten, und zwar weder im Zeitpunkt

des Wirksamwerdens noch im Zeitpunkt der Ausübung dieser Ermächtigung. Auf diese Zahl sind Aktien anzurechnen, die unter Bezugsrechtsausschluss in unmittelbarer oder entsprechender Anwendung von § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG ausgegeben oder veräußert wurden.

Darüber hinaus ist der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht bei Kapitalerhöhungen gegen Sacheinlagen auszuschließen.

Der Vorstand ist ferner ermächtigt, den weiteren Inhalt der Aktienrechte und die Bedingungen der Aktienaussgabe mit Zustimmung des Aufsichtsrats festzulegen.

Das Grundkapital ist um bis zu 97 500 000 € durch Ausgabe von bis zu 37 500 000 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien mit Gewinnberechtigung ab Beginn des Geschäftsjahres ihrer Ausgabe bedingt erhöht (bedingtes Kapital). Die bedingte Kapitalerhöhung dient der Gewährung von Aktien an die Inhaber oder Gläubiger von Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen, die gemäß der Ermächtigung der Hauptversammlung vom 9. Mai 2007 bis zum 8. Mai 2012 von der Gesellschaft oder einem nachgeordneten Konzernunternehmen begeben werden. Sie wird nur insoweit durchgeführt, wie von Options- und/oder Wandlungsrechten aus den vorgenannten Schuldverschreibungen Gebrauch gemacht wird bzw. Wandlungspflichten aus solchen Schuldverschreibungen erfüllt werden. Der Vorstand ist ermächtigt, die weiteren Einzelheiten der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung festzusetzen.

Jahresabschluss

Anhang Erläuterungen der Bilanz

Passivseite

A. III. Gewinnrücklagen

2. Rücklage für eigene Anteile

Der Rücklage für eigene Anteile wurde ein Betrag von 638 Tsd. € entnommen und den anderen Gewinnrücklagen zugeführt. Die Rücklage für eigene Anteile beträgt danach 10 851 Tsd. € und betrifft im Bestand befindliche Aktien der Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft AG.

3. andere Gewinnrücklagen

Durch die Hauptversammlung wurden aus dem Bilanzgewinn des Vorjahres 40 000 Tsd. € eingestellt. Im Berichtsjahr wurden aus dem Jahresüberschuss 40 318 Tsd. € in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt, daneben wurden 638 Tsd. € aus der Rücklage für eigene Anteile entnommen und den anderen Gewinnrücklagen zugeführt.

B. 1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die ERGO Versicherungsgruppe AG hat für die Pensionsrückstellungen der nachfolgend aufgeführten Gesellschaften ihren Schuldbeitritt erklärt und im Innenverhältnis deren Pensionsverpflichtungen übernommen:

- Victoria Lebensversicherung AG
- Victoria Versicherung AG
- Victoria Krankenversicherung AG
- Hamburg-Mannheimer Versicherungs-AG
- Hamburg-Mannheimer Sachversicherungs-AG
- DKV Deutsche Krankenversicherung AG
- D.A.S. Deutscher Automobil Schutz Allgemeine Rechtsschutz-Versicherungs-AG
- D.A.S. Deutscher Automobil Schutz Versicherungs-AG
- D.A.S. Prozessfinanzierung AG
- Vorsorge Lebensversicherung AG
- Vorsorge Luxemburg Lebensversicherung S. A.
- ERGO International AG
- Longial GmbH
- ITERGO Informationstechnologie GmbH

Aus den dargelegten Gründen werden die Pensionsrückstellungen der vorgenannten Gesellschaften von der ERGO Versicherungsgruppe AG unter dieser Position ausgewiesen.

B. 3. sonstige Rückstellungen

Dieser Posten enthält 263 855 Tsd. € Rückstellungen für Verpflichtungen aus dem Gehalts- und Personalbereich (Vorruhestand, Altersteilzeit, Jubiläen, Tantiemen, Gleitzeit, Urlaub). Daneben werden insbesondere Rückstellungen für ausstehende Rechnungen, steuerlich bedingte Zinsen sowie Verpflichtungen aus dem Beteiligungsbereich ausgewiesen.

C. 2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen

Dieser Bilanzposten enthält überwiegend Darlehen sowie Verbindlichkeiten aus Organschaftsabrechnungen und übrigen laufenden Verrechnungsverkehr.

Darlehensverbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 528 844 Tsd. € haben eine Restlaufzeit von über fünf Jahren, Darlehensverbindlichkeiten in Höhe von 1 731 083 Tsd. € haben eine Restlaufzeit von einem bis zu fünf Jahren. 12 914 Tsd. € sonstige Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von einem bis zu fünf Jahren. Bei allen übrigen hier ausgewiesenen Verbindlichkeiten beträgt die Restlaufzeit weniger als ein Jahr.

C. 4. sonstige Verbindlichkeiten

514 Tsd. € haben eine Restlaufzeit von einem bis zu fünf Jahren, alle anderen Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

D. Rechnungsabgrenzungsposten

Der Rechnungsabgrenzungsposten umfasst fast ausschließlich Disagiobeträge und erhaltene Mietvorauszahlungen für IT-Endgeräte.

1. Erträge aus Beteiligungen

Dieser Posten beinhaltet im Wesentlichen neben den Ergebnisabführungen Ausschüttungen unserer direkten Tochtergesellschaften.

2. Erträge aus Dienstleistungen

Die Erträge resultieren fast ausschließlich aus der Erbringung von Dienstleistungen für verbundene Unternehmen.

3. sonstige betriebliche Erträge

Hier sind Erträge aus Zuschreibungen auf Anteile an verbundenen Unternehmen in Höhe von 28 585 Tsd. € enthalten.

4. Personalaufwand

Dieser Posten enthält Löhne und Gehälter in Höhe von 199 033 Tsd. € sowie soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung in Höhe von 54 399 Tsd. €. Auf Altersversorgung entfallen 29 808 Tsd. €, wovon 7 814 Tsd. € an Konzerngesellschaften weiterbelastet wurden.

5. sonstige betriebliche Aufwendungen

Hier sind Aufwendungen für in Anspruch genommene Dienstleistungen in Höhe von 157 544 Tsd. € enthalten.

Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen betragen im Geschäftsjahr 504 Tsd. €.

8. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens

Einzelheiten zu den Abschreibungen zeigt die Übersicht über die Entwicklung des Anlagevermögens. Außerplanmäßige Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB haben wir in Höhe von 238 531 Tsd. € vorgenommen.

9. Aufwendungen aus Verlustübernahme

Die Aufwendungen aus Verlustübernahme resultieren aus Gewinnabführungsverträgen mit Tochtergesellschaften.

10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Dieser Posten enthält Zinsen für Darlehensverbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 95 601 Tsd. €, Aufwendungen für die Verzinsung der Pensionsrückstellungen in Höhe von 33 212 Tsd. €, Zinsen aus Steuerverbindlichkeiten in Höhe von 5 940 Tsd. € sowie sonstige Aufwandszinsen von 9 403 Tsd. €.

Jahresabschluss

Anhang Sonstige Angaben

Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die ERGO Versicherungsgruppe AG hat Patronatserklärungen in Höhe von 13 798 Tsd. € abgegeben, davon 9 515 Tsd. € für ein verbundenes Unternehmen im Zusammenhang mit Betriebsmittelkrediten.

Darüber hinaus wurden Bürgschaftserklärungen für verbundene Unternehmen in Höhe von 64 532 Tsd. € abgegeben; die Garantieerklärungen im Zusammenhang mit dem Beteiligungsengagement belaufen sich auf 10 000 Tsd. US-Dollar sowie 118 455 Tsd. €, davon entfallen 108 155 Tsd. € auf verbundene Unternehmen.

Aus dem Beteiligungsbereich bestanden Einzahlungsverpflichtungen in Höhe von insgesamt 185 126 Tsd. €, davon entfallen 75 176 Tsd. € auf verbundene Unternehmen.

Daneben bestanden Investitionsverpflichtungen in Höhe von 59 099 Tsd. € sowie 12 711 US-Dollar, davon entfallen 31 094 Tsd. € auf verbundene Unternehmen.

Weiterhin räumt die Gesellschaft verbundenen Unternehmen einen Finanzierungsrahmen für Liquiditätshilfen in Höhe von 23 300 Tsd. € ein.

Mit verpfändeten Wertpapieren haftet die ERGO Versicherungsgruppe AG in Höhe von 82 405 Tsd. US-Dollar, in gleicher Höhe bestehen Rückerstattungsansprüche.

Die Gesellschaft übernahm aus dem Verkauf der ERGO Trust GmbH an ein verbundenes Unternehmen handelsübliche Ausgleichs- und Freistellungsverpflichtungen.

Darüber hinaus wurden die unbeschränkt haftenden Gesellschafter der Victoria Immobilien-Fonds Objekt Leipzig KG, Düsseldorf, von ihrer Haftung freigestellt.

Die Verpflichtungen aus Dienstleistungsverträgen betragen Ende 2009 1 100 Tsd. €.

Bei den vorgenannten Beträgen handelt es sich jeweils um die unabgezinsten Nennwerte.

Anzahl der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Arbeitnehmer

Bei der ERGO Versicherungsgruppe AG waren im Berichtsjahr durchschnittlich 3 333 Arbeitnehmer beschäftigt, die zum Teil gleichzeitig für andere Gesellschaften der ERGO Versicherungsgruppe tätig waren. 174 Arbeitnehmer gehörten dem Leitungskreis an.

Die deutliche Steigerung im Vergleich zum Vorjahr ist auf den Betriebsübergang im Rahmen des Projekts »E1U« zurückzuführen.

Gesamtbezüge des Aufsichtsrats und des Vorstands

Die Aufwendungen für den Aufsichtsrat betragen 774 Tsd. €.

Die Aufwendungen für Mitglieder des Vorstands beliefen sich auf 7 690 Tsd. €.

Langfristige Incentive-Pläne wurden von unserer Gesellschaft zum 1. Juli der Jahre 2002 bis 2009 aufgelegt. Die Pläne sind auf sieben Jahre angelegt. Im Berichtsjahr wurden 50 507 Wertsteigerungsrechte an die Mitglieder des Vorstands gewährt. Die Wertsteigerungsrechte haben zum Zeitpunkt ihrer Gewährung einen beizulegenden Zeitwert von jeweils 16,67 €, der in den oben genannten Vergütungen für den Vorstand enthalten ist.

Daneben wurden im Geschäftsjahr 2009 im Rahmen der mittelfristigen Incentive-Pläne 9 991 Rechte ausgegeben. Der beizulegende Zeitwert dieser Rechte belief sich zum Zeitpunkt ihrer Gewährung auf jeweils 169,08 €; er ist in den oben genannten Vorstandsbezügen enthalten.

Ehemalige Vorstandsmitglieder und ihre Hinterbliebenen erhielten von der Gesellschaft 2 278 Tsd. €; für laufende Pensionen und Anwartschaften auf Pensionen für diesen Personenkreis haben wir Pensionsrückstellungen in Höhe von 23 279 Tsd. € bilanziert.

Die Übersicht über die Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands befindet sich auf den Seiten 28 und 29. Sie ist ein Bestandteil des Anhangs.

Struktur des Vergütungssystems für den Vorstand

Siehe dazu die Ausführungen in der Erklärung zur Unternehmensführung im Lagebericht auf den Seiten 14 ff.

Entsprechungserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex

Die nach § 161 AktG vorgeschriebene Erklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex wurde von Vorstand und Aufsichtsrat am 23. Dezember 2009 abgegeben und den Aktionären auf den Internetseiten der Gesellschaft dauerhaft zugänglich gemacht.

Abschlussprüferhonorar

Die Angaben zum Abschlussprüferhonorar erfolgen befreiend im Konzernabschluss der ERGO Versicherungsgruppe AG.

Jahresabschluss

Anhang
Sonstige Angaben

Von Mitgliedern des Aufsichtsrats und des Vorstands gehaltene Mandate¹⁾

| Aufsichtsrat | Mandate in anderen gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten (inländische Gesellschaften) | Mitgliedschaften in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien |
|--------------------------|--|---|
| Dr. Nikolaus von Bomhard | COMMERZBANK AG Munich Health Holding AG ²⁾ , Vorsitzender | |
| Hans-Peter Claußen | D.A.S. Deutscher Automobil Schutz Allgemeine Rechtsschutz-Versicherungs-AG, stellv. Vorsitzender | |
| Michael David | Victoria Versicherung AG, stellv. Vorsitzender | |
| Dr. Karin Dorrepaal | | Onco Methylome Sciences, Lüttich, Belgien, Aufsichtsrat |
| Frank Fassin | Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft AG Provinzial NordWest Holding AG Victoria Versicherung AG | |
| Dr. Heiner Hasford | D.A.S. Deutscher Automobil Schutz Allgemeine Rechtsschutz-Versicherungs-AG MAN AG Nürnberger Beteiligungs-Aktiengesellschaft Victoria Versicherung AG | |

¹⁾ Stand: 31. Dezember 2009

²⁾ Konzernmandat im Sinne § 18 AktG

Von Mitgliedern des Aufsichtsrats und des Vorstands gehaltene Mandate¹⁾

| Aufsichtsrat | Mandate in anderen gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten (inländische Gesellschaften) | Mitgliedschaften in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien |
|----------------------------------|--|---|
| Harald Herber | Hamburg-Mannheimer Versicherungs-AG | |
| Dr. Gerhard Jooss | Heitkamp BauHolding GmbH | Klinikum der Universität Erlangen-Nürnberg, Aufsichtsrat |
| Dr. Lothar Meyer | UniCredit Bank AG DKV Deutsche Krankenversicherung AG Hamburg-Mannheimer Versicherungs-AG Jenoptik AG Victoria Lebensversicherung AG | |
| Dr. Markus Miele | Syskoplan AG | |
| Silvia Müller | DKV Deutsche Krankenversicherung AG, stellv. Vorsitzende | |
| Marco Nörenberg | Hamburg-Mannheimer Versicherungs-AG, stellv. Vorsitzender | |
| Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen | Augustinum gGmbH Volksbank Freiburg e G | |
| Prof. Dr. Theo Siegert | Deutsche Bank AG E.ON AG Henkel AG & Co. KGaA Merck KGaA | DKSH Holding Ltd., Zürich, Schweiz, Verwaltungsrat |
| Richard Sommer | Hamburg-Mannheimer Versicherungs-AG Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft AG | |

¹⁾ Stand: 31. Dezember 2009

Jahresabschluss

Anhang
Sonstige Angaben

Von Mitgliedern des Aufsichtsrats und des Vorstands gehaltene Mandate¹⁾

Aufsichtsrat

Mandate in anderen gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten (inländische Gesellschaften)

Mitgliedschaften in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien

Prof. Dr.
Beatrice Weder di Mauro

Roche AG, Basel, Schweiz, Verwaltungsrat

Prof. Dr.
Klaus L. Wübbenhorst

BU Holding GmbH & Co. KG,
Vorsitzender

GfK Holding Inc.²⁾, Wilmington, USA,
Director
GfK Arastirma Hizmetleri A.S.²⁾,
Istanbul, Türkei, Chairman Board of
Directors

¹⁾ Stand: 31. Dezember 2009

²⁾ Konzernmandat im Sinne des § 18 AktG

Von Mitgliedern des Aufsichtsrats und des Vorstands gehaltene Mandate¹⁾

Vorstand

Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten (inländische Gesellschaften)

Mitgliedschaften in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien

Dr. Daniel von Borries

KarstadtQuelle Krankenversicherung AG²⁾,
Vorsitzender
KarstadtQuelle Lebensversicherung AG²⁾,
Vorsitzender
KarstadtQuelle Versicherung AG²⁾,
Vorsitzender
MEAG MUNICH ERGO
Kapitalanlagegesellschaft mbH
MEDICLIN AG
Vorsorge Lebensversicherung AG²⁾,
Vorsitzender

Günter Dibbern

Compass Private Pflegeberatung GmbH
Europäische Reiseversicherung AG,
Vorsitzender
KarstadtQuelle Krankenversicherung AG²⁾
Medicator AG
Sana Kliniken AG,
stellv. Vorsitzender

PICC Health Insurance Company Ltd.,
Peking, China, Verwaltungsrat

Christian Diedrich

D.A.S. Deutscher Automobil Schutz
Allgemeine Rechtsschutz-
Versicherungs-AG²⁾, Vorsitzender
D.A.S. Deutscher Automobil Schutz
Versicherungs-AG²⁾, Vorsitzender
Europäische Reiseversicherung AG,
stellv. Vorsitzender
Hamburg-Mannheimer Rechtsschutz-
versicherungs-AG²⁾, Vorsitzender
KarstadtQuelle Versicherung AG²⁾

¹⁾ Stand: 31. Dezember 2009

²⁾ Konzernmandat im Sinne des § 18 AktG

Jahresabschluss

Anhang
Sonstige Angaben

Von Mitgliedern des Aufsichtsrats und des Vorstands gehaltene Mandate¹⁾

| Vorstand | Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten (inländische Gesellschaften) | Mitgliedschaften in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien |
|---------------------|---|---|
| Dr. Ulf Mainzer | Hamburg-Mannheimer Sachversicherungs-AG ²⁾ | |
| Dr. Jochen Messemer | D.A.S. Allgemeine Rechtsschutz-Versicherungs-AG Europäische Reiseversicherung AG MEDICLIN AG MedWell Gesundheits-AG, Vorsitzender | Österreichische Volksbanken AG ERGO Grubu Holding A.S., Vorsitzender ERGO Italia S.p.A., Präsident ERGO Previdenza S.p.A., Präsident ERGO Assicurazioni S.p.A., Präsident |
| Dr. Torsten Oletzky | DKV Deutsche Krankenversicherung AG ²⁾ , Vorsitzender ERGO International AG ²⁾ , Vorsitzender Hamburg-Mannheimer Sachversicherungs-AG ²⁾ , Vorsitzender Hamburg-Mannheimer Versicherungs-AG ²⁾ , Vorsitzender Victoria Krankenversicherung AG ²⁾ , Vorsitzender Victoria Lebensversicherung AG ²⁾ , Vorsitzender Victoria Versicherung AG ²⁾ , Vorsitzender | |
| Dr. Rolf Ulrich | ERGO International AG ²⁾ ITERGO Informationstechnologie GmbH ²⁾ | |

¹⁾ Stand: 31. Dezember 2009

²⁾ Konzernmandat im Sinne des § 18 AktG

Von Mitgliedern des Aufsichtsrats und des Vorstands gehaltene Mandate¹⁾

Vorstand**Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten (inländische Gesellschaften)****Mitgliedschaften in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien**

Jürgen Vetter

ITERGO Informationstechnologie GmbH²⁾,
Vorsitzender
KarstadtQuelle Krankenversicherung AG²⁾
KarstadtQuelle Lebensversicherung AG²⁾
KarstadtQuelle Versicherung AG²⁾
Europäische Reiseversicherung AG²⁾

D.A.S. Nederlandse Rechtsbijstand
Verzekeringsmaatschappij N.V.²⁾,
Amsterdam, Niederlande, Aufsichtsrat
KarstadtQuelle Finanz Service GmbH,
Aufsichtsrat

¹⁾ Stand: 31. Dezember 2009²⁾ Konzernmandat im Sinne des § 18 AktG

Jahresabschluss

Anhang
Sonstige Angaben

Gruppenzugehörigkeit

Die Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft AG, München, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 17. Januar 2002 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil mit Wirkung zum 15. Januar 2002 91,7% der Stimmrechte betragen hat. Am Bilanzstichtag betrug der Stimmrechtsanteil 99,7%.

Die ERGO Versicherungsgruppe AG, Düsseldorf, erstellt zum 31. Dezember 2009 unter Anwendung der internationalen Rechnungslegungsvorschriften IFRS einen Konzernabschluss und wird darüber hinaus in den Konzernabschluss der Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft AG, München, einbezogen, der ebenfalls nach diesen Vorschriften erstellt wird.

Die Konzernabschlüsse werden über die Internetseite des Unternehmensregisters zugänglich sein. Auf Wunsch sind sie bei den Gesellschaften erhältlich.

Gewinnverwendungsvorschlag

Die ERGO Versicherungsgruppe AG weist zum 31. Dezember 2009 einen Jahresüberschuss von 85 612 916 € aus. In die anderen Gewinnrücklagen wurden 40 317 646 € eingestellt. Der Hauptversammlung steht damit ein Bilanzgewinn von 45 295 270 € zur Verfügung.

Zur Verwendung des Bilanzgewinns wird der Hauptversammlung vorgeschlagen, eine Dividende je Stückaktie von 0,60 € zu zahlen.

Düsseldorf, den 4. Februar 2010

ERGO Versicherungsgruppe AG

Der Vorstand



Dr. Torsten Oletzky



Dr. Bettina Anders



Dr. Daniel von Borries



Günter Dibbern



Christian Diedrich



Dr. Ulf Mainzer



Dr. Jochen Messemer



Dr. Rolf Ulrich



Jürgen Vetter

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der ERGO Versicherungsgruppe Aktiengesellschaft, Düsseldorf, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und

Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

München, den 24. Februar 2010

KPMG Bayerische Treuhandgesellschaft
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Roland Hansen Dirk Zander
Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüfer

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

»Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen für die Berichterstattung der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass

ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft beschrieben sind.«

Düsseldorf, den 17. März 2010

ERGO Versicherungsgruppe AG

Der Vorstand



Dr. Torsten Oletzky



Dr. Bettina Anders



Dr. Daniel von Borries



Günter Dibbern



Christian Diedrich



Dr. Ulf Mainzer



Dr. Jochen Messemer



Dr. Rolf Ulrich



Jürgen Vetter



